

# Außerschulische Bildung

4-2013

Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

## Wohin steuert das Projekt Europa?

- Europapolitik im Entscheidungsdruck zwischen Pragmatismus und Vision
- Jugendarbeitslosigkeit in Europa
- Europa als Arbeitsfeld der politischen Bildung
- Democracy and Human Rights Education in Europe



<b>Zu diesem Heft</b>	309	Ausgewählte Literatur zum Schwerpunktthema	347
<b>Schwerpunkt</b>			
<i>Eckart D. Stratenschulte</i> Wohin steuert das Projekt Europa? Europapolitik im Entscheidungszwang zwischen Pragmatismus und Vision	310		
<i>Ursula Engelen-Kefer</i> Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa – Fakt oder Fiktion?	319		
„Educational systems tend to get more competitive and selective, inclusive approaches of EDC/HRE face a roll-back“ Umfrage im DARE-Netzwerk zum Thema „Europa und Bildung“	324		
<i>Georg Pirker</i> Erasmus+ und politische Bildung Die neue Generation der EU-Programme	331		
<i>Rainer Gries</i> Einmischung in europäische Angelegenheiten Europa als Arbeitsfeld der politischen Bildung	336		
<i>Florian Kotscha</i> „Powerplay im Euroraum“ Planspiele in der politischen Bildungsarbeit der Karl-Arnold-Stiftung	343		
		<b>ADB-JAHRESTHEMA</b>	
		<i>Christine Pütz</i> Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa	349
		<b>ARBEITSHILFEN UND METHODEN</b>	
		<i>Jonas Gasthauer</i> „World Café plus“ Eine klassische Methode und eine mögliche Erweiterung	353
		<b>INFORMATIONEN</b>	
		Meldungen	356
		Aus dem AdB	362
		Personalien	376
		Bücher	378
		Markt	389
		<b>IMPRESSUM</b>	394

**Thema des nächsten Heftes:  
Politische Bildung im Weiterbildungsdiskurs**

Die Ausgaben der *Außerschulischen Bildung*, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt,  
können auf der AdB-Homepage über folgenden Link  
kostenlos abgerufen werden: [http://www.adb.de/zeitschrift\\_ab](http://www.adb.de/zeitschrift_ab)





Die Titelfrage der *Außerschulischen Bildung*: „Wohin steuert das Projekt Europa?“ ist zurzeit wohl von niemandem mit Sicherheit zu beantworten. Bei vielen Menschen überwiegt ein skeptischer Blick auf die Zukunft Europas, vor allem bedingt durch eine von ökonomischen Interessen dominierte europäische Politik. Europa aber ist neben einer

Wirtschafts- auch eine Wertegemeinschaft und ein großes Friedensprojekt. Die Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahr 2012 war eine Würdigung dieser friedenspolitischen Leistungen, gleichzeitig aber auch eine Aufforderung für die Zukunft, die Friedenssicherung, die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten als zentrale Ziele europäischer Politik zu bestärken.

Mit dem thematischen Schwerpunkt dieses Heftes wollen wir daran erinnern, wie sich das Zusammenleben zwischen den Nationen durch die europäische Integration verändert hat, welche Errungenschaften bewahrt und welche Anstrengungen immer wieder unternommen werden müssen, um das Projekt Europa nicht zu gefährden. Gleich im ersten, einführenden Beitrag entwirft *Eckart D. Stratenschulte* ein Bild vom „Projekt Europa“ im 21. Jahrhundert. Er skizziert, warum die Europäische Union vielleicht derzeit nicht das beste *denkbare*, aber das beste zur Verfügung stehende Instrument ist.

Die Menschen erwarten von der europäischen Politik, dass sie soziale Sicherheit gewährleistet. Die Lage gerade der jungen Menschen in Europa muss aber in vielen Gegenden als prekär bezeichnet werden. Dies ist ein brisantes Thema. *Ursula Engelen-Kefer* nimmt in ihrem Beitrag den Bereich der Jugendarbeitslosigkeit in den Blick und macht deutlich, wie wichtig eine starke, junge Generation für die Zukunft des europäischen Projekts ist, die in der Lage ist, ihr Leben aktiv zu gestalten.

Das Netzwerk *DARE „Democracy and Human Rights Education in Europe“* ist europaweit als die NGO-Fachvertretung für *Education for Democratic Citizenship/Human Rights Education (EDC/HRE)* anerkannt. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten engagiert sich in diesem Netzwerk

seit dessen Gründung vor zehn Jahren. Anlässlich des europäischen Jahres der Bürgerschaft und des 10jährigen Jubiläums von DARE wurde eine Umfrage zum Stand der EDC/HRE in Europa durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Umfrage wurden für die *Außerschulische Bildung* übersetzt und zusammengefasst. Dass Europa ein wichtiges Thema für die politische Bildung ist und der Unterstützung und Förderung bedarf, wird nicht nur hier deutlich, sondern auch in den folgenden drei Beiträgen: *Georg Pirker* stellt die neue Generation der EU-Programme, die ab 2014 gültig sein werden, in ihrer Relevanz für die politische Bildung vor. *Rainer Gries* beschreibt, welche Auswirkungen der Vertrauensverlust der EU-Bürger/-innen gegenüber den Institutionen der Europäischen Union auf die Themenwahl in der politischen Bildung hat und mit welchen europapolitischen Angeboten Teilnehmende dennoch gewonnen werden können. *Florian Kotscha* stellt ein konkretes Beispiel für eine erprobte und gut angenommene Methode für die Beschäftigung mit europäischen Fragen und Herausforderungen vor.

Zwischen den Beiträgen finden sich kurze Statements verschiedener Europapolitiker/-innen und Menschen, die sich intensiv mit dem Thema Europa beschäftigen.

Das Jahresthema des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten im Jahr 2013 lautete „Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa“. *Christine Pütz* nimmt in ihrem Beitrag Europa, die Herausforderungen und Chancen der demokratischen Entwicklung und die Aufgaben der politischen Bildung in den Blick und schließt damit hervorragend an das Schwerpunktthema dieses Heftes an.

Das „World Café“ ist mittlerweile eine oft angewandte Methode. *Jonas Gasthauer* hat in seinen Seminaren politischer Bildung eine Erweiterung der Methode erprobt, die hilft, Ergebnisse noch besser zu fokussieren.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und freue mich über Rückmeldungen!

Friedrun Erben

## Wohin steuert das Projekt Europa?

Europapolitik im Entscheidungszwang zwischen Pragmatismus und Vision

Eckart D. Stratenschulte

Die Silbenkombinationen „Europa“ und „Krise“ scheinen fest miteinander verknüpft zu sein: Finanzkrise, Währungskrise, Vertrauenskrise sind die Schlagworte, die uns täglich in den Nachrichten und in Diskussionen begegnen und die auf Europa bezogen werden. Der folgende Beitrag von Eckart D. Stratenschulte möchte in Beantwortung der Titelfrage auf vier Themen eingehen: Was ist das „Projekt Europa“ im 21. Jahrhundert? Wohin geht die Reise? Wer sitzt am Steuer? Und schließlich: Sollen wir weiter mitfahren?

### Das „Projekt Europa“

2014 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkriegs, der Millionen Menschen das Leben gekostet hat, zum einhundertsten Mal. Verkürzt und vereinfacht, ohne Schuld zu anonymisieren, aber in der Tendenz richtig lässt sich sagen: Die Antwort auf den Ersten Weltkrieg war der Zweite Weltkrieg, die Antwort auf den Zweiten Weltkrieg war die Europäische Integration.

Alle Aufgaben, die die Europäische Gemeinschaft und spätere Europäische Union sich in der Gründungsphase gestellt hat, sind mittlerweile erledigt: Die EU hat den Frieden unter den Mitgliedstaaten, speziell zwischen

### Die Europäische Union ist fraglos die Erfolgsgeschichte des 20. Jahrhunderts.

Deutschland und Frankreich, gesichert, hat zum Wiederaufbau Europas nach dem desaströsen Krieg beigetragen, hielt

im Kalten Krieg stand und hat die Teilung Europas in West- und Ostblock überwunden. Die Europäische Union ist fraglos die Erfolgsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Aber: Wir leben mittlerweile

im 21. Jahrhundert, und es stellt sich die Frage, warum man einen Verein, der alle seine Ziele erreicht hat, nicht besser auflöst oder zumindest vor sich hin schlummern lässt. Der Verweis auf die in der Vergangenheit erworbenen Verdienste, und seien sie noch so bedeutsam, reicht nicht aus, um heute zu begründen, wofür dieses strukturierte Europa mit seinem 140 Mrd. Euro Etat eigentlich gut sein soll. Was ist also das „Projekt Europa“ im 21. Jahrhundert?

Man kann die Überlegung mit der Frage beginnen, wie die Menschen in Deutschland (und sicherlich woanders auch) leben wollen: Sie möchten wohl als erstes in einer sicheren Umgebung wohnen und keine Angst haben müssen, an der Bushaltestelle oder auf dem Markt in die Luft gesprengt zu werden – ein Schicksal das sich in anderen Teilen der Welt täglich ereignet. Sie möchten die Freiheit haben, ihren eigenen Lebensentwurf realisieren zu können: Reisen, wohin sie wollen, sagen, was sie wollen, leben wie sie wollen: alleine, zu zweit oder in der WG, hetero-, homo- oder transsexuell, mit langen oder kurzen Haaren, religiös oder atheistisch. Die meisten Menschen möchten vielleicht nicht reich, aber doch auf jeden Fall so wohlhabend sein, dass sie sich Wohnen und Essen sowie Freizeit und Erholung leisten können. Dies setzt voraus, einen Job zu haben, der das ermöglicht, und eine soziale Absicherung, die denjenigen auffängt, der seine Tätigkeit verliert. Die Menschen möchten in einer gesunden Umwelt leben und keine Angst haben müssen, sich durch Atmen oder Essen zu vergiften. Sie wollen eine gute Gesundheitsversorgung sowie eine auskömmliche Rente, um im Krankheitsfall sowie im Alter abgesichert zu sein.

Transformiert man diese Skizze in den politischen Raum, heißt das, dass man von der Politik erwartet, Sicherheit, Freiheit, Wohlstand, Umweltschutz und soziale Sicherheit zu

**Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft. Sie basiert auf dem Wunsch nach Frieden, auf Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.**

gewährleisten – was allerdings auf nationaler Ebene nicht mehr möglich und nur im europäischen Verbund erreichbar ist. Die Europäische Union ist

© Europäische Akademie Berlin



Pathway to Democracy – Jugendliche interessieren sich für das „Projekt Europa“

dafür, vor allem in ihrem gegenwärtigen Zustand, nicht das beste Instrument, das wir uns denken können, aber das beste, das wir haben. Dafür gibt es mehrere Gründe:

1. Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft. Sie basiert auf dem Wunsch nach Frieden, auf Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Zwar gibt es auch in der EU eine Differenz zwischen der Norm, die in der Europäischen Grundrechtecharta<sup>1</sup> niedergelegt ist, und der Realität in den 28 Mitgliedstaaten. Aber dennoch müssen sich alle an den EU-Standards messen lassen und tun das auch. Die Maßnahmen der ungarischen Regierung unter *Viktor Orban* haben viele in der Union nicht erfreut – allerdings musste er mehrere Gesetzesänderungen unter dem Druck der EU zurücknehmen.<sup>2</sup> Ein Blick in andere Regionen der Welt zeigt, wie wertvoll die Europäische Union ist.
2. Die Europäische Union ist der Erlebensraum für über 500 Millionen Menschen, die sich frei bewegen und beliebig niederlassen können, ohne ihren rechtlichen und sozialen Schutz zu verlieren. Die EU ist zudem der größte Binnenmarkt der Welt. Sie bietet damit ihren Bürgerinnen und Bürgern Lebenschancen, die sich in keinem anderen transnationalen Raum finden.
3. Die EU berücksichtigt die Interessen aller Mitglieder. Supranationalität und degressive Proportionalität sind Begriffe für Fachleute, aber sie bedeuten einfach übersetzt: Die kleineren Staaten erhalten mehr Einfluss als ihnen zahlenmäßig zustünde und an gefasste Beschlüsse müssen sich alle halten. Vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) werden ständig Fälle verhandelt, in denen es darum geht, dass ein Land einen EU-Beschluss nicht übernommen oder angewandt hat. Spätestens nach der Rechtsprechung durch den EuGH ist das dann jedoch der Fall – auch

wenn es sich um ein schwergewichtiges Mitglied wie Deutschland oder Frankreich handelt.<sup>3</sup>

4. Die Europäische Union ermöglicht einen Konsens unter europäischen Staaten. Oftmals wird kritisiert, dass man sich hier und dort wieder auf einen Kompromiss, der immer gerne „faul“ genannt wird, geeinigt habe. Aber das ist die Stärke der EU und der Kompromiss ist eine europäische Tugend. Möglich sind diese Einigungen, weil die EU in viele Bereiche unseres Lebens eingreift, mithin auch über zahlreiche „bargaining chips“ verfügt und so oftmals Dinge miteinander verbunden werden können, die zwar nichts miteinander zu tun haben, die aber dazu führen, dass alle einer Lösung zustimmen können, weil für jeden etwas dabei ist. Das mag im Konkreten unbefriedigend sein, die Alternative ist jedoch dass die Großen sich immer durchsetzen oder dass gar nichts entschieden wird.

Es ist kein Zufall, dass sich aus allen anderen Kontinenten ein regelmäßiger Besucherstrom in die EU ergießt, um dieses Verfahren zu studieren und für die Organisation der Staaten in Afrika, Asien oder

**Die EU ist ein Projekt für das 21. Jahrhundert, das von neuen Herausforderungen geprägt ist, die nicht kleiner sind als die des 20. Jahrhunderts, aber anders.**

Lateinamerika nutzbar zu machen, wo die regionalen Bündnisse froh wären, wenn sie die Qualität der EU erreicht hätten.<sup>4</sup>

Die EU ist also ein Projekt für das 21. Jahrhundert, das von neuen Herausforderungen geprägt ist, die nicht kleiner sind als die des 20. Jahrhunderts, aber anders.

<sup>1</sup> *Charta der Grundrechte der Europäischen Union*, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2000/C 364/01

<sup>2</sup> Vgl. z. B. Ungarn ändert Mediengesetz, Euractiv, 17.02.2011, <http://www.euractiv.de/europa-2020-und-reformen/artikel/ungarn-aendert-mediengesetz---eu-zufrieden-004385>, letzter Zugriff: 30.11.2013; Ungarn ändert Zentralbankgesetz, Handelsblatt 29.05.2012, online, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/nach-druck-von-eu-und-iwf-ungarn-aendert-zentralbank-gesetz/6687334.html>, letzter Zugriff: 30.11.2013

<sup>3</sup> Gegen Deutschland waren 2012 68 Vertragsverletzungsverfahren vor dem EuGH anhängig. Vgl. EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland, Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Andrej Hunko, Jens Petermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke, Bundestagsdrucksache 17/9385, S. 2

<sup>4</sup> Vgl. z. B. Vorbild für Euro-Zone: Ostafrika strebt Währungsunion an, Spiegel online, 01.12.2013, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ostafrika-strebt-waehrungsunion-nach-dem-vorbild-der-euro-zone-an-a-936629.html>, letzter Zugriff: 01.12.2013



© Europäische Akademie Berlin

„Nur wer Europa begreift, kann sich in Europa engagieren.“

### Wohin geht die Reise?

Bei der weiteren Ausgestaltung der europäischen Integration sind zwei Fragen zu beantworten, die allerdings eine dritte nach sich ziehen:

Erstens: Wohin soll die Reise gehen? Das heißt: Wie viel Integration möchten wir? Ist der in der Präambel des EU-Vertrags niedergelegte Satz von der „ever closer Union“ noch gültig? Wollen wir nur den status quo verstetigen oder sollen gar Kompetenzen von der europäischen auf die nationale (oder regionale?) Ebene zurückverlagert werden?

Die zweite Frage lautet: Wer soll an dieser Reise teilnehmen? Das wirft die Frage nach künftigen Erweiterungen auf. Mit der Türkei und den Westbalkan-Staaten Montenegro, Mazedonien, Albanien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo stehen sieben Kandidaten vor der Tür oder schon im Türrahmen.<sup>5</sup> Darüber hinaus haben auch Georgien, Moldova und die Ukraine ihr Interesse an der EU-Mitgliedschaft bekundet, wenn man den Sonderfall Island, das die Beitrittsverhandlungen de facto abgebrochen hat, einmal unberücksichtigt lässt.

Aber es stellt sich im Zusammenhang mit den Diskussionen in Großbritannien, wo der jetzige Premier Cameron 2017 ein Referendum über den Verbleib seines Landes in der EU durchführen möchte und immer offensiver ankündigt, Teile des gemeinsamen Rechtsbestands der EU nicht länger

anzuwenden,<sup>6</sup> auch die Frage, ob eigentlich die jetzigen 28 Mitglieder der EU als Reisetilnehmer alle fest gebucht sind.

Es ist offensichtlich, dass die Antwort auf die eine Frage auch Konsequenzen für die andere hat. Je ehrgeiziger die Ziele einer weitreichenden europäischen Integration sind, desto kleiner ist die Zahl derer, die diese Ziele erreichen können oder wollen. Daher entsteht aus diesem Kontext

eine dritte Frage, nämlich welche der beiden anderen Fragen zuerst beantwortet werden soll. Möchte man die Integration weiter vertiefen, mehr Kompetenzen gemeinsam ausüben und vielleicht eines Tages doch bei den Vereinigten Staaten von Europa ankommen – oder gibt man dem Ziel, den ganzen Kontinent, einschließlich des Balkans, der Türkei und des Kaukasus, in der EU zu vereinen, den Vorrang? In diesem Fall wird man von den Integrationszielen Abstriche machen müssen.

Es ist diese dritte Frage der Priorisierung, die zuerst einer Antwort bedarf, da der lange Zeit wie ein Mantra vorgetragene Satz, die Erweiterung und die Vertiefung der EU bedingten einander und jede Erweiterung habe auch zu einer Vertiefung geführt, sich als falsch herausgestellt hat. Zwar gab es in der Vergangenheit sowohl Erweiterungs- als auch Vertiefungsprozesse, sie waren aber nicht aufeinander bezogen.

„Die Währungsunion ist kein Resultat der Nord- oder der Osterweiterung, sondern eine Reaktion auf die deutsche Einheit, die eine stärkere Einbindung Deutschlands über das Instrument der Währungskontrolle notwendig machte. Schengen ist nicht die Folge einer Erweiterung, sondern die Frucht einer Initiative von fünf Gründungsstaaten der EG, die außerhalb der europäischen Rechtssetzung stattfand und erst viel später Eingang in dieselbe gefunden hat. Für die Annahme, die Klimapolitik der EU sei durch die Beitritte Rumäniens

<sup>5</sup> Vgl. Europäische Kommission: Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2013-2014, COM (2013) 700 final/2

<sup>6</sup> Vgl. beispielsweise: Camerons Angriff auf die EU-Grundfreiheit, Deutsche Welle online, 28.11.2013, <http://www.dw.de/camerons-angriff-auf-eu-grundfreiheit/a-17260574>, letzter Zugriff: 30.11.2013; vgl. auch Tobias Etzold: Großbritanniens Zukunft in Europa, SWP-Aktuell Nr. 19/2013, Stiftung Wissenschaft und Politik 2013



und Bulgariens veranlasst worden, gibt es keinen Grund. Und die Vorstellung, dass nunmehr die europäische Integration durch die EU-Mitgliedschaft Albaniens, Bosnien-Herzegowinas oder gar der Ukraine gestärkt werden könnte, entbehrt einer realistischen Sicht auf die Dinge.“<sup>7</sup>

Wir werden also um eine Entscheidung nicht herumkommen, die aber auch anders aussehen könnte, als eine Wahl für Option eins oder Option zwei. Die dritte Möglichkeit ist nämlich, beide miteinander zu verbinden, allerdings um den Preis einer Fragmentierung der Europäischen Union, die sich jetzt schon abzeichnet. Hierbei handelt es sich um ein Europa der konzentrischen Kreise, in denen sich die Integration abstuft. Im innersten Kreis verbinden sich die Staaten über den Euro und über Schengen, über eine gemeinsame Sozial-, Wirtschafts-, Umwelt-, Rechts- und Innenpolitik, in einem weiteren Kreis fehlen einige dieser Elemente und in einem äußeren Kreis bringen sich die Länder nur über die gemeinsamen Werte und den Binnenmarkt ein. Dass Letzteres durchaus möglich ist, zeigt die Konstruktion des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR).<sup>8</sup> Diese Lösung ist verlockend, sie ist gewissermaßen eine Verstetigung der verstärkten Zusammenarbeit, die der EU-Vertrag ja sowieso vorsieht. Man sollte allerdings den Pferdefuß nicht übersehen: Das Europa der konzentrischen Kreise geht zu Lasten der Gemeinschaftsmethode und der Gemeinschaftsorgane. Abgestufte Ratssitzungen, in denen ein Teil der Mitglieder sukzessive den Raum verlässt, sind leicht vorstellbar. Wie aber soll das im Europäischen Parlament (EP) gehen und in der Europäischen Kommission? Es wird jetzt schon überlegt, ein Euro-Parlament zu schaffen, weil die



© Europäische Akademie Berlin

Die Europäische Akademie Berlin – ein Ort des offenen Dialogs über die europäische Integration

Eurozone sich bereits in vielerlei Hinsicht als Kern-europa etabliert.<sup>9</sup> Soll dazu noch ein Schengen-Parlament kommen, ein Wirtschafts-Parlament, ein Umwelt-Parlament – mit jeweils anderer Zusammensetzung? Die Europäische Kommission ist ein Kollegialorgan, sie besteht zurzeit pro Land aus einem Mitglied, das jedoch kein Vertreter des Herkunftsstaats ist. Aber ist es akzeptabel, dass beispielsweise ein britischer Kommissar viele Dinge vorbereitet und mitentscheidet, mit denen sein Land gar nichts zu tun hat?

### Wer sitzt am Steuer?

Wer entscheidet über die Zukunft Europas? Diese Frage beantwortet sich auf den ersten Blick einfach, wird jedoch bei näherem Hinsehen kompliziert. Der erste Blick: Es gibt den Europäischen Rat, also die Versammlung der Staats- und Regierungschefs, der die Richtung vorgibt, es gibt den Rat, also die Fachminister, die das ausführen, und das Europäische Parlament, dessen Zustimmung fast immer eingeholt werden muss. Zusätzlich fun-

<sup>7</sup> Eckart D. Stratenschulte: Europas Instrumentenkasten: Partnerschaften, Strategien, Synergien: Ein Überblick, in: ders. (Hrsg.): Grenzen der Integration. Europas strategische Ansätze für die Nachbarregionen, Baden-Baden: Nomos Verlag 2013, S. 7-28, hier: S. 13 f.

<sup>8</sup> Vgl. Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, [http://europa.eu/legislation\\_summaries/internal\\_market/living\\_and\\_working\\_in\\_the\\_internal\\_market/em0024\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/internal_market/living_and_working_in_the_internal_market/em0024_de.htm), letzter Zugriff: 30.11.2013

<sup>9</sup> So fragt der Präsident des Europäischen Rates, *Herman Van Rompuy*, in einer Stellungnahme an die Staats- und Regierungschefs: „Würde ein stärker integrierter wirtschaftspolitischer Rahmen eigene Rechenschaftsstrukturen für das Euro-Währungsgebiet erforderlich machen?“, *Herman Van Rompuy*: Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, 20.09.2012, [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/132587.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/132587.pdf), letzter Zugriff: 30.11.2013



Wer entscheidet über die Zukunft Europas?

giert die Europäische Kommission als Impulsgeber. Soweit das institutionelle Geflecht. Allerdings ist es den Institutionen bislang nicht möglich gewesen, Ergebnisse zu liefern oder auch nur, die Debatte wirklich in Gang zu bringen, sie erschöpfen sich vielmehr im komplizierten Alltagsgeschäft. Der Versuch, die Zukunftsdiskussion auf ein Expertengremium zu verlagern und so Akzente zu setzen, ist ebenfalls gescheitert.<sup>10</sup> In der Zwischenzeit wenden sich immer mehr Menschen von der Europäischen Union ab, wie die halbjährliche Umfrage von Eurobarometer deutlich zeigt.<sup>11</sup> Es bleibt aber nicht bei der – ja nicht neuen – Verdrossenheit der Menschen in Bezug auf die EU, sondern das Unbehagen wird mittlerweile von Parteien strukturiert, die die Grundlagen der europäischen Politik in Frage stellen.

In Deutschland errang die *Alternative für Deutschland (AfD)* mit 4,7 Prozent einen Achtungserfolg aus dem Stand. In Ländern wie Frankreich, wo der rechtsextreme *Front National* mittlerweile bei den großen Parteien mitschwimmt, oder in Finnland,

10 Vgl. Projekt Europa 2030. Herausforderungen und Chancen. Bericht der Reflexionsgruppe an den Europäischen Rat über die Zukunft der EU 2030, Brüssel 2010, [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/de\\_web.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/de_web.pdf), letzter Zugriff: 18.11.2013

11 31 Prozent der Befragten bekundeten im Mai 2013 noch Vertrauen in die EU; Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Erste Ergebnisse, Standard-Eurobarometer Nr. 79, Brüssel 2013, S. 10, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb79/eb79\\_first\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_first_de.pdf), letzter Zugriff: 30.11.2013

in dem die *Wahren Finnen* der EU den Kampf angesagt haben, oder in den Niederlanden, wo der Anti-EU-Populist *Geert Wilders* die Regierungspolitik eine Zeitlang mitbestimmt hat, sind diese Parteien schon eine erhebliche Größe. Ein Drittel der im Mai 2014 zu wählenden EU-Abgeordneten könnten, so lauten Schätzungen, Gegner der EU in ihrer jetzigen Form sein.<sup>12</sup>

Nun ist das einerseits zum gegenwärtigen Zeitpunkt Spekulation, andererseits auch immer eine Frage, wie man die Parteien am rechten und auch am linken

Rand, an dem es ebenfalls EU-Gegner gibt, einordnet. Zu recht wird darauf hingewiesen, dass es zwischen dem homosexuellen *Geert Wilders* und der homophoben *Marine Le Pen*, zwischen der *AfD* und der österreichischen *EU-Austrittspartei* (so etwas gibt es wirklich), zwischen der *United Kingdom Independence Party* (UKIP) und der ungarischen *Jobbik-Partei* wesentliche politische und auch persönliche Unterschiede gibt. Das muss sie allerdings nicht hindern, ihre gemeinsame destruktive Kraft zu entfalten, wenn es um die Zukunft Europas geht.

Bei aller Kritik an den rechtsextremen und nationalistisch-populistischen Parteien darf man nicht übersehen, dass sie ja gewählt worden sind, dass es also viele Menschen gibt, die hinter ihnen stehen. Dabei dürfte es sich in der überwiegenden Mehrheit nicht um in der Wolle gefärbte Extremisten

**Aufgabe der nächsten Jahre wird sein müssen, zusätzliche Wege der Partizipation zu ersinnen und begehbar zu machen.**

handeln, sondern um Bürgerinnen und Bürger, die in der EU keine Perspektive sehen oder von der Politik generell frustriert sind, weil sie das Gefühl haben, diese

12 *Dieter Spöri*: Große Sorge vor den Europawahlen, Euractiv, 19.11.2013, <http://www.euractiv.de/europawahlen-2014-000394/artikel/groe-sorge-vor-den-europawahlen-008248>, letzter Zugriff: 30.11.2013

reagiere nicht angemessen auf ihre Lebenssituation.<sup>13</sup>

Die Aufgabe der nächsten Jahre, und nicht nur bis zum 25. Mai 2014, dem Tag der Europawahl in Deutschland, wird sein müssen, zusätzliche Wege der Partizipation zu ersinnen und begehbar zu machen, damit die Menschen zu Recht das Gefühl haben, ihre Stimme werde auch im großen Europa gehört und berücksichtigt.

Wir benötigen für das 21. Jahrhundert ein neues europäisches Demokratiemodell. Die Europäische Union hat sich seit ihrer Gründung als Europäische Gemeinschaft wesentlich demokratisiert und parlamentarisiert. Das Europäische Parlament, ursprünglich lediglich eine beratende Versammlung, hat mit jeder Vertragsrevision mehr Macht und Einfluss bekommen. Erstaunlicherweise ist die Wahlbeteiligung zum Parlament parallel zu dessen Kompetenzerweiterung seit 1979 ständig gesunken.<sup>14</sup>

Das Europäische Parlament ist nach dem schon genannten Grundsatz der degressiven Proportionalität zusammengesetzt, was bedeutet, dass die Kleinen mehr Sitze bekommen als ihnen rein rechnerisch zustünden. Das Bundesverfassungsgericht sieht darin einen schweren demokratischen Mangel, der es verhindert, das EP als das Parlament des europäischen Volkes anzusehen (sondern vielmehr der europäischen Völker). Daraus sei zu schließen, so die Karlsruher Richter, dass die Souveränität des deutschen Volkes nicht einfach vom Bundestag auf das Europäische Parlament übertragen werden könne.<sup>15</sup> In der Tat hat das Verfassungsgericht damit auf einen wichtigen Punkt hingewiesen, der allerdings nicht grundsätzlich veränderbar ist. Nicht nur die stark divergierenden Bevölkerungszahlen der Mitgliedstaaten lassen keine andere Lösung zu, wenn das Parlament einerseits arbeitsfähig sein und andererseits die verschiedenen Staaten und

politischen Strömungen abbilden soll, auch ist die degressive Proportionalität ein wichtiger Anreiz für die kleineren Staaten, sich in die Integrationsstrukturen zu begeben.

**Wir haben die Pflicht, über weitere Mosaiksteine nachzudenken, mit denen das Bild von der europäischen Demokratie im 21. Jahrhundert gelegt werden kann.**

Man kann die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments als Mangel bezeichnen oder als Besonderheit des politischen Systems der Europäischen Union. Letzteres ist sicherlich richtig, entbindet aber nicht

von der Pflicht, über weitere Mosaiksteine nachzudenken, mit denen das Bild von der europäischen Demokratie im 21. Jahrhundert gelegt werden kann. Ein Element, das der Lissabonner Vertrag geschaffen hat, ist die Europäische Bürgerinitiative. Eine Million Menschen aus mindestens sieben EU-Staaten kann die Europäische Kommission zwingen, sich mit einem Thema zu befassen. Das klingt nicht sehr aufregend, ist aber nicht ohne Wirkung, wie die ersten Bürgerinitiativen zeigen.<sup>16</sup> Die Initiative „Right2Water“ hat über 1,8 Mio. Menschen mobilisiert.

„»Right2water« hat bereits vor Beendigung der Jahresfrist bedeutende politische Siege errungen. Als eine Million Unterschriften überschritten waren, signalisierten sowohl die Europäische Kommission als auch die Bundesregierung erstmals Bereitschaft, über Ausnahmeregelungen für die Wasserwirtschaft in der Konzessions-Richtlinie zu sprechen. Es ist der immens starken bürgerschaftlichen Beteiligung an der Initiative zu verdanken, dass in den Verhandlungen auf EU-Ebene zur Konzessions-Richtlinie am 25. Juni der Wassersektor aus dem Geltungsbereich der Richtlinie ausgenommen wurde. Ein großer Erfolg, der der Forderung der Initiative nach Nicht-Liberalisierung der Wasserwirtschaft nachkommt.“<sup>17</sup>

Weitere Möglichkeiten, Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, sind die Anhörungen, die die Europäische Kommission schon jetzt in vielen Fällen durchführt. Sie müssten stärker in den Mitglied-

13 Zurzeit sind 67 Prozent, also zwei Drittel der EU-Bürger/-innen der Ansicht, dass ihre Stimme in der EU nicht zähle. Vgl. Standard-Eurobarometer 79, Erste Ergebnisse, S. 12, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb79/eb79\\_first\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_first_de.pdf), letzter Zugriff: 30.11.2013

14 Während 1979 noch knapp 63 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben, waren es 2009 nur noch 43 Prozent. Europäisches Parlament: Wahlbeteiligung an den Europawahlen 1979-2009, [http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/000cdcd9d4/Wahlbeteiligung-\(1979-bis-2009\).html](http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/000cdcd9d4/Wahlbeteiligung-(1979-bis-2009).html), letzter Zugriff: 30.11.2013

15 Siehe hierzu das Urteil des Verfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon: BVerfG, 2 BvE 2/08 vom 30.06.2009, Absatz-Nr. 280

16 Einen aktuellen Überblick gibt die Internetseite der Europäischen Kommission: <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/?lg=de>, letzter Zugriff: 29.11.2013

17 Clivia Conrad: Ein Paradebeispiel unter der Lupe: Die Europäische Bürgerinitiative „right2water“, Heinrich-Böll-Stiftung, 06.09.2013, <http://www.boell.de/de/2013/09/06/ein-parade-beispiel-unter-der-lupe-die-europaeische-buergerinitiative-right2water>, letzter Zugriff: 29.11.2013



Bürgerforen in der Europäischen Akademie ermöglichen Menschen, sich mit ihren Vorstellungen einzubringen

staaten aufgegriffen und popularisiert werden.<sup>18</sup> Ein anderes Element sind Bürgerforen, die es den Menschen ermöglichen, sich mit ihren Vorstellungen einzubringen. *Die Europäische Akademie Berlin* führt solche Europaforen seit 2010 in Kooperation und mit Unterstützung der Senatskanzlei Berlin in der Bundeshauptstadt durch.<sup>19</sup>

Dabei handelt es sich nicht um Veranstaltungen, bei denen Politiker/-innen vortragen und die Bürger/-innen anschließend einige Fragen stellen dürfen, sondern um Foren, in denen die – nach dem Zufallsprinzip eingeladenen – Menschen ihre Vorstellungen entwickeln und dann der Politik zur Kenntnis bringen.

Diese Maßnahmen – und viele weitere sollten entwickelt werden – betreffen nicht das „decision making“ der Europäischen Union, sondern nur das „decision shaping“. Sie tragen allerdings wesentlich dazu bei, dass die Menschen das berechtigte Gefühl bekommen, am europäischen Projekt beteiligt zu sein.

18 Einen Überblick über laufende und abgeschlossene Konsultationen der Europäischen Kommission gibt deren Internetseite: [http://ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index_de.htm), letzter Zugriff: 29.11.2013

19 Vgl. hierzu die Dokumentation auf der Internetseite der Berliner Senatskanzlei: <http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/oeffentlichkeitsarbeit/europaforen.html>, letzter Zugriff: 29.11.2013

Zur Stärkung der Legitimität der Europäischen Union gehören auch die Nationalstaaten. Sie sind nicht der Gegensatz zur Union, sondern deren Bausteine, die nach wie vor ein wichtiger Bezugspunkt für die Menschen sind, die sich auch im vereinten Europa nach Geschichte, Sprache, Mentalität und Tradition unterscheiden.

„Nur wenn die europäische Integration die Nationalstaaten in eine solche Föderation mitnimmt, wenn deren Institutionen nicht entwertet oder gar verschwinden werden, wird ein solches Projekt trotz aller Schwierigkeiten machbar sein. Anders gesagt: Die

bisherige Vorstellung eines europäischen Bundesstaates, der als neuer Souverän die alten Nationalstaaten und ihre Demokratien ablöst, erweist sich als ein synthetisches Konstrukt jenseits der gewachsenen Realitäten.“<sup>20</sup>

Ein wichtiges Element, die EU näher an die Bürgerinnen und Bürger zu führen, ist sicherlich die Subsidiarität, die im EU-Vertrag vorgesehen<sup>21</sup> ist und in der Theorie ganz einfach klingt: Die EU ist nur zuständig, wenn die Mitgliedstaaten ihr diese Kompetenz zugestehen („Kompetenzkompetenz“) und wenn sie ein Problem besser lösen kann als die Mitgliedstaaten alleine. Gegen diesen Grundsatz ist in der Praxis sicherlich häufig verstoßen worden. Mit dem Argument, der Binnenmarkt benötige einheitliche Regeln, hat die Europäische Union vieles bestimmt, was auf Ebene der Mitgliedstaaten hätte verbleiben können – und sollen.

Zur gesteigerten Input-Legitimität wird sich allerdings auch ein höherer Output bei den Din-

20 *Joschka Fischer: Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der Europäischen Integration*, Vortrag an der Humboldt-Universität zu Berlin am 12.05.2000, S. 6 f., <http://whi-berlin.de/documents/fischer.pdf>, letzter Zugriff: 29.11.2013

21 Vertrag über die Europäische Union, Art. 5, Amtsblatt der Europäischen Union, 2012/C 326/01, vgl. auch das dem Vertrag angehängte Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit

**Der Mehrwert der europäischen Integration muss auch einer Generation ersichtlich sein, für die der Frieden in Europa selbstverständlich ist**

gen, die den Menschen wichtig sind, gesellen müssen. Der Mehrwert der europäischen Integration muss auch einer Generation ersichtlich sein, für die der Frieden in Europa so

selbstverständlich ist, dass sie ihn als Begründung für einen partiellen Souveränitätsverzicht nicht akzeptiert. Dieser Nutzen entscheidet sich aber nicht nach der Zahl der Verordnungen und Richtlinien, wie ein sich verselbständigender Apparat manchmal zu denken meint, weswegen er beispielsweise auf dem Höhepunkt der Eurokrise die Öffentlichkeit mit dem „Reformvorschlag“ überrascht, nunmehr offene Ölkännchen in Restaurants verbieten zu wollen.<sup>22</sup> Die EU wird sich auf Wesentliches konzentrieren müssen, ohne allerdings dabei die Errungenschaften aufzugeben, die sie auszeichnen. Dies betrifft auf die Freizügigkeit, die noch mehr Menschen in der EU für die positivste Errungenschaft halten als den Frieden.<sup>23</sup>

Die Freizügigkeit macht Europa erlebbar und führt den Bürgerinnen und Bürgern den Vorteil einer Integrationsstruktur vor Augen. Natürlich gibt es innerhalb der EU auch Armutswanderungen, die kurzfristig für Probleme sorgen, wenn sich beispielsweise in einem Stadtteil relativ viele Menschen aus einem anderen EU-Land in kurzer Zeit einfänden. Tatsächlich hat es diese Migrationsbewegungen jedoch immer gegeben. Die Podolskis aus dem Ruhrgebiet können darüber noch aus den Erfahrungen früherer Generationen berichten.

22 Rückzieher in Brüssel: EU stoppt geplanten Ölkaraffenbann, Spiegel online, 23.05.2013, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/eu-kommission-zieht-verbot-von-olivenoel-karaffen-nach-protesten-zurueck-a-901455.html>; letzter Zugriff: 30.11.2013

23 56 Prozent der Befragten nannten auf die Frage nach der positivsten Errungenschaft die Freizügigkeit, 53 Prozent den Frieden. Standard-Eurobarometer Nr. 79, Erste Ergebnisse, a.a.O., S. 9

Die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung wird sich nicht durch bunte Broschüren verbessern lassen, sondern nur dadurch, dass sie ihre Grundsätze aufrecht erhält und ihnen gemäß auf demokratischer Grundlage darstellbare Ergebnisse produziert.

### Lohnt sich die Weiterfahrt?

Die Antwort auf diese Frage ist im Vorangegangenen schon gegeben. Die Europäische Union hat uns in Europa den besten Zustand des Zusammenlebens


**Die Europäische Union hat uns in Europa den besten Zustand des Zusammenlebens geschaffen, den es auf diesem Kontinent überhaupt je gegeben hat.**

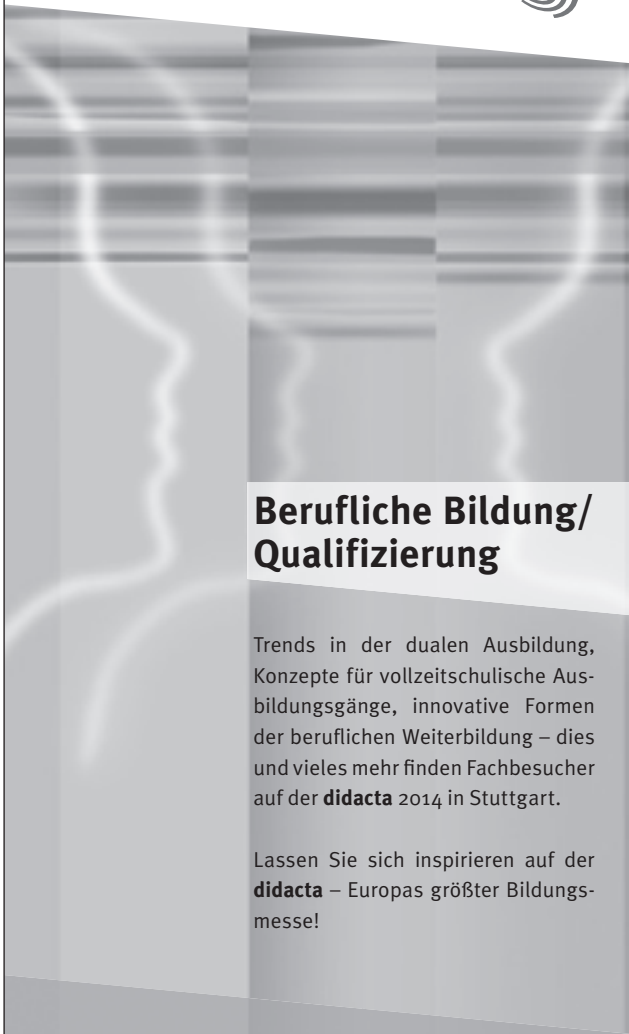
geschaffen, den es auf diesem Kontinent überhaupt je gegeben hat. Ein Ausstieg aus dem Projekt oder dessen Zerstörung (und sei es durch Fahrlässigkeit) würde uns der Möglichkeiten berauben, unsere Lebensbedingungen im 21. Jahrhundert selbst zu bestimmen bzw. – global gesehen – sie mitzubestimmen und sie positiv zu gestalten. Eine bessere Union ist vorstellbar, die Annahme allerdings, diese könnte entstehen, indem man die vorhandene zerstört, statt sie behutsam weiterzuentwickeln, ist irrig. Die Ansicht, man könne in Deutschland oder Dänemark, in Polen oder Portugal ein besseres Leben alleine gestalten, ist illusionär. Natürlich ist die EU nicht alternativlos, aber attraktiv ist die Alternative nicht – und man tut gut daran, sie nicht auszuprobieren.



*Eckart D. Stratenschulte, Soziologe und Politikwissenschaftler, ist Leiter der Europäischen Akademie Berlin. Er war bis 1989 als Dozent und später Leiter des Instituts für intereuropäische Studien in Berlin. 1989 wechselte er als Referatsleiter in die Senatskanzlei Berlin, bevor er 1993 seine jetzige Funktion übernahm. Seit 1999 ist Stratenschulte Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin, die ihn 2005 zum Honorarprofessor bestellte. Er hat mehrere Bücher sowie zahlreiche Artikel zu europapolitischen und Gegenwartsthemen vorgelegt.*

E-Mail: [Eckart.Stratenschulte@EAB-Berlin.EU](mailto:Eckart.Stratenschulte@EAB-Berlin.EU)

Mitten im Markt Messe Stuttgart 



**Berufliche Bildung/  
Qualifizierung**


Trends in der dualen Ausbildung, Konzepte für vollzeitschulische Ausbildungsgänge, innovative Formen der beruflichen Weiterbildung – dies und vieles mehr finden Fachbesucher auf der **didacta** 2014 in Stuttgart.

Lassen Sie sich inspirieren auf der **didacta** – Europas größter Bildungsmesse!

**Bildung. Chancen. Perspektiven.**

**didacta**  
die Bildungsmesse

Messe Stuttgart **25. – 29.03.2014**



[www.didacta.de](http://www.didacta.de)

*AB: Was ist für Sie die größte Herausforderung für die Europäische Union nach der Europa-Wahl 2014?*

„In den letzten sechzig Jahren seit ihrer Entstehung hat die EU viel erreicht, denn sie ist nicht nur zur weltgrößten Wirtschaftsmacht gewachsen, sondern ist auch einer der sichersten Orte der Welt und ist damit zweifellos die Erfolgsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Dennoch sieht sich die Union unterschiedlichen inneren und äußeren Herausforderungen konfrontiert: die zunehmende Überalterung in Europa, unsere gemeinsame Währung, die aufstrebende Wirtschaftsmächte China und Indien, Terrorismus und organisierte Kriminalität, Umweltverschmutzung, die Frage nach der künftigen Energieversorgung in Europa usw.“

Nach den EU-Wahlen werden wir uns vor allem der Frage stellen müssen: Wie kann die EU mit all den Herausforderungen fertig werden? Die Antwort liegt ganz klar in einer stärkeren Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Heute gibt es kaum noch einen politischen Bereich, in dem der einzelne Mitgliedstaat sich gegen Akteure wie die USA, Russland oder China behaupten kann. Einer Umfrage zufolge wünscht sich die Mehrheit der EU-Bürger für all diese Probleme eine europäische Lösung. Eine stärkere Kooperation zwischen den Staaten ist daher auch eine Antwort auf die gegenwärtig aufstrebenden rechtspopulistischen Parteien, die in der EU zwar einen gemeinsamen Feind gefunden haben und in ihren Mitgliedstaaten gegen sie polemisieren, jedoch noch nie eine internationale Herausforderung gelöst haben. Den Herausforderungen in Europa kann nur mit konkreten politischen Erfolgen begegnet werden, damit die EU auch im 21. Jahrhundert eine Erfolgsgeschichte bleibt.“



*Elmar Brok, CDU, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament*

## Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa – Fakt oder Fiktion?

Ursula Engelen-Kefer

Der Abbau der teilweise dramatischen Jugendarbeitslosigkeit in Europa und die Bekämpfung des hohen Anteils prekärer, unsicherer und schlecht entlohnter Beschäftigung müssen als zentrale Herausforderungen erkannt werden, die nach der Europawahl 2014 auf das neue Europaparlament und die künftige Europäische Kommission zukommen. Im Beitrag von Ursula Engelen-Kefer werden die Situation junger Menschen in Europa und der Umgang damit seitens der Politik in den Mittelpunkt gestellt. Die Autorin mahnt an, bessere Chancen für die junge Generation in Europa zu schaffen. Sie müssen in die Lage versetzt werden, ihr Leben aktiv gestalten zu können. Nur dann wird es ihnen möglich, Europa Zukunftsperspektiven zu geben.

In der „Ars poetica“ des römischen Dichters *Horaz* heißt es „Es reißen die Berge, zur Welt kommt nur ein lächerliches Mäuschen.“ Deutlicher können die sich überschlagenden Gipfelstürme der letzten Monate zur Jugendarbeitslosigkeit kaum beschrieben werden: wolkige Erklärungen über die „verlorene junge Generation“ und damit die Gefährdung des Projekts Europa, vage Appelle an die Mitgliedsstaaten und eine unübersehbare Fülle technischer Aufträge für die europäischen Arbeitsverwaltungen.

Undurchschaubar sind vor allem die Versprechungen über die finanziellen Mittel, deren Ausmaß, Herkunft, Beantragung und Verwendung. Sind es die 6 oder 8 Mrd. Euro als Ergebnis der verlautbarten Gipfelvereinbarungen oder 24 Mrd. Euro laut der ehemaligen Bundesarbeitsministerin *Ursula von der Leyen*? Kommen sie aus den zeitaufwendigen Verfahren der Beschaffung von Krediten über die Europäische Investitionsbank (EIB) oder aus den bereits längst verplanten EU-Strukturfonds?

Hingegen trafen sich die Spitzen der Regierungen in den Euroländern in immer kürzeren Abständen zur Beratung über die eskalierenden Finanzkrisen. Ergebnis der einsamen Vereinbarungen a la „Merkozy“ sind 1,6 Billionen Euro für die Banken, die Wohlhabenden, Top-Manager der Fi-

**Die bitteren Folgen für die Menschen in den Krisenländern spielten bei den Beratungen über die Finanzkrise kaum eine Rolle.**

nanzbranche und vor allem der Steueroasen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Die bitteren Folgen für die Menschen in den Krisenländern – drastische Kürzungs- bis Verelendungsprogramme und für die EU insgesamt weiterer Sozialabbau – spielten dabei kaum eine Rolle. Dass dabei auch demokratische Strukturen der Einbeziehung der Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene verletzt wurden, musste erst vom Bundesverfassungsgericht zurechtgerückt werden. Die gerichtliche Klärung, ob mit der unübersehbaren finanziellen Haftung der Steuerbürger/-innen für die Banken und Krisenländer der Vertrag von Lissabon ausgehebelt wird, steht noch aus. Dafür wurde der Öffentlichkeit mit hochtrabenden Versprechungen über die Verbesserung der Finanz- und Wirtschaftslage in den Krisenländern Sand in die Augen gestreut. Wechsel und Instabilität der Regierungen in den Krisenländern sowie Massenproteste der Bevölkerung wurde von den Mächtigen in Mitgliedsregierungen und der EU-Kommission buchstäblich ausgesessen. Je näher in der Bundesrepublik die Bundestagswahlen und im nächsten Jahr die Europawahlen rückten, desto mehr entdeckten die Staatschefs ihr Herz für die Jugend Europas.

Seit Ende letzten Jahres gab es mehrere medienwirksame Pressekonferenzen der EU-Kommission zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Vor



Angst vor der Zukunft: Graffiti in Poznan, Polen

wenigen Monaten fand der mit amtierenden und Ex-Staatschefs sowie den Finanz- und Arbeitsministern besetzte deutsch-französische „New Deal“ in Paris statt. Gerufen hatte die Denkfabrik des internationalen Finanzinvestors *Berggruen*, der sich erst kürzlich den strauchelnden Karstadt-Konzern einverleibt hat. Innerhalb einer Woche war die Jugendarbeitslosigkeit jetzt im Zentrum von gleich zwei Gipfelkonferenzen. Zur zweiten dieser medialen Großereignisse am 3. Juli 2013 hatte Bundeskanzlerin *Angela Merkel* höchstpersönlich die Spitzen der EU-Regierungen und der Arbeitsverwaltungen nach Berlin geladen.

Allerdings verdichtet sich der Eindruck, dass hierbei bildlich gesprochen „der Schwanz mit dem Hund“ wedelt oder noch drastischer „die Brandstifter“ als „Feuerlöscher“ auftreten. Das Ergebnis der drastischen Kürzungsprogramme der „Troika“ aus Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) sowie der einsamen Gipfelvereinbarungen „ala Merkozy oder Merkolland“ im EU-Fiskalpakt mit seiner zumindest formal rigorosen Schuldenbremse ist eine eskalierende Wirtschaftsrezession, die von den Krisenstaaten auch auf andere Euroländer übergreift. Entsprechend gestiegen ist die Arbeitslosigkeit im Euroland auf über 12 Prozent, etwa doppelt so hoch für junge Menschen mit weit über 50 Prozent in Griechenland und Spanien sowie annähernd 40 Prozent in Portugal.

Bei den langwierigen Verhandlungen über den EU-Fiskalpakt ist die Bekämpfung der hohen und steigenden Arbeitslosigkeit lediglich ein Randthema geblieben. Im Mittelpunkt steht die zumindest formal rigorose Schuldenbremse zur Disziplinierung der nationalen Haushaltspolitik. Mit Verweis auf die Rute der milliardenschweren Rettungsfonds für Banken und Krisenregierungen ist es den Mächtigen unter den Gipfelstürmern gelungen, 25 von 27 der EU-Mitglieder zum Einlenken zu bewegen. Nicht dabei sind Großbritannien, das um die Privilegien seiner entgrenzten Finanzbranche fürchtet und Tschechien, dessen bisheriger Regierungs- und Staatschef, *Vaclav Klaus*, schärfere EU-Regulierung wie der Teufel das Weihwasser scheut. Im deutschen Bundestag und Bundesrat wurde der EU-Fiskalpakt mit seiner schärferen Schuldenbremse als sie bisher bereits im Grundgesetz verankert ist, als „alternativlos“ mit dem üblichen politischen und finanziellen Geschacher durchgeboxt.

Die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Verweise im EU-Fiskalpakt beschränken sich auf den bereits früher zwischen Frankreich und Deutsch-

**Verordnet wird den Krisenstaaten die Medizin der Agenda 2010 mit der Flexibilisierung sowie dem Abbau des Arbeits- und Sozialrechts.**

land vereinbarten Euro-Plus-Pakt. Verordnet wird den Krisenstaaten die Medizin der Agenda 2010 mit der Flexibilisierung sowie dem Abbau des Arbeits- und Sozialrechts. Dabei forciert die EU-Kommission erneut nicht nur ihre Propaganda für den weiteren Abbau jeglichen Kündigungsschutzes sowie Eingriffe in die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften, sondern auch für die Heraufsetzung des Rentenalters gleich auf 69 Jahre flexibel steigend mit der Lebenserwartung. Es bleibt mithin der bittere Beigeschmack: Die Not der jungen Arbeitslosen wird als Keule für den weiteren Abbau sozialstaatlicher Regelungen und Einrichtungen genutzt.

**Verbesserung der betrieblichen Berufsbildung braucht Wachstum und Tarifparteien**

Die von der EU-Kommission verkündeten umfangreichen Kataloge detaillierter Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit kreisen um die bekannten Schwerpunkte: Einführung der dualen Berufsbildung nach deutschem Muster, der Förderung von Klein- und Mittelbetrieben sowie der Gründung von „Start Ups“. Die Einführung einer europaweiten Qualifizierungs- und Beschäftigungsgarantie spätestens vier Monate nach Beendigung der Ausbildung nach österreichischem Muster beschränkt sich auf Empfehlungen. Ein Mechanismus zur Um- und Durchsetzung fehlt. Zudem hängen Einführung und Ausbau einer betrieblichen Berufsbildung entscheidend davon ab, dass genügend Unternehmen qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze anbieten können. Auch ist in der Bundesrepublik nicht

**Einführung und Ausbau einer betrieblichen Berufsbildung hängen entscheidend davon ab, dass genügend Unternehmen qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze anbieten können.**

alles Gold, was glänzt. Bei etwa nur noch einem Fünftel der Betriebe, die überhaupt ausbilden, sind hunderttausende junger Menschen in öffentlich finanzierten Bildungs-Warteschleifen und suchen nach Ausbildung und Arbeit.

Bei einem jährlichen Rückgang des Wirtschaftswachstums von 5 bis 6 Prozent – wie z. B. in Griechenland – gleicht die Schaffung einer ausreichenden betrieblichen Berufsbildung der „Quadratur des Kreises“. Darüber hinaus ist dies nur zu schaffen, wenn die öffentlichen Hände mit den Tarifpar-



teien an einem Strang und in die gleiche Richtung ziehen. Zudem müssen die erforderliche Infrastruktur sowie funktionsfähige Verbände und Fachrichtungen für die Gestaltung und Anpassung der Inhalte einer qualifizierten Berufsausbildung vorhanden sein. Die dafür von der EU vorgesehene 6 Mrd. Euro für die Förderperiode bis 2020 und alle Krisenländer sind lediglich der berühmte Tropfen auf den heißen Stein, auch wenn sie auf die nächsten beiden Jahre vorgezogen werden. Ähnliches gilt für die vorgesehenen 70 Mrd. Euro der Europäischen Investitionsbank (EIB) jeweils für dieses und die nächsten beiden Jahre zur Finanzierung von Klein- und Mittelbetrieben. Undurchsichtig bleibt die angekündigte Verknüpfung mit der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für junge Menschen. Zudem besteht das gravierende Problem der Aufbringung der notwendigen eigenen finanziellen Mittel für die Nutzung der EU-Förderung sowie die Bedienung der Kredite der EIB.

### „Brain Gain“ statt „Brain Drain“

Übrig bleiben dürfte mithin vor allem die Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität durch europaweite und bilaterale Maßnahmen. Hierzu gibt es eine Fülle von Vereinbarungen zwischen der Bundesregierung und den Krisenländern.

**„Brain gain“ in der Bundesrepublik und entsprechend „brain drain“ in den Krisenländern kann keine dauerhafte Lösung sein.**

Nach anfänglich zögerlichen Wanderungen der qualifizierten jungen Menschen aus den Krisenländern in die

Bundesrepublik hat sich dies bei aktiven Anwerbemaßnahmen im letzten Jahr zunehmend verstärkt. Ein derartiger „brain gain“ in der Bundesrepublik und entsprechend „brain drain“ in den Krisenländern kann jedoch keine dauerhafte Lösung sein. In der Bundesrepublik werden zwar kurzfristig die Lücken bei der Gewinnung von Auszubildenden und Arbeitskräften geschlossen. Allerdings wird damit gleichzeitig der Druck verringert, durch Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen die immer noch zu hohe Arbeitslosigkeit zu verringern. Für die Krisenländer besteht in dem „brain drain“ eine große Gefahr für die eigene wirtschaftliche Entwicklung. Dies zeigt das Beispiel der Neuen Bundesländer mit der Abwanderung qualifizierter jüngerer Menschen besonders drastisch. Einer „brain circulation“, mithin dem gezielten Einsatz dieser jungen Menschen in der Bundesrepublik zum Erwerb von Qualifikati-

onen und Erfahrungen, die sie später auch in ihren Heimatländern nutzen können, sind in einem Europa der Freizügigkeit enge Grenzen gesetzt. Notwendig ist die gezielte Entwicklung qualifizierter Ausbildung und Arbeit in den Krisenländern selbst, wobei die dort tätigen deutschen Unternehmen mit gutem Beispiel vorangehen müssen.

### EU-Jugendarbeitslosigkeit – Vorfahrt für Solidarität

Erforderlich ist die Verbesserung der Beschäftigungschancen gerade der jungen Arbeitnehmer/-innen durch Re-Regulierung auf dem Arbeitsmarkt. Die teilweise dramatische Jugendarbeitslosigkeit ist mit verursacht durch den hohen Anteil prekärer, unsicherer und schlecht entlohnter Beschäftigung. Dies hat die EU im Rahmen ihrer Beschäftigungsstrategien und die übersteigerten Anforderungen an die Flexibilität der Arbeitnehmer/-innen seit Beginn dieses Jahrtausends selbst vorangetrieben. Die bitteren Folgen sind, dass gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen die jungen Menschen als erste von Arbeitslosigkeit betroffen werden. Eine Ausweitung der prekären Beschäftigung und Verschlechterung der Löhne für junge Menschen würde mithin nicht nur ihre Beschäftigungssituation weiter verschlechtern, sondern die wirtschaftlichen Krisen insgesamt verschärfen. In ihren Länderstudien zur Jugendarbeitslosigkeit kommt die *Friedrich-Ebert-Stiftung* zu dem Ergebnis: „Die einseitige Orientierung der EU-Konzepte an der Beschäftigungsfähigkeit, der beruflichen Anpassung und der Flexibilität müssen daher korrigiert werden. (...) Junge Menschen brauchen

**„Die einseitige Orientierung der EU-Konzepte an der Beschäftigungsfähigkeit, der beruflichen Anpassung und der Flexibilität müssen (...) korrigiert werden.“**

nicht nur Training, Praktika und Mobilitätsförderung, sondern vor allem Chancen für qualifizierte Beschäftigung mit Zukunftsperspektiven.“<sup>1</sup>

Zweifellos kann die Einführung betrieblicher Berufsbildungssysteme einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit leisten. Allerdings dürfen die Erwartungen nicht zu hoch gespannt und es muss ausreichend Zeit dazu gelassen werden. Zudem muss die erforderliche Infra-

1 PAZ Martín Martín: The European Union Tackling Youth Unemployment in Times of Crisis – Berlin 2012: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, S. 10 (<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09516.pdf>; letzter Zugriff: 12.12.2013)



Wie kann es gelingen, die Weichen neu zu stellen?

struktur an Verbänden und Facheinrichtungen für die Gestaltung und Anpassung der Inhalte einer qualifizierten Berufsausbildung vorhanden sein. Ähnliches gilt für die vorgesehenen 70 Mrd. Euro der Europäischen Investitionsbank (EIB) jeweils für dieses und die nächsten beiden Jahre zur Finanzierung von Klein- und Mittelbetrieben. Undurchsichtig bleibt die angekündigte Verknüpfung mit der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für junge Menschen. Zudem besteht das gravierende Problem der Aufbringung der notwendigen eigenen finanziellen Mittel für die Finanzierung der Kredite der EIB. Nach den Kürzungsaufgaben der „Troika“ für die Rettungs-Milliarden sind derartige „Kreditspritzen“ in den Krisenländern überhaupt nicht umsetzbar.

Auch die immer wieder propagierte Forcierung der grenzüberschreitenden Mobilität ist keine „Patentlösung“ für die Bekämpfung der EU-Jugendarbeitslosigkeit. Vor allem darf dies nicht zu einem Zuwanderungs-Aktionismus mit Druck und falschen Versprechungen über die Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland führen. Entscheidend ist die Verbesserung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für

**Entscheidend ist die Verbesserung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen in den Krisenländern.**

junge Menschen in den Krisenländern. Dazu bedarf es über allgemeine Apelle und Absichtserklärungen hinaus konkreter Konzepte und Verpflichtungen in Politik und Wirtschaft.

Gleichzeitig erforderlich bleibt die Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen gerade

in den sogenannten Mangelberufen – vor allem in den Gesundheits- und Pflegebereichen sowie sonstigen personenbezogenen Dienstleistungen – um die Qualifizierungs- und Beschäftigungschancen für die sogenannten schwer vermittelbaren Personengruppen in der Bundesrepublik zu verringern. Mit 3 Millionen registrierten Arbeitslosen, einer Unterbeschäftigung zwischen 4 bis 6 Millionen und über 7 Millionen Menschen mit Niedriglöhnen gibt es auch in der Bundesrepublik noch

erhebliche beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Herausforderungen.

Aus den Erscheinungsformen und Ursachen der Krisen ergibt sich eine übersteigerte Subsidiarität und „verkehrte“ Solidarität der Verteilung der Krisenlasten von unten nach oben sowie von den Opfern zu den Verursachern. Bezahlen müssen die Krise die Steuerbürger/-innen, Arbeitnehmer/-innen, die Arbeitslosen, Sozialleistungsempfänger/-innen in den Gläubigerländern über die gigantischen Rettungsschirme und die öffentliche Kürzungspolitik, sowie die große Mehrheit der Menschen in den Krisenländern durch die Kürzungsaufgaben, die in Rezession, Arbeitslosigkeit und Armut führen. Vordergründig sollen damit der Euro und die Krisenländer gerettet werden. In Wirklichkeit geht es um die Rettung der Banken und sonstigen Finanzinstitutionen, ihre Eigentümer, Gläubiger und Top Manager, und letztendlich um den Abbau von Sozialstaat und Solidarität.

Dies hat der Europäische Gewerkschaftsbund mit seiner Kritik an dem finnischen EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, *Olli Rehn*, deutlich gemacht: Sein Lob gegenüber Lettland und Irland wegen ihrer „erfolgreichen“ finanziellen und wirtschaftlichen Anpassung haben die Menschen in diesen Ländern mit bitteren Kürzungen von Löhnen, Renten und sonstigen Sozialleistungen sowie der Auswanderung vieler junger Menschen bezahlen müssen.

Umgekehrt hat das von gravierenden Bankenrisiken geschüttelte Island, das allerdings weder Mitglied der EU noch der Eurozone ist, gezeigt: Es ist möglich, eine Finanzkrise ohne einseitige Be-

lastung der Bürger/-innen zu bewältigen. Island war eines der ersten Länder, das in den Strudel der von den USA ausgehenden Finanzkrise geriet. Seine Banken hatten mit extrem hohen Zinszahlungen auf Einlagen ausländisches Kapital angelockt bis 2007 das Kartenhaus der Spekulation zusammenbrach. Die Regierung in Reykjavik ging die Bewältigung der Krise mit größerer sozialer Ausgewogenheit an. Sie verzichtete auf die weitreichende Bankenrettung mit Steuergeldern und sorgte dafür, dass sich die überlebenden Banken wieder auf die Dienstleistungen konzentrierten. Sozialleistungen für die Bürger/-innen wurden gestärkt, nicht gekürzt. Herausgesetzt wurden die Steuern für die höheren Einkommen. Seit 2011 weist die Wirtschaft Islands wieder positive Wachstumsraten auf. Durch die Abwertung der isländischen Krone kurbelte Island Exporte und den Tourismus an.

Auf die Europawahlen 2014, das neue Europaparlament und die künftige Europäische Kommission kommen schicksalhafte politische Herausforderungen zu. Es gilt, bessere Chancen für die jungen Menschen in Europa zu schaffen. Die Verantwortlichen in der EU, den Mitgliedsländern und allen voran in der Bundesrepublik dürfen nicht zusehen, dass eine „verlorene“ junge Generation zu einem „Systemrisiko“ für Europa und seine Demokratien wird.



Europa und seine Demokratien können sich keine verlorene Generation leisten



*Ursula Engelen-Kefer, Volkswirtschaftlerin, war u. a. Leiterin der Referate Internationale Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit und Stellvertretende Vorsitzende des DGB.*

*Sie ist Honorarprofessorin für das Lehrgebiet „Internationale und europäische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik“ an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit – Fachhochschule für Arbeitsmarktmanagement.*

*Ihr neuestes Buch ist im Oktober 2013 bei vorwärts/buch erschienen: „Eine verlorene Generation? Jugendarbeitslosigkeit in Europa“*

*<http://www.engelen-kefer.de>*

*E-Mail: [engelenkeferu@yahoo.de](mailto:engelenkeferu@yahoo.de)*

**AB: Was ist für Sie die größte Herausforderung für die Europäische Union nach der Europa-Wahl 2014?**

„Die Mitgliedstaaten müssen strukturelle Reformen ihrer Bildungssysteme und Arbeitsmärkte vornehmen, um die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und jungen Menschen eine Perspektive zu eröffnen. Die deutsche duale Ausbildung hat hier Vorbildcharakter. Die EU braucht einen europäischen Arbeitsmarkt: Nur mit mehr Mobilität können wir regionale und sektorale Unterschiede bei Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel ausgleichen.“



*Nadja Hirsch, Mitglied des Europäischen Parlaments, Mitglied der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa*

## „Educational systems tend to get more competitive and selective, inclusive approaches of EDC/HRE face a roll-back“

Umfrage im DARE-Netzwerk zum Thema „Europa und Bildung“

DARE (Democracy and Human Rights Education in Europe)<sup>1</sup> ist ein Zusammenschluss von 50 Organisationen aus 27 europäischen Ländern. Das Netzwerk hat das Ziel, die Anliegen von politischer Bildung und Menschenrechtsbildung auf europäischer Ebene zu vertreten und zu fördern. Georg Pirker, Referent für internationale Bildungsarbeit in der Geschäftsstelle des AdB, organisiert und koordiniert die Netzwerk-Aktivitäten und hat die in diesem Beitrag vorgestellten Ergebnisse einer Umfrage unter den DARE-Mitgliedern für die *Außerschulische Bildung* übersetzt und zusammengefasst.

Anlässlich Jahres der Bürgerschaft und des 10jährigen Jubiläums von DARE wurde eine Umfrage zum Stand der *Education for Democratic Citizenship/Human Rights Education* (EDC/HRE) und Europa durchgeführt, um die Sicht der Netzwerk-Mitglieder auf die europäische Einbettung ihrer Arbeit auszuloten und potentielle Entwicklungspfade für die zukünftigen Aktivitäten des Netzwerks zu bestimmen.



Die Umfrage wurde an die derzeit 50 Mitglieder des Netzwerks versandt, die eingeladen waren, sie auch an Kooperationspartner/-innen weiterzuleiten. Ein Rücklauf von 28 Antworten (vier davon außerhalb des Netzwerks) deckt die Hälfte der Mitgliedsorganisationen ab und liefert somit eine Basis für ein Meinungsbild. Interessant ist, dass sich auch die Nichtmitglieder durchweg als Mitglieder des Netzwerks bezeichnen, was den Schluss zulässt, dass sie sich durch die Arbeit von DARE zumindest repräsentiert sehen. Die Umfrage enthält vier Fragestellungen. Die Antworten werden im Folgenden zusammenfassend dargestellt:

1 Nach diesem Beitrag und der kritischen Stellungnahme von DARE zum Papier der Europäischen Kommission findet sich ein Verzeichnis für die in beiden Texten benutzten Abkürzungen.

### Frage 1: What do you consider the most challenging issues in EDC/HRE both in your country and in the European Union as a whole?

Die Sicht von Politik und Verwaltung, so der Grundtenor der Befragten, ist nach wie vor von Unwissenheit über EDC/HRE, einer daraus resultierenden mangelnden Wertschätzung und damit auch einer schlechten finanziellen Unterstützung der EDC/HRE-Arbeit geprägt. Dies hat zur Folge, dass EDC/HRE von den Auswirkungen der Finanzkrise besonders

**Education for Democratic Citizenship/Human Rights Education ist durch die Auswirkungen der Finanzkrise besonders betroffen**

betroffen ist: „The crisis affects education as a whole, but in particular EDC/HRE.“

Insbesondere Teilnehmende aus Ländern, die von den Auswirkungen

der Finanzkrise stark negativ betroffen sind, hinterfragen das vorherrschende demokratische Selbstverständnis der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger/-innen. Sie hinterfragen deren Wertorientierungen und Sicht auf die Funktionsweise demokratischer Gesellschaften. Stellvertretend dafür steht folgender Kommentar aus Griechenland: „What is the real meaning of Human Rights and democratic participation in practice especially in the time of economic crisis and all this expansion of poverty, unemployment, undereducation and misrepresentation?“

Im Zusammenspiel verursachen beide Befunde einen eingeschränkten Zugang und damit einhergehend eine beschränkte demokratische Teilhabe an Willensbildungsprozessen.

Eine zweite Antwortgruppe bezieht sich auf die Ausgestaltung von EDC/HRE auf nationaler Ebene: Die curriculare Verankerung von EDC/HRE sei gering und es gäbe wenig bis kein Material für die Nutzung in der formalen Bildung. Zudem seien Lehrer/-innen mit den Anliegen und Inhalten von EDC/HRE tendenziell überfordert und trügen mit dazu bei, dass insbesondere HRE nicht als Angelegenheit der eigenen Institution bzw. vor Ort begriffen wird, sondern als etwas, das weit weg vom eigenen Leben stattfindet. EDC/HRE insgesamt sei bedauerlicherweise eine Fußnote in der pädagogischen Karriere.

Interessant ist dabei, dass die Antworten zur Situation von EDC/HRE stark auf Curricula und die mangelnde Reichweite formaler Bildung abzielen und wenig über die außerschulische Bildungspraxis aussagen.

**„Dynamic in the whole field needs to come from under-funded NGO's.“**

Eine Aussage zur außerschulischen Praxis erlaubt eine dritte Antwortgruppe: Ihr zufolge wird das Arbeitsfeld als nach wie vor stark unterfinanziert bezeichnet. Jedoch sei die außerschulische Bildung überhaupt als einziges Feld identifizierbar, das einen grundständigen fachlichen und inhaltlichen Überblick über EDC/HRE habe und deren Anliegen gesellschaftlich vorantreiben könne. Die Herausforderung vor der außerschulische Bildung steht: „Dynamic in the whole field needs to come from under-funded NGOs.“

Die Fokussierung der europäischen Bildungspolitik auf formal messbare Ergebnisse stelle Anbieter außerschulischer politischer Bildung immer stärker vor das Problem, Wirkungen in einer überprüfbar Weise darzustellen. Die Projektförderung auf europäischer Ebene verstärkte diesen fatalen Trend, da sie einer an Langzeitwirkung ausgerichteten kohärenten Politik der nationalen/regionalen Ebene zusätzlich entgegenwirke. Allerdings sei diese kohärente Politik in vielen Ländern ohnehin nicht vorhanden oder werde im Zuge der Krise gerade (wie z. B. in Spanien) abgeschafft. Eine Reduzierung der Diskussion über European Citizenship auf Fragen der Grundrechte führe dazu, dass sich die national unterschiedlichen Begründungen von Bürgerschaft und dazugehöriger Bildungsarbeit im europäischen Diskurs nicht wiederfinden. Damit sei ihnen die Möglichkeit genommen, den politischen Prozess mit zu beeinflussen. Politische Bildungsprozesse würden nicht zur Stärkung europäischer politischer Willensbildung begriffen.

Bezogen auf die Inhalte von Bildungsarbeit fallen drei Aspekte auf: Mehrere Teilnehmende benennen die Arbeit gegen Extremismus als eine zentrale thematische Herausforderung. Nach wie vor sei es zudem ein konkretes Anliegen von EDC/HRE, junge Menschen auf ihr Leben als verantwortliche Bürger/-innen in einer sich immer schneller ändernden Welt vorzubereiten.

Die Teilnehmenden der Befragung sehen folgende

Themen als Themen von EDC/HRE an: Global Education, intercultural learning, youth participation, anti-racism, anti-discrimination, environmental education, history education et al. Leider hätten die Akteure in diesen Arbeitsfeldern oft kein Bewusstsein davon und stellen keinen Bezug zu EDC/HRE her. Diese Themenbereiche müssten aber als integrale Bestandteile von EDC/HRE verstanden werden.

**Frage 2: What are your key expectations on European Educational Policy?**

„We cannot think about a united EU if we do not have a common ground and sense of European Identity ... “

**Europäische Bildungspolitik sollte auf einem weiteren Bildungskonzept als der vorherrschenden Arbeitsmarktbefähigung basieren**

Eine erste wichtige Aussage ist, dass sich die Organisationen vor dem Hintergrund ihrer nationalen Arbeit mit Europa – insbesondere der EU – identifizieren. Eine daraus abgeleitete Forderung ist z. B.: „Common European EDC/HRE curricula and a common concept for European History teaching.“ Wobei diese Curricula nicht rein auf den schulischen Bildungskontext bezogen sind. Eine europäische Bildungspolitik, die den aktuellen Herausforderungen genügen möchte, sollte zudem auf einem weiteren Bildungskonzept als der vorherrschenden Arbeitsmarktbefähigung basieren. In diesem Sinne entsteht die Forderung: „Europe



© Photo European Union-Architects: „Architecture Studio“

Flags in front of the European parliament headquarters in Strasbourg

needs to take into account the concerns of citizens and integrate educational and social aspects of its citizens.“

Die Befragten haben den Eindruck, dass die gegenwärtige Bildungspolitik der EU EDC/HRE entwertet: „European Educational policies devalue EDC/HRE“. Die Stärke von (außerschulischer) EDC/HRE wird insbesondere in Zugängen gesehen, die an den Bedürfnissen der Teilnehmenden ausgerichtet sind. Diese stimmten aber nicht mit dem von der EU verordnete „educational benchmarking“ überein. Forderungen, die sich aus diesem Kontext ableiten, sind eine Reduzierung der quantitativen Zielvorgaben der EU-Bildungsprogramme, einhergehend mit einem eindeutigen Bekenntnis zu umfassender Bildung als Wert an sich, einer Ausweitung von „wertbasierten Zugängen“, die sich insgesamt stärker auch an den EDC/HRE-Diskursen orientieren sollten.

Europäische Bildungspolitik sollte in diesem Sinne keine Sonntagsreden schwingen, sondern HR-Standards umsetzen helfen, die einen Beitrag zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen leisten. Sie sollte die Rahmenbedingungen zum Schutz politischer, ziviler, ökonomischer, sozialer und kultureller Rechte verbessern und sich auf die Umsetzung des EU-Grundrechtekatalogs beziehen. „The EU should accept that education is not only about jobs and vocational capacities but instead is the impetus for commonly creating a vision of change and transformation.“

Europäische Bildungspolitik sollte zudem EDC/HRE auch als Umsetzungsstrategie begreifen, die es erlaubt, Lernende zu unterstützen, Grundrechte, die ihren Alltag betreffen, als solche zu begreifen, und sie und ihr Umfeld dazu zu befähigen, sich an demokratischen Interessensbildungsprozessen zu beteiligen und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu erhalten.

**Frage 3: What is your motivation to participate in the DARE network?**

Eine wesentliche Motivation, sich am DARE-Netzwerk zu beteiligen, ist auch nach zehn Jahren noch das Anliegen, EDC/HRE im europäischen Kontext zu stärken. Dies wird in allen Antworten nach wie vor als ein Unterfangen gesehen, welches nur gemeinsam wahrgenommen werden kann. Hervorgehoben wird, dass DARE als der Motor für die Verankerung von HR im Active Citizenship-Konzept gesehen wird. Überhaupt wird die gemeinsame Lobbyarbeit auf der europäischen Ebene als ein

ganz zentrales Moment der Zusammenarbeit benannt. DARE wird als ein Zusammenschluss verstanden, in dem es die beteiligten Organisationen erfolgreich geschafft haben, ein übergreifendes Netzwerk von „Stakeholdern“ zu schaffen, das Forschung, Praxis, NGOs und weitere in diesem Feld tätige (auch halbstaatliche) Institutionen verbindet und um das Anliegen EDC/HRE schart. Hervorgehoben wird auch der Charakter einer Plattform, in welcher die Anliegen der Mitglieder willkommen und wertgeschätzt sind und weiterbearbeitet werden: „The DARE

**DARE ist der Motor für die Verankerung von Menschenrechten im Active Citizenship-Konzept**

network is a network where one can feel that your opinion is respected and that your input will be taken forward and it also provides opportunities for forming new partnerships and engaging in new innovative pieces of work which can be cascaded to our members.“



Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Über diese Funktion hinaus äußern mehrere Teilnehmende, dass die Organisationen mit ihrer Mitgliedschaft in DARE über ein Informationsinstrument verfügen, das ihnen die Arbeit entschieden erleichtert. Im Kontext ihrer nationalen Arbeit würden sie nur durch wenig Informationen und Ressourcen unterstützt, dies erschwere ihr EDC/HRE-Engagement. DARE verstehen sie als „network that makes the difference and brings advance“ und als „upgrade to understand the deficits in regard to HR on national level and vice versa“.

Drittes Kernanliegen ist, mit dem Netzwerk einen Kontaktraum für jederzeit aktivierbare Projektanträge und Partnerschaften zu verfügen, der auf gewachsenem Vertrauen und langjähriger gemeinsamer Arbeitserfahrung beruht.

**Frage 4: How would you describe the impact – if any – of DARE on the development of HRE/EDC in your country?**

Die Wirkung eines Netzwerks wie DARE auf den eigenen nationalen Arbeitskontext zu messen, scheint generell schwierig zu sein. Insbesondere was die Wirkung auf die Ebene nationaler Politikformulierungen betrifft, lässt sich klar feststellen: „I would not be able to describe any tangible impact, but i hope there is one.“ Diese Antwort kommt erwartungsgemäß häufig vor. Nichtsdestotrotz bekräftigen viele Mitglieder, dass sie die von DARE entwickelten und zur Verfügung gestellten Materialien regelmäßig nutzen und im nationalen Kontext promoten.

Es gibt einige Organisationen, die DARE für die Umsetzung ihrer EDC/HRE-Agenda in ihrem landesspezifischen Kontext nutzen. „We are aware that financial barriers have caused limitation to advancing the EDC/HRE agenda, but the impact for us has been great in progressing this agenda in our country and sharing good knowledge with EU partners.“ Dazu gehört auch die Möglichkeit, über DARE die Entwicklung der eigenen Organisation unter professionellen Gesichtspunkten voranzutreiben und die Angebote des Netzwerks zu europäischem capacity building zu nutzen.

Eine ganze Reihe von Teilnehmenden betont darüber hinaus die Möglichkeit, selbst über DARE

auf der politischen Ebene der EU agieren und sichtbar sein zu können. DARE sei wichtig und gegenwärtig eine der wenigen Möglichkeiten, die Anliegen und Fragen von EDC/HRE auf die politische Ebene in Europa überhaupt zu kommunizieren.

*Übersetzt und zusammengefasst von Georg Pirker  
Informationen über das Netzwerk:  
<http://www.dare-network.eu/>  
E-Mail: [pirker@adb.de](mailto:pirker@adb.de)*

*AB: Welche Bedeutung hat aus Ihrer Sicht die politische Bildung für die demokratische Entwicklung Europas?*

„Politische Bildungsarbeit ist ein Fundament zivilgesellschaftlichen Zusammenlebens. Gerade die Vermittlung demokratischer Grundsätze des gemeinsamen Europas gehört zu den wesentlichen Aufgaben, für die es sich im politischen Alltag zu streiten lohnt. Damit werden europäische Werte wie Toleranz und Weltoffenheit gefördert.“

*Martina Michels, DIE LINKE,  
Mitglied des Europäischen  
Parlaments,  
Mitglied im Ausschuss für Kultur  
und Bildung*



## Let us be more ambitious!

Das DARE-Netzwerk hat sich an der Diskussion um die Ausgestaltung der zukünftigen EU-Politiken bis 2020 beteiligt. Es hat eine kritische Stellungnahme zum Papier der Europäischen Kommission „Rethinking Education: investing in skills for better socio-economic outcomes“ verfasst, die im Folgenden abgedruckt ist.

DARE networks board proposes to critically investigate the European Commissions proposal on „Rethinking Education: investing in skills for better socio-economic outcomes“ which was published in November 2012 by the European Commission [COM(2012) 669 final].

We welcome the European Commissions' vision on the Future of Education as a valuable contribution to the discussion – *but we aim for a deeper reflection within the discussion in order to develop a common vision for the future.* The communication issued by the EC is emphasizing strictly on „delivering the right skills for employment, increasing the efficiency and inclusiveness of our education and training institutions and working collaboratively with all relevant stakeholders“ (p. 2). No doubt – in the times of crises caused by the financial sector, we face in the countries suffering by the crisis multiple problems, among them rates of (youth) unemployment as one of the biggest challenges for European society. No doubt that more and better

than is currently the case needs to be done in order to equip youth (and people affected by the crisis in general) with instruments to cope with the situation and go steps to recover. Nothing is worse than a situation where a political and economical system is not able to take care for the peoples' needs.

The EC's approach to set the focus more or less solely on formal education is a missed opportunity for a redefinition of education as envisaged. The approach to put the responsibility for coping with the outcomes of the economical downturn mostly on the shoulder of the individual citizens and rejecting any responsibility of the economical, social and ecological environment for the situation is cynical. To enforce solely the vocational skills of the learners and their employment skills in this regards will have no effect if there is no jobs.

The EC asks for world-class *vocational education and training*. What is world class VET and in comparison to what? *DARE points out that Europe already today is world-wide leading in Human Rights Education and Education for Democratic Citizenship. This is one of the fundamentals for the success of economy and societies in Europe. This effort should not be risked nor lost!*

The EC Communication points out on the success of countries leading in vocational education and training. From the DARE-network we want to indicate that these countries also have sound support for non-formal learning and include EDC/HRE programs in national curricula as well as offer support for non-formal learning.

A highly selective and competitive educational system inherently produces winners and losers. The European commission aims to reduce the rates of low performance but who will be the people losing in 2020 if the educational systems are highly competitive and selective and only about to produce overachievers? Are streamlined curricula, standardized tests the right instruments to tackle under-performance *or should we rather ask for tailor-made approaches fostered for the level learners on the educational grassroots level?* Is a strict focus on STEM (science, technology, engineering and mathematics) enabling Europe for real sustainable, smooth and *inclusive* growth?

*Lifelong learning (LLL) and civic competencies, building a core methodology of HRE/EDC, are essential for each individual in modern European, knowledge-based and democratic societies. As dispositions of learning-to-learn skills and active*

*citizenship shape up in childhood and adolescence, formal and non-formal education seen through the LLL-perspective can make a significant contribution to the enhancement of social and civic competencies as well as to employability skills of adult Europeans.*

Eight key competencies, listed in the „Recommendation of the European Parliament and of the Council of 18th December 2006 on key competences for lifelong learning“, include among others (e. g. digital competence, cultural awareness and expression, learning-to-learn skills) also sense of initiative and entrepreneurship and social and civic competences. *Both have to be seen as fundamental to equip individuals to participate actively in civic society.*

DARE points out that *Education for Human Rights and Democratic Citizenship* over past decades, supported by numerous international, European and national HR instruments, *developed modern and expert appreciated methods of addressing a range of vulnerable and marginalized groups of population (including social-economic disadvantaged, with less well-educated background, with employment difficulties), who are in need of empowerment and support to fulfill their educational potential.*

The educational system of a democratic society should seek to support *all* its learners in their development of social and civic competences hand in hand with sense of initiative including entrepreneurship (on all levels of formal, non-formal, LLL and vocational education) in order to empower them to participate confidently in modern, heterogeneous, knowledge-based societies and contribute to development of socially responsible sustainable economy in Europe. What's good for the disadvantaged should also be taken into account for the ones that eat the fat of the land: Democratic Citizenship and Human Rights skills are also an educational goal for vast groups within privileged groups in society.

The European Commission asks for the development of *transversal skills*, such as the „ability to think critically, take initiative, problem solve and work collaboratively“ further the communication asks the development of adequate tools for individual assessment of skills, particularly in the areas of problem solving, critical thinking, collaboration (...). *From the DARE network we know no better educational environment to learn these skills as the environment of non-formal Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education,*



for active citizenship education, politische Bildung etc. We do not understand why the EC communication does not take these fields into account when the acquisition of these transversal skills is so important for the EU's future. The EC loses an opportunity by not including the positive experiences of non-formal Education for Democracy and Human Rights as a basic field to acquire these competences! Among the transversal skills the EC emphasizes especially *entrepreneurial skills* as desire for education. We have no doubt that among a lot of other fields it can be interesting to learn in school more about entrepreneurship, but one also has to admit that not all young people want to become entrepreneurs. *We see it as crucially important to invest in this regard in sound EDC/HRE teaching all over Europe and contribute to the realization of the Council of Europe Charter on Education for democratic citizenship and human rights education. Entrepreneurial investments are made mostly in countries/regions where investors have no doubt about the rule of law and the security of investments.* Risk and Forecast estimate for entrepreneurial investments largely depends on the estimation of stable and societies and an investment friendly climate. *In this regard Citizenship skills and knowledge are a crucial desirable for any educational system that aims to support a prosperous smart and sustainable growth in Europe.* Resulting from the crisis we face in many countries a streamlining of education and a roll-back of EDC/HRE from the formal educational system as currently happening in Spain. Also the political success of populist far right movements in several European states gives us alarming signals which are a clear risk for the stability of societies and the democratic model in Europe.

On the Funding Education aspect the EC lobbies for a model of cost sharing between different partners in the educational process – the state, businesses and individuals, foundations and alumni – with public investment to leverage private sector match-funding. *We ask the EC kindly to provide ex-*

*amples of successful PPP's in the educational field and to provide evidence of good experience which have proven to be successful in the long run. DARE points out that education is a public good and all members of society should have equal chances and access to any education offered. The EC is further asked to give evidence that PPP's are capable to offer solutions which are in the long run guaranteeing open societies and a stable social climate.*

For the DARE board, August 2013

Contact Georg Pirker, Secretary of the DARE network, [pirker@adb.de](mailto:pirker@adb.de)

Weitere Informationen über DARE:

[www.dare-network.eu](http://www.dare-network.eu)

Das Positionspapier der Europäischen Kommission „Neue Denkansätze für die Bildung: bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen“ kann – auf Deutsch – unter folgendem Link gelesen werden: [http://ec.europa.eu/education/news/rethinking/com669\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/education/news/rethinking/com669_de.pdf)

#### Erläuterungen zu den Abkürzungen

DARE	Democracy and Human Rights Education in Europe; europäisches Netzwerk zur Stärkung der politischen Bildung und Menschenrechtsbildung in Europa
EC	European Commission
EDC/HRE	Education for Democratic Citizenship/Human Rights Education
EU	Europäische Union
HR	Human Rights; Menschenrechte
LLL	Lifelong learning; Lebenslanges Lernen
NGO	Non-governmental Organization; Nicht-regierungsorganisation
PPP	Public Private Partnership
STEM	Science, Technology, Engineering and Mathematics; Wissenschaft, Technologie, Technik und Mathematik
VET	Vocational Education and Training; Berufliche Aus- und Fortbildung

*AB: Welches ist für Sie die größte Herausforderung für Europa in der nächsten Legislaturperiode?*

„Es ist schwer, nur eine Herausforderung für Europa zu benennen, denn es gibt mehrere. Die Europäische Union mag das Größte hinter sich haben, die Finanzkrise ist jedoch noch längst nicht überwunden. Es muss in den nächsten Jahren darum gehen, auf Probleme wie Überschuldung, Arbeitslosigkeit und Rezession zu reagieren – anders als in der Vergangenheit jedoch auf solidarische Weise. Das Krisenmanagement war zuletzt geprägt von einer besorgniserregenden Tendenz: Wichtige Entscheidungen wurden von einigen wenigen Staats- und Regierungschefs vorgegeben und den anderen sowie dem Europäischen und den nationalen Parlamenten zum Abnicken vorgelegt. Dies hat aus der Finanzkrise auch eine Vertrauenskrise und ansatzweise eine Demokratiekrisse gemacht, die das gesamte Integrationsprojekt gefährdet.“

Wir brauchen eine solidarische, demokratische und auf Nachhaltigkeit aufgebaute Europäische Union. Eine solidarische Union bedeutet, dass Finanzausgleich und Unterstützung für schwache Regionen und Bedürftige nicht als notwendiges Übel angesehen werden, sondern als Kernprinzipien einer Gemeinschaft, deren einzelne Mitglieder allein ihren Herausforderungen längst nicht mehr standhalten können. Eine demokratische Union muss die Antwort sein auf berechtigte Fragen nach Transparenz oder der Rechenschaft für Entscheidungen, die jede(n) von uns betreffen. Nachhaltigkeit muss der Grundsatz sein, mit dem die Union beim Klimaschutz, in der Energie- aber auch in der Wirtschaftspolitik ganz allgemein weltweit Maßstäbe setzt.

Seit mehr als 20 Jahren gibt es berechtigte Forderungen nach einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Viele, gerade in Deutschland, stoßen sich am Begriff „Wirtschaftsregierung“. Wie man das Kind auch nennt – notwendig sind ein größeres Maß an Harmonisierung der nationalen Haushalts-, Sozial-, Bildungs- sowie Industriepolitiken sowie endlich ein Ende des unfairen Standortwettbewerbs bei Unternehmenssteuern.

Muss es immer „mehr Europa“ sein? Nein, die EU sollte sich auf das beschränken und besinnen, was sie besser kann, wo gemeinsames Vorgehen einen Mehrwert bringt. Die Außen- und Sicherheitspolitik gehört ebenso dazu wie die Flüchtlingsproblematik, wo uns an den südlichen Küsten täglich neu erschreckende Beispiele dafür geliefert werden, was nationaler Eigensinn und falsch verstandenes Souveränitätsdenken für Schaden anrichten können. Beim Klimaschutz, wo die EU drauf und dran ist, ihren einst guten Ruf als Vorreiterin zu verspielen. In der Handelspolitik, denn jeder noch so große Mitgliedstaat ist alleine zu klein, um seinen Interessen auf internationaler Ebene Geltung zu verschaffen. Und: Gerade in Zeiten, in denen nationaler Protektionismus und Subventionen als herkömmliche Mittel der Industriepolitik wieder gestärkt werden, ist es wichtig, eine starke, die Interessen Aller vertretende EU-Kommission zu haben.“

*Dr. Franziska Brantner, von 2009 bis September 2013 Mitglied des Europäischen Parlaments Bündnis 90/Die GRÜNEN; seit September 2013 Abgeordnete des Deutschen Bundestags*



## Erasmus+ und politische Bildung

Die neue Generation der EU-Programme

Georg Pirker

2014 startet die neue Generation der EU-Programme im mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2014-2020. Georg Pirker stellt die Programme in ihrer Relevanz für die politische Bildung vor und benennt die Verknüpfungsmöglichkeiten zu Vorhaben außerschulischer politischer Bildung. Er weist aber auch darauf hin, dass noch im Dezember 2013 einige europäische Rahmenentscheidungen zur konkreten Ausgestaltung der Förderprogramme ausstehen und die Programmhandbücher noch nicht in offizieller Version zur Verfügung stehen.

Europa ist ein fester Bestandteil politischer Bildung. Über ihre Förderprogramme trägt die EU seit Jahren auch in erheblichem Maße zum Agenda-Setting und zur Finanzierung von Angeboten politischer Bildung bei.

Ab dem 1. Januar 2014 gilt nun endlich der neue mehrjährige Finanzrahmen der EU, der einen programmatischen Gestaltungshorizont unter den Eckpunkten der EU 2020-Strategie „Smart, sustainable and inclusive Growth“ absteckt. Über dessen konkrete finanzielle und inhaltliche Ausgestaltung ist im Vorfeld trefflich gestritten worden. In Deutschland kam vornehmlich die Erhaltung einer eigenständigen Programmlinie *Jugend* auf die Tagesordnung.

Wie sehen die neuen Programme nun konkret aus und wie sind sie für europäische Förderung politischer Bildung nutzbar bzw. wo sind Angelegenheiten politischer Bildung künftig anschlussfähig? Im Kern finden sich Anliegen politischer Bildung ab 2014 in vier europäischen Politikbereichen mit folgenden Programmen wieder:

- Politikbereich Bildung und Kultur: *ERASMUS+*
- Politikbereich Grundrechte, Gleichberechtigung und Bürgerschaft: *Rights, Equality and Citizenship, Europe for Citizens*
- Politikbereich Europäische Außenhilfe: *European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR), European Neighbourhood Program (ENPI)* u. a.
- Politikbereich Europäische Strukturfonds: *EFRE – Europäischer Fonds für regionale Entwicklung; ESF – Europäischer Sozialfonds; ELER – Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes* u. a.

Der folgende Beitrag befasst sich vornehmlich mit dem Politikbereich *Bildung und Kultur* und reißt den Politikbereich *Grundrechte, Gleichberechtigung*

und *Bürgerschaft* kurz an. Die Instrumente der *Außenhilfe* werden sich im Vergleich zur Praxis 2007-2014 nicht wesentlich verändern. Im Bereich der *Strukturfonds*, die in Deutschland über die nationale Ebene/Länderebene verteilt werden, stehen konkrete Programmfestlegungen auf der nationalen Ebene noch aus.<sup>1</sup>

### Alles vereinfacht, alle registriert? Einige Grundlagen

Generell gilt: Wer die neue Programmgeneration wirklich nutzen möchte, sollte sich wesentlich intensiver als bislang mit den strukturellen Voraussetzungen der Programme und Förderungen auseinandersetzen, mit dem Ziel, eine Wechselwirkung mit der eigenen Arbeitsstruktur nachvollziehbar zu erreichen. Im Vergleich zur Programmgeneration 2007-2013 gibt es folgende grundlegende Veränderungen:

- gleiche Programmstruktur für alle Bildungsprogramme im neuen integrierten Programm Erasmus+ (auch Jugend), mit einem Programmhandbuch für alle Bildungsprogramme<sup>2</sup>;
- weniger Aufrufe und Aktionen, leichtere Orientierung;
- obligatorische Online-Registrierung aller Antragsteller und Partner<sup>3</sup> und Nutzung von e-Forms für alle Anträge;
- starke Fixierung der Programme auf Generierung europäischen Mehrwerts und auf systemische wie systematische Wirkung (more bang for the buck!);
- pauschalisierte Abrechnungssysteme, vereinfachtes Finanzmanagement;
- der Fragestellung nach Validierung und Anerkennung von Lernleistung und Bildung wird ein überaus hoher Stellenwert zugesprochen.

1 Bislang ist eine Liste von 19 Programmprioritäten verabschiedet, von denen jeweils 5 in den Mitgliedsstaaten als prioritär für die Umsetzung definiert werden müssen.

2 Da es in Deutschland weiterhin getrennte Nationalagenturen gibt, wird eine für alle verbindliche deutsche Textfassung des Programmhandbuchs wohl auf sich warten lassen.

3 Leider gibt es nach wie vor für die unterschiedlichen Politikbereiche unterschiedliche Datenbanken. Wer also z. B. bereits Projekte im Bereich EU-Außenhilfe macht, muss sich dennoch neu für ERASMUS+ registrieren.

**Erasmus+ – Bildung und Jugend:  
alle beschäftigungsfähig?**

Unter der Lupe der EU 2020-Strategie sollten alle neuen Programme zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit beitragen. Interessant aber ist, dass das neue Programm Erasmus+ (ausgestattet mit 14,8 Mrd. EURO, was erfreulicherweise über 40 % Mittelzuwachs gegenüber den bisherigen Programmen bedeutet) dezidiert auch zur Verwirklichung eines ganzen Pakets an politischen Zielen und Strategien beitragen wird, die darüber hinausgehen. Das sind unter anderem die Ziele der Strategie „Education and Training 2020“ (EAT 2020), die Ziele der EU-Jugendstrategie (2010-2018), die Förderung der europäischen Werte gemäß Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union. Allen gemein ist, dass sie einen expliziten Bezug zu Fragen der Teilhabe, Demokratie, Menschenrechte, Minderheitenrechte, Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Solidarität, Gleichheit u. a. nehmen. In diesem Sinne erscheint Beschäftigungsfähigkeit klar als eingebettet in einen spezifisch sozio-ökonomischen Kontext. Hier kann politische Bildung in allen Bereichen ansetzen.

Von seiner Ausrichtung her umfasst ERASMUS+ die Bereiche Bildung und Ausbildung (77,59 %), Jugend (10 %), ein Stipendienprogramm für Studierende (3,5 %), Sport (1,8 %), Jean Monnet Initiative für Europapolitische Studien/Lehre (1,9 %) sowie die Verwaltungs- und Agenturkosten der mit der Umsetzung beauftragten (National-)Agenturen. Im Bereich der Bildung entfallen auf Hochschulbildung 43 %, auf Berufliche Bildung und Weiterbildung 22 %, auf Schulische Bildung 15 %, auf Erwachsenenbildung 5 %. 15 % der Mittel sind zudem zur weiteren strategischen Verteilung und Schwerpunktsetzung offengehalten.

Hochschulbildung nimmt im Rahmen des neuen Programms Erasmus+ einen ganz zentralen Stellenwert ein. Nichtsdestotrotz muss man anerkennen, dass auch die anderen Bereiche einen deutlichen Mittelzuwachs verzeichnen. Mit dem Beibehalt eines eigenständigen Jugendkapitels im Programm ist zudem der Jugendbereich vor einer Inanspruchnahme durch Bildungspolitik (hoffentlich) geschützt. Er wird also nicht unter

Bildung subsummiert, jedoch wird das Programm einer ähnlichen Logik unterworfen und damit wechselseitig andockfähig, was durchaus seinen Reiz hat.

Die Programmstruktur setzt auf ein für alle Bereiche verbindliches dreisäuliges Modell – die sogenannten Key-Activities (siehe Tabelle).

**Benchmarks, na klar!**

Natürlich soll mit den zur Verfügung stehenden Mittel auch etwas bewegt werden: Beispielsweise sollen in den nächsten sieben Jahren 500.000 junge Menschen Freiwilligendienste absolvieren und an Jugendaustauschmaßnahmen teilnehmen. 800.000 Lehrkräfte aus allen Bildungsbereichen (Hochschule bis Jugendarbeit) sollen im Ausland unterrichten oder sich fort- und ausbilden. Das sind, verglichen mit den bisherigen Zahlen, enorme Steigerungen, die eine entsprechende Masse an Maßnahmen benötigen, um je erreicht werden zu können. Dies bietet gerade Bildungsstätten als Lernorten Chancen!

**Antragsverfahren**

Anträge zu Key Activities können jeweils zu einheitlichen Fristen (KA 1: Mitte März; KA 2 und 3: Ende April) gestellt werden, wobei sie sowohl sektorale Projekte wie auch cross-sektorale Projekte bedienen können. Sektor-übergreifende Kooperationen (also schulisch – außerschulisch, politische Bildung – Weiterbildung, Forschungsvorhaben etc.) sind dabei ausdrücklich erwünscht. Die Antragstellung für die Key Activities 1 und 2 wird vornehmlich bei den jeweiligen Nationalagenturen liegen, sofern sich die Projektpartnerschaften im Bereich der EU und deren benachbarten Regionen/Partnerländern (EU, European Free Trade Association, EFTA und Nachbarschaftsländer) befinden. Es scheint dass jeweils *mindestens* ein Partner in den Konsortien seinen Sitz in einem EU-Land haben muss.

Obligatorisch für die Antragstellung ist eine vorherige Online-Registrierung der Antragsteller/-innen, dies insbesondere, um Transparenz zu gewährleisten. Die Begutachtung der Anträge soll über externe Evaluationen bewerkstelligt werden. Alle Anträge werden mittels e-Form gestellt. Einen möglichen Zugang zur Registrierungsplattform bie-

Key Activity 1 (KA 1, 63 % Mittel)	Key Activity 2 (KA 2, 28 % Mittel)	Key Activity 3 (KA 3, 4,2 % Mittel)
Individuelle Lernmobilität Mobilitätsmaßnahmen von Lehrenden und Lernenden (Gruppen- und Individualmobilität)	Kooperation für Innovation und Austausch guter Praxis „Strategische Partnerschaften“ und weitere Aktionen	Förderung von politischen Reformen (Anerkennungsinstrumente, Politikdialog, Verbreitung und Nutzung) und weitere Aktionen

tet: <http://ec.europa.eu/education/participants/portal/desktop/en/home.html>

**Fördersätze und Berechnung:** Auf den ersten Blick scheint es, dass sich die Fördersätze an den bisherigen Sätzen orientieren werden. Pro Land können im Antrag spezifische Maximalkosten geltend gemacht werden, die nach Kostenarten und Teilnehmendem pauschal beantragt werden können. Reisekosten sollen sich zudem an einer zugrundeliegenden Kilometerpauschale orientieren. Zu den jeweils für die Programme geltenden Sätzen sei ein Blick ins Programmhandbuch empfohlen: [https://www.jugendfuereuropa.de/downloads/4-20-3501/erasmus-plus-programme-guide\\_en.pdf](https://www.jugendfuereuropa.de/downloads/4-20-3501/erasmus-plus-programme-guide_en.pdf)

### **Eingemeindungen und Baukastensysteme – Wege, europäischen Mehrwert zu produzieren!**

Ob Erwachsenenbildung, Berufliche Bildung und Weiterbildung oder Jugend: Alle Bereiche stehen vor der Herausforderung, vom Start des Programms weg die gesetzten Benchmarks zu erreichen. Unter der neuen Marke Erasmus+ werden dabei die alten Bereichsbezeichnungen wohl zunächst beibehalten, auch um eine anfängliche Orientierung zu erleichtern. Da die finalen Absprachen auf europäischer Ebene wie gewohnt bis auf die letzte Minute auf sich warten lassen, werden sich erwartungsgemäß bisherige Elemente der alten Programme in den Säulen der Schlüsselaktivitäten wiederfinden, indem bestehende gute Praxis unter die neuen Überschriften quasi eingemeindet wird.

Für den *Jugendbereich* bedeutet dies, dass sich alle Maßnahmen des Jugendaustauschs, der Freiwilligendienste, der individuellen Jugendmobilität sowie Mobilitätsmaßnahmen von Fachkräften in der Key Activity 1 wiederfinden. Dabei können auch mehrere Projekte in einem Antrag mit einer Dauer von 3-24 Monaten zusammengefasst werden. Die Finanzierung erfolgt verstärkt durch Pauschalen.

In der *Erwachsenenbildung* (Grundtvig) werden Mobilitätsprojekte stark auf Teilnehmende aus dem Bereich der Bildungsanbieter fokussiert. Auch sie sind künftig der Key Activity 1 zugeordnet. Ziel ist die europäische Fortbildung Lehrender zum Zweck des Lehrens und der Fortbildung (Job shadowing, Kursteilnahme, work placement). Als wichtig erscheint, dass sich die Aktivitäten von der Ebene individueller Fortbildung hin zu einer institutionellen Entwicklung der entsendenden Organisationen verschieben. D. h. Mobilität findet vor dem Hintergrund von entsendenden Einrichtungen statt und ist logisch in deren *europäischen Entwicklungsplänen* integriert. Die Finanzierung

erfolgt über Pauschalen, gemäß Kostenarten (siehe: <http://bit.ly/1bttvW>, Kurz-URL).

Die europäische Entwicklungsperspektive der Antragsteller/-innen erscheint im Vergleich zur bisherigen Programmpraxis als das neue Kernelement. Hierüber soll eine wirkliche europäische Strukturentwicklung der Erwachsenenbildung bewerkstelligt werden.

Auf die Umsetzung der *Strategischen Partnerschaften* (Key Activity 2) sind die verschiedenen Programmbereiche unterschiedlich gut vorbereitet, so hat es zumindest den Anschein. Sie bewegen sich im Fahrwasser dessen, was bisher im Programm Lebenslanges Lernen (Erwachsenenbildung/Weiterbildung) die Lernpartnerschaften, die multilateralen Projekte und Netzwerke betrieben haben und greifen deren Ansatzpunkte auf. Im Bereich Jugend erscheint die Entwicklung derzeit noch gestaltungsoffener, da das bisherige Programm nicht einer ähnlich systematisierten Logik unterworfen war. Dies bietet Trägern gerade in der Anfangsphase durchaus Chancen, an der Ausgestaltung mitzuwirken und ihre Perspektiven einzubringen.

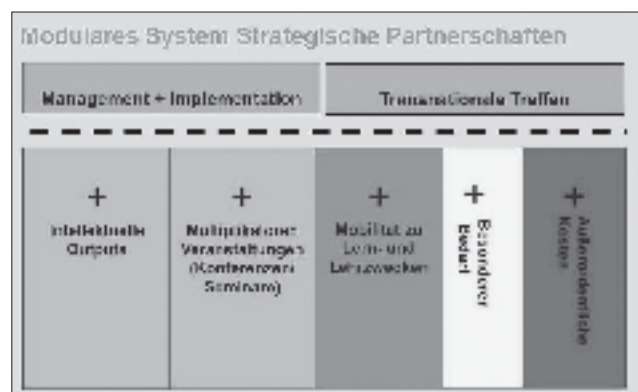
Bei den *Strategischen Partnerschaften* geht es um Entwicklung, Transfer und Umsetzung von Innovation und bewährten Verfahren auf organisatorischer, lokaler/regionaler Ebene. Ziel ist es, Qualität in Lehre und Training, Lernen und Jugendarbeit zu steigern sowie institutionelle Modernisierung und gesellschaftliche Innovation sektoral und cross-sektoral voranzutreiben. Dies soll mithilfe gemeinsamer Methoden-, Curricula- und Kursentwicklung, durch Kooperationen verschiedener Akteure im Bildungsbereich, durch Netzwerke und Erfahrungsaustausch, gesellschaftspolitisches Engagement und insbesondere durch Projekte zur Anerkennung von Kompetenzen unter Anwendung der Europäischen Instrumente und Rahmen geschehen.

Im AdB könnten insbesondere die Erfahrungen aus Kooperationsfeldern wie arbeitsweltbezogener politischer Bildung oder demokratischer Schulentwicklung und Partizipation Ausgangspunkte für solche Partnerschaften sein. Denkt man an Anknüpfungspunkte politischer Bildung an die Strategie „Education and Training 2020“ (EAT 2020), die europäische Jugendstrategie und Art. 2 EU-Vertrag, so ließe sich für die politische Bildung eine Vielzahl weiterer Felder mit vielversprechenden Anknüpfungspunkten insbesondere für cross-sektorale Herangehensweisen identifizieren.

Die *Antragstellung* erfolgt nach dem Prinzip der Konsortialführerschaft über einen registrierten Hauptan-

tragsteller. Die strategischen Partnerschaften können dabei auf 2-3 Jahre angelegt sein und sollen von minimal 3, maximal 10 Partnern aus am Programm teilnehmenden Staaten durchgeführt werden.

Ähnlich einem *Baukastensystem* können die Partnerschaften sich aus verschiedenen Modulen zusammensetzen: individuelle Mobilität und Gruppenmobilität, Kurz- und Langzeitmobilität Lehrender und Lernender sowie gemeinsame Lehrveranstaltungen zu Fortbildungszwecken Lehrender. Für die einzelnen Module und Aktivitäten können pauschal Mittel beantragt werden. Eine strategische Partnerschaft kann dabei unterschiedliche Module nutzen und kombinieren. Vgl. hierzu folgende Grafik:



Modulares System Strategische Partnerschaft von Anke Dreesbach, NA-BIBB

Die strategischen Partnerschaften erfordern im Vorfeld lediglich eines: *erhebliches* Vorausdenken und Planen – insbesondere in Bezug auf die eigene Organisationsentwicklung.<sup>4</sup>

Unter der Key Activity 3 werden beispielweise Maßnahmen des Strukturierten Dialogs und der Verbreitung von Anerkennungsinstrumenten u. a. subsummiert. Sie werden größtenteils zentral über die Exekutivagentur (EACEA) in Brüssel gemanagt. Obwohl hochrelevant für politische Bildung soll hier zunächst nicht darauf eingegangen werden, da sich dem Autor die Förderspezifika der unter Key Activity 3 gemanagten Aktivitäten noch nicht hinreichend erschließt.

<sup>4</sup> Die Tatsache, dass die Maßnahmen der strategischen Partnerschaften über die Ebene der Nationalagenturen bewirtschaftet werden, erscheint mir zurzeit ein Vorteil gegenüber dem bisher etablierten zentralisierten Verfahren – das eine sukzessive Engführung der Prioritäten über die Periode zur Folge hatte.

### **Messen oder vermessen? Lernerfolge anerkennen, Bildungsleistung darstellen**

Der Forderung nach Anerkennung und Darstellung der Lernleistung wird in der neuen Programmgeneration Erasmus+ eine hohe Wichtigkeit beigemessen. Dies muss zunächst einmal unabhängig vom Diskurs innerhalb des AdB zur Anerkennung und Darstellung von Lernleistung politischer Bildung gesehen werden. Zu differenzieren ist weiterhin zwischen den Bereichen der Jugend- und Erwachsenenbildung. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt ist absehbar, dass Erasmus+ nicht hinter die Standards des Youthpass oder für andere Bildungsbereiche entwickelter Validierungsinstrumente zurückfallen wird. Sicherlich wird sich die Thematisierung und Operationalisierung in den verschiedenen Projektkontexten und Mobilitätskontexten unterschiedlich stellen, man sollte sich jedoch bis 2018 auf den dann wirksamen europäischen Rahmen zur Anerkennung non-formalen Lernens einstellen.

### **Sichtbarkeit angestrebt**

Zugleich wird Erasmus+ einen großen Wert auf unmittelbare Sichtbarkeit aller Arten von Projektergebnissen legen. Output und Verbreitung von Projekt- und Mobilitätsergebnissen und -erfahrungen stehen im Zentrum der Programme. Dazu wird es beispielsweise eine Onlineplattform für die Verwertung von Lernergebnissen geben, die ähnlich dem bestehenden eve-Portal ([http://ec.europa.eu/dgs/education\\_culture/eve/](http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/eve/)) funktionieren dürfte. Sich hierzu rechtzeitig (d. h. bei Projektplanung und vom ersten Moment der Umsetzung an) Gedanken zu machen und diese Aufgabe den einzelnen Projektabschnitten logisch zuzuordnen, erscheint sinnvoll.

### **Grundrechte, Gleichberechtigung und Bürgerschaft – in der Kürze ...**

Ähnlich wie Erasmus+ sind die Programme zum Themenfeld *Grundrechte und Bürgerschaft* in einem neuen Programm „*Rights, Equality and Citizenship*“ zusammengefasst. Dieses umfasst die bisherigen Programme Grundrechte und Bürgerschaft, Daphne III, sowie die Programme „Antidiskriminierung und Diversität“ sowie „Geschlechtergerechtigkeit“ aus dem bisherigen Programm PROGRESS. Antragsteller müssen sich registrieren, allerdings auf dem Onlinesystem „Priamos“ ([http://ec.europa.eu/justice/grants/priamos/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/justice/grants/priamos/index_en.htm)), über das alle Projektaufträge zentral gemanagt werden. Das Vergabeverfahren verläuft über jährliche fortlaufende themenspezifische Aufforderungen zur Einreichung von Projektanträgen. Antragsberechtigt sind

unter anderem Organisationen der Zivilgesellschaft. Projekte können Bildungsprojekte, Forschung, Trainings und Seminare sein, die sich dezidiert mit der Thematik befassen.

Zu diesem Programm gehört insbesondere die Beschäftigung mit Themen der Antidiskriminierung aufgrund Geschlecht, Herkunft, Religion und Glaubensausübung, Behinderungen, Alter, sexueller Orientierung, sowie zu Datenschutz, Konsumentenrechten und Kinderrechten. Auch die Fragestellung der demokratischen Teilhabe und des demokratischen Funktionierens der europäischen Union werden diesem Politikbereich zugeordnet, da sie in der Europäischen Grundrechtecharta verbrieft sind. Hier liegen die Verbindungen zum Aufgabenfeld politischer Bildung auf der Hand. Allerdings ist dieses Programm stark auf die rechtlichen Komponenten und Aspekte fixiert, dementsprechend sperrig sind die Zugänge.

Eine Spezialstellung nimmt das künftige Programm *Europa für Bürger/-innen* ein. Formal zugehörig zum Politikbereich *Grundrechte und Bürgerschaft*, gibt es eine klare Verbindung zu Fragestellungen des Bildungsprogramms. Nicht zuletzt deswegen wird es über die Brüsseler Exekutivagentur EACEA gemanagt, die auch künftig für die Key Activity 3 sowie einige der Key Activity 2 Programme in Erasmus+ zuständig bleibt. Das im Vergleich zu seinem Vorläufer um 6 % gekürzte (!) Programm<sup>5</sup> wird sich vornehmlich mit zwei Themenfeldern befassen: Erstens der Frage nach „Europäischem Geschichtsbewusstsein“ und zweitens dem Themenkomplex „Demokratisches Engagement und Bürgerbeteiligung“. Neben konkreten Aktivitäten, die den Dialog der Bürger/-innen zu Europa direkt fördern sollen, erfolgt aus dem Programm auch eine ganze Reihe an infrastrukturellen Förderungen für zivilgesellschaftliche Einrichtungen,

<sup>5</sup> Es mutet etwas grotesk an, dass ausgerechnet im Europäischen Jahr der Bürgerschaft 2013 eine Kürzung dieses Programms vorgenommen wurde. Dieser Entschluss ist wohl auf die Begehrlichkeiten der Mitgliedsstaaten zurückzuführen.

Think-Tanks und Erinnerungsorte. Antragsberechtigt sind Organisationen der Zivilgesellschaft, Städtepartnerschaften, Bürgerinitiativen, Think Tanks und europäische Netzwerke aus dem Bereich Jugend, Bildung u. a.

Die Aufrufe zur Einreichung von Projekten erfolgen zentral über die Brüsseler Exekutivagentur EACEA. Gefördert wird wie bisher über Aktionsprogramme und über infrastrukturelle Unterstützungen, Registrierung und e-Form-Nutzung sind erforderlich.<sup>6</sup> Ein Wermutstropfen bleibt, dass bereits das Programm 2007-2013 in verschiedenen Mitgliedsstaaten unter chronischer Überzeichnung litt, daher wird angesichts der Reduzierung des Budgets der Wettbewerb um das „winning proposal“ sicher nicht geringer werden. Überhaupt „winning proposal“ – auch aufgrund der verabschiedeten Benchmarks besteht ein gewisser Bewilligungs-Erfolgsdruck. Gerade die deutschen Nationalagenturen sind traditionell kooperativ und trägerorientiert. So erscheint es als vielversprechend, sich mit seinen Ideen, Themen und Anliegen im Vorfeld direkt an die jeweils zuständige Nationalagentur zu wenden. Bei sektoralen Projekten ist dies einfach, bei Sektor-übergreifenden Projekten stehen wir noch vor einem kleinen Rätsel.

*Mitglieder im AdB können sich zur Projektberatung im Rahmen der „Beratungswoche Internationales“ vom 2. bis 6. Februar 2014 an den Autor wenden.*



*Georg Pirker ist Referent für internationale Aufgaben in der Geschäftsstelle des AdB.*

*E-Mail: [pirker@adb.de](mailto:pirker@adb.de)*

<sup>6</sup> Dankenswerterweise gilt für Europa für Bürger/-innen das gleiche Registrierungsportal wie für Erasmus+.

## Einmischung in europäische Angelegenheiten

Europa als Arbeitsfeld der politischen Bildung

Rainer Gries

Europa ist ein zentrales Thema in den Medien – wahrgenommen vor allem als Banken-, Finanz-, Wirtschafts- und Vertrauenskrise. Die Krisen und die Art der Krisenbewältigung gefährden Werte demokratischer politischer Systeme in der Europäischen Union und ihren Mitgliedsländern. Sie beschleunigen den Vertrauensverlust der EU-Bürger/-innen. Diese Entwicklungen bedeuten auch schwierige Rahmenbedingungen für Angebote der politischen Bildung. Rainer Gries zeigt mit Beispielen europapolitischer Angebote in der Kurt-Schumacher-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Bad Münstereifel, mit welcher thematischen Akzentuierung Teilnehmende gewonnen werden können, sich auf die Europäische Union einzulassen und sich mit Europapolitik zu beschäftigen.

Mitte August 2013 berichteten Medien in Deutschland, dass die Redaktion der britischen Zeitung *Guardian* von Mitarbeitern eines britischen Geheimdienstes, offensichtlich auf Anweisung der britischen Regierung, gezwungen wurde, Computer mit Daten von Herrn Snowden zur NSA-Spähaffäre unter ihrer Aufsicht zu zerstören. Die *Süddeutsche Zeitung* kommentiert „Nur Zurückhaltung gegenüber einem befreundeten Staat verhindert noch, dass das, was in Großbritannien den Schilderungen des *Guardian* zufolge gerade mit dieser Zeitung geschieht, als das gebrandmarkt wird, was es ist: eine Bedrohung der freien Presse. Journalisten sollen nach dem Willen der Mächtigen etwas im Dunkeln lassen, was nach westlichem Verständnis von Journalismus durchaus ans Licht gehört. (...)“

Ein Aspekt wird in der Aufregung des Snowden-Skandals weithin unterschätzt, auf den nun auch Chefredakteur Rusbridger (des *Guardian* R. G.) hinweist. Eine internationale staatliche Maschinerie, die so perfekte Spähsoftware entwickelt, dass sie quasi jede digitale Regung ihrer Bürger/-innen überwachen kann oder zumindest will – wer weiß schon Genaues? –, diese Maschinerie kann auch jede digitale Regung von Journalisten überwachen. Damit ist kritischer Journalismus in der Substanz gefährdet, weil das Zeugnisverweigerungsrecht in der digitalen Kommunikation wertlos wird; also das Recht, die Quellen einer Enthüllung in der Anonymität zu belassen.“ (*Süddeutsche Zeitung* Online, 20.08.2013)

Meinungsfreiheit? Pressefreiheit? Europäische Werte? Sie werden zu Recht eingefordert, wenn sie in EU-Mitgliedsländern wie Ungarn gefährdet sind – und jetzt wohl auch im „Mutterland“ der Demokratie, Großbritannien! Sie müssen jedoch für die gesamte EU gelten. Sonst erleben wir die Entwicklung von Parallelgesellschaften der bisher nicht vermuteten Art.

Nicht nur die offensichtlich von der britischen Regierung erzwungene Vernichtung von Daten in der Redaktion einer Zeitung erscheint als Verletzung der Pressefreiheit, sondern auch die – offensichtlich beabsichtigte – nachhaltig abschreckende Wirkung auf die Medien ist mit Blick auf den Schutz „Europäischer Werte“ alarmierend. Denn die Vernichtung der Daten auf den Computern des *Guardian* brachte der Regierung keinen Nutzen, da das Vorhandensein (vieler) Kopien bekannt war. Die Vermutung ist: Es ging um Prävention im Sinne abschreckender Wirkung. Demokratiealarm ist angesagt!

### Europäische Werte treffen auf europäische Realität

Vor dem Hintergrund solcher Meldungen und Berichte gewinnt das Jahresthema 2013 des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten* (AdB) „Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa“ besonderes Gewicht: „Viele Entwicklungen der letzten Jahre aber – wie z. B. die Finanz- und Schuldenkrise, das Erstar-



© Archiv Martin Kaiser, Gustav Stresemann Institut Bad Bevensen

Junge Menschen engagieren sich für die Umsetzung der Menschenrechte



ken rechtspopulistischer Bewegungen, die Einschränkung der Pressefreiheit in einzelnen Mitgliedsstaaten, (...) – untergraben das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das »Projekt Europa«. Für die politische Bildung bedeutet dies, sich den aktuellen Fehlentwicklungen zu widmen und einer politikverdrossenen europäischen Bürgerschaft Möglichkeiten aufzuzeigen, sich einzumischen und den europäischen Prozess mitzugestalten. (...) Jürgen Habermas kritisiert zu Recht, dass »in noch nie dagewesener Weise gewählte Regierungen so umstandslos durch Vertrauenspersonen der Märkte ersetzt worden sind«, wie es aufgrund der Euro-Krise in Italien und Griechenland geschah: Eingesetzte Expertengremien greifen in die Hoheitsrechte demokratisch gewählter Regierungen ein und entscheiden über das Wohl und Leid von Volkswirtschaften und Gesellschaften.“ (Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten 2013, S. 3, S. 6)

**„Die Politische Bildung wirkt der wachsenden Kluft zwischen Bürgerinnen, Bürgern und politischen Institutionen durch Information, Orientierung und Ermutigung zur aktiven Teilhabe entgegen.“**

Auch die Vorsitzenden der politischen Stiftungen in Deutschland sehen den Vertrauensverlust bei den Bürgerinnen und Bürgern mit Sorge und betonen den Auftrag der politischen Bildung: „Die abnehmende Wahlbeteiligung, der Rückgang der Mitgliederzahlen bei der Mehrzahl der Parteien, (...) sowie das Aufkommen populistischer Strömungen und Parteien in Europa sind ernst zu nehmende Signale für eine Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger von unserer Demokratie. Die Politische Bildung wirkt der wachsenden Kluft zwischen Bürgerinnen, Bürgern und politischen Institutionen durch Information, Orientierung und Ermutigung zur aktiven Teilhabe entgegen.“ („Die Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen in Deutschland“; Positionspapier, Juni 2011, S. 5)

**„Die europäischen Regierungen müssen über ihren Schatten springen und den eigenen Bürgern endlich die Chance geben, über die Zukunft der Union zu entscheiden.“**

Wenn *Bundespräsident Gauck* sich im Februar 2013 in einer Rede mit der tiefen Vertrauenskrise der EU beschäftigt und die wichtige Frage stellt „Wie kann ein demokratisches Europa aussehen, das dem Bürger Ängste nimmt, ihm Gestaltungsmöglichkeiten einräumt, kurz: mit dem er sich identifizieren kann?“ (zitiert nach DIE ZEIT, 22.02.2013), dann möchte man antworten: Nicht so weiter – wie die Europäische Uni-

on zum Beispiel von *Jürgen Habermas* beschrieben wurde: „Die politische Union ist über die Köpfe der Bevölkerung hinweg als Eliteprojekt zustande gekommen und funktioniert bis heute mit jenen demokratischen Defiziten, die sich aus dem wesentlich intergouvernementalen und bürokratischen Charakter der Gesetzgebung erklären. (...) Solange sich nicht im Rahmen der nationalen Öffentlichkeiten das übliche Spektrum der Meinungsbildung um einschlägige Themen erweitert und solange sich die nationalen Öffentlichkeiten bei europäischen Themen nicht füreinander öffnen, können die Bürger von einer formal gestärkten Stellung des Parlaments selber keinen Gebrauch machen.“ (Habermas 2007, S. 6) *Habermas* verbindet das in diesem Beitrag mit der Forderung – die auch wie eine Antwort auf die Frage von Bundespräsident Gauck gesehen werden kann: „Die europäischen Regierungen müssen über ihren Schatten springen und den eigenen Bürgern endlich die Chance geben, über die Zukunft der Union zu entscheiden.“

**Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Vertrauenskrise ... Demokratiekrise? – Rahmenbedingungen für politische Bildung**

Die Informationsflut zu den Finanz-, Wirtschafts- und zunehmenden sozialen Krisen in den Ländern der Europäischen Union lässt die Union zunehmend als Synonym für Krise erscheinen. Die Haltung der Europäer/-innen gegenüber ihrer Union ist zunehmend geprägt von Skepsis, Misstrauen, Ohnmacht bis Ablehnung und Resignation. Auch die ehemals europafreundlichen Deutschen gehen auf Distanz: Nach einer Umfrage von Eurobarometer hegen aktuell 59 % der Deutschen Misstrauen gegenüber der EU (2008: 36 %), in Spanien sind es 72 %, in Italien 53 % und in Frankreich 56 % (vgl. DIE WELT 2013).

Die Ergebnisse einer von der *Friedrich-Ebert-Stiftung* (FES) in Auftrag gegebenen Studie mit einer Umfrage in acht EU-Ländern müssen mit Blick auf die Entwicklung von Einstellungen alarmierend wirken, die von Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit geprägt sind: „Das Ergebnis der Studie: Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, abwertende Einstellungen und Vorurteile gegenüber als ‚fremd‘ oder ‚anders‘ Empfundene(n), ist in Europa weit verbreitet. (...) Ausdrücklich warnt die Studie vor einer Zunahme des Rechtspopulismus. Viele Menschen seien nicht grundsätzlich an Politik desinteressiert, fühlten sich aber von den Politikern alleingelassen. (...) Die Abwertung und Ausgrenzung von Anderen sei vor allem kein Phänomen

337



© Martin Schemm / pixelio.de

Wie kann bei jungen Menschen Begeisterung für Europa geweckt werden?

von politischen Randgruppen, sondern finde sich auch in der Mitte der Gesellschaft. Somit dokumentiert ihre Studie nicht nur bestehende Vorurteile, sondern nennt Ängste und Befürchtungen der europäischen Mehrheitsbevölkerung.“ (DER SPIEGEL, 11.03.2011; vgl. auch FES 2011) Diese europäische Mehrheitsbevölkerung mit ihren Erfahrungen und Einstellungen sprechen wir mit unseren Angeboten der politischen Bildung an. Immer mehr Entscheidungen werden in immer kürzerer Zeit von immer weniger Akteuren in Europa getroffen – mit einer im Ergebnis gestörten Balance zwischen Regierungen und Parlamenten und einem wachsenden Problem der demokratischen Legitimation dieser Entscheidungen und Vertrauensverlust bei den Menschen. Solche Erfahrungen der Bürger/-innen steigert nicht ihre Bereitschaft, sich in Veranstaltungen der politischen Bildung noch intensiver mit der so empfundenen europäischen Misere zu beschäftigen. Das ist eine sehr große Herausforderung für die Programmbieter politischer Bildung.

**„Europa darf nicht zum Geschäft von Technokraten werden. Europa, das sind wir Bürger.“**

grade zulasten der jungen Generation hinterlassen Spuren in ihrem Denken. Europa, das bedeutet für sie nicht mehr Reisefreiheit, gleiche demokra-

Ludwig Greven fordert „Holen wir uns Europa zurück!“. „Europa wird zum Symbol für Perspektivlosigkeit. (...) die harten Einschnitte ge-

tische Rechte oder freie Arbeitsplatzwahl. Sondern Verschlechterung der Lebensverhältnisse, Verlust der Arbeit, Perspektivlosigkeit. Was also ist zu tun? Vor allem dürfen wir uns nicht auf den Nationalstaat zurückziehen, noch auf kalte Sanierungspolitik. Und: Europa darf nicht zum Geschäft von Technokraten werden. Europa, das sind wir Bürger. Wir müssen entscheiden, wie es auf diesem Kontinent weitergeht. Überlassen wir Europa nicht den Regierungen und Banken.“ (Greven 2012)

Die notwendige Einmischung bedeutet auch, wie es Oskar Negt in einer Kapitelüberschrift ausdrückt:

„Protest gegen die anmaßende Welt des Tatsachen-Menschen“ (Negt 2012, S. 20). Er schreibt weiter: „Was in Europa und den USA einen neuen kollektiven Lernprozess einleiten könnte, ist die massenhafte Erfahrung, dass es die Realpolitiker in allen Machtzentren der Gesellschaft, den Banken ebenso wie den Regierungen, gewesen sind, die eine hochentwickelte Gesellschaftsordnung an den Rand der Katastrophe getrieben hat – nicht die Utopisten, nicht die mit dem Vorwurf des Realitätslosen geschlagenen Konstrukteure einer besseren Welt. (...) Die Erosion der offiziellen politischen Machtinstrumente nimmt den Tatsachen-Menschen, die unentwegt die Alternativlosigkeit ihres Wirklichkeitssinns behaupten, alle Überzeugungskraft. (...) Viele Menschen empfinden die europäischen Institutionen zu weit entfernt von ihren Lebensverhältnissen; wenn sie sich auf Grund dieser wachsenden Gefühlsdistanz aus der Gesellschaft zurückziehen, dann beginnen sie, ihre Näheverhältnisse als die einzig lebenswerte und beständige Basis ihrer Existenz zu betrachten. Für jede Gesellschaftsform, deren politische Klassen bloß an Machterwerb und Machterhalt orientiert sind, ist eine solche Haltung der Mehrheit, sich möglichst nicht in die Zwistigkeiten oder Herrschaftsansprüche der Mächtigen einzumischen, ein idealer Zustand. Für eine demokratische Gesellschaftsordnung ist diese Haltung aber tödlich.“ (Ebd., S. 46, Hervorhebungen im Original) „Es besteht eine gestörte Balance zwischen Nähe und Distanz. Ich will das auf Europa übertragen. Für viele Menschen in Europa sind die Gremien,

die über ihr Schicksal mitbestimmen, zu weit entfernt, zu abstrakt; sie wissen daher gar nicht, ob ihr politisches Votum, ihr Interesse, zur Kenntnis genommen wurde und Entscheidungen dieser Gremien beeinflusst hat. Es ist diese schleichende Tendenz der Entpolitisierung, die zweierlei Gefahren birgt: In den nationalen Parlamenten wird immer häufiger darauf verwiesen, dass die wichtigen Entscheidungen im europäischen Rahmen getroffen werden; andererseits hat dieses Europa noch keine wirkliche politische Identität gewonnen, an der man sich orientieren könnte.“ (Ebd., S. 79)

### Europa in der politischen Bildung

Viele Träger der politischen Bildung, politische Stiftungen, kirchliche Bildungseinrichtungen und Gewerkschaften bieten trotz der geschilderten Zugangsbedingungen beim Thema und schwieriger werdender finanzieller Rahmenbedingungen noch einen intensiven europapolitischen Austausch, den Politiker/-innen so kaum oder selten führen können. Es sind Foren, zu denen auch Politiker/-innen eingeladen werden und die Chancen zum Dialog bieten, der für beide Seiten anregend sein kann.

Wichtig erscheint auch, dass frühzeitig und kontinuierlich eine Beschäftigung mit der Europäischen Union erfolgt und mit dem Thema nicht erst in der politischen Erwachsenenbildung begonnen wird. Eine stärkere Kooperation und Abstimmung von schulischer und außerschulischer politischer Bildung erscheint hier dringend geboten, denn von großer Bedeutung sind, so *Monika Oberle*, die durch schulische politische Bildung erworbenen Kenntnisse: „... das politische Wissen, über das man als Jugendliche/r verfügt, ist ein entscheidender Prädiktor für die politische Informiertheit, die man im Erwachsenenleben erreicht (...), wie auch politische Einstellungen und Verhaltensmuster des Jugendalters überwiegend im Erwachsenenalter erhalten bleiben. (...) Was gelernt wird, hängt entscheidend davon ab, was bereits gewusst wurde. Wenn Anknüpfungspunkte fehlen, werden neue (z. B. über die Medien transportierte) Kenntnisse weniger

schnell, weniger umfangreich oder weniger dauerhaft erworben (...). Hier ist politische Bildung gefordert, ein solides politisches Wissen zu fördern und entsprechende politische Konzepte systematisch zu vermitteln.“ (Oberle 2012, S. 25 f., S. 81)

### Die europapolitischen Angebote der Kurt-Schumacher-Akademie

Die *Kurt-Schumacher-Akademie* bietet seit einigen Jahren Wochen- und Wochenendseminare sowie Abendveranstaltungen zu europäischen und EU-Themen an. Die Wochenseminare sind häufig mit eintägigen Exkursionen nach Brüssel verbunden. Der Informations- und Meinungsaustausch mit Referierenden vor Ort, umgeben von der europäischen Stahl- und Glasarchitektur der EU-Verwaltungsgebäude, lassen die Diskussionen mit den Gesprächspartner/-innen authentischer erscheinen. Dabei können sowohl die hervorragenden Arbeitskontakte der FES mit den europäischen Gewerkschaftsverbänden, mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Mitarbeitern der Europäischen Kommission sowie das Büro selbst als Tagungsort genutzt werden.

Zu den Abendveranstaltungen mit Europapolitikern während eines Wochenseminars werden auch Interessierte aus der Region Nordeifel und die regionale Presse eingeladen – um die Reichweite für die Themen zu vergrößern. Die Zusammensetzung der Teilnehmenden in den offen ausgeschriebenen Weiterbildungsveranstaltungen ist nach Alter, Geschlecht, Beruf, Weiterbildungserfahrung oder



© Parlement Européen.ASP architecte AEL, PHS Architecte, Association des architectes du CIC : sprl C.R.V.

Hauptquartier des Europäischen Parlaments in Brüssel

ehrenamtlichem und politischen Engagement sehr heterogen. Die *Kurt-Schumacher-Akademie* bietet unterschiedliche thematische Schwerpunkte an, die nachfolgend kurz skizziert werden:

**Aktuelle Themen**

Der Themenbogen reicht von „Europas neue Rechte – Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa“ (Wie konnten sich Rechtspopulisten und Rechtsextremisten in der politischen Landschaft Europas etablieren und in Parlamente gewählt werden? Was ist heute in Europa „rechts“? Unterscheidet sich die Situation in Deutschland von der in Österreich, Ungarn, Frankreich, Italien und anderen Staaten?) über „EU- und EURO-Partner Griechenland – Krise, Protest und Politik in Hellas“ (Vorher nur durch Sonnenstrände, antike Sehenswürdigkeiten und kulinarische Spezialitäten bekannt, ist Griechenland seit dem Ausbruch der Schuldenkrise als „Gefahr für den Euro“ in aller Munde), bis hin zu „Europa auf dem Weg von der Finanzkrise in die soziale Krise“ (Wochenseminar mit einer eintägigen Exkursion nach Brüssel und Gesprächen mit einem Mitglied des Europäischen Parlaments und dem Generalsekretär eines europäischen Gewerkschaftsverbands).

**Europäische Geschichte**

Mit dem Wochenendseminar „Deutschland und Europa vor globalen Herausforderungen: Perspektiven für eine (neue) Friedenspolitik“ wurde angeknüpft an die politische Marke „Friedenspolitik“ in den 1970er und 1980er Jahren, um mit Unterstützung eines Außenpolitikers des Deutschen Bundestags die Rahmenbedingungen und Chancen für eine (neue) europäische Friedenspolitik auszuloten: Internationale Finanzkrise, Erweiterung der EU, Gewicht der „Schwellenländer“, weltweite Konkurrenz um Rohstoffe, Zunahme armuts-, kriegs- und umweltbedingter Migration, Bedrohung durch die Verbreitung von Atomwaffen etc.

In dem Seminar „Europäische Versöhnungserfahrungen – Inspiration für neue Wege, auch im Nahostkonflikt?“ wurden von der individuellen Ebene, durch Krieg, Terror und Vertreibung traumatisierter Menschen, bis zur zwischenstaatlichen Ebene Chancen für Versöhnungsprojekte ausgelotet, denn Europa hat nicht nur eine lange Kriegs-, sondern inzwischen eine erfolgreiche Versöhnungsgeschichte. Mit Blick auf heutige Konfliktregionen, z. B. im Nahen Osten, wur-

**Können europäische Erfahrungen Inspiration für gewaltfreie und friedenspolitische Lösungen in anderen Konfliktregionen bieten?**

de diskutiert, ob die europäischen Erfahrungen Inspiration für gewaltfreie und friedenspolitische Lösungen in anderen Konfliktregionen bieten. Bei der Werbung wurden gezielt Personen angesprochen, die sich in NRW-Städten für den Austausch mit europäischen Partnerstädten engagieren.

Für ein weiteres Wochenendseminar im April 2013 wurde ein Thema gewählt, das eine Beziehung zur *Kurt-Schumacher-Akademie* hat, denn am 19.04.1973 wurde hier die *Sozialistische Partei Portugals* (neu) gegründet: „Politische Umbrüche in Südeuropa in den 1970er Jahren“. Im April 1973 konnte niemand ahnen, dass ein friedlicher Putsch einiger Mitglieder des Militärs die über 40jährige Diktatur in Portugal beenden sollte. Die „Nelkenrevolution“ war der Anfang einer neuen Welle von Demokratiebestrebungen in Europa. Zuerst stürzte die Diktatur in Portugal, später auch in Griechenland (1974) und in Spanien (1975). Anlässlich des 40. Jahrestags dieser Parteigründung in Bad Münstereifel wurde an die damalige Demokratisierungswelle in Portugal, Spanien und Griechenland erinnert. Eingeladen waren auch Zeitzeugen.

**Arbeit und Arbeitnehmer**  
Eine sehr gute Resonanz haben seit einigen Jahren die Wochenseminare „Nachhaltige Industriepolitik in Europa“ gefunden. In vielen EU-Ländern hat ein Prozess der Deindustrialisierung stattgefunden. 2013 liegt der Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt in der EU bei durchschnittlich 15,1 % (Deutschland: über 20 %). Die EU-Kommission möchte mit ihrer „EU2020“-Wachstumsstrategie wieder auf durchschnittlich 20 % in der EU kommen. Die Einsicht hat sich durchgesetzt, dass Dienstleistungen bei Beschäftigung, Qualifikation und Wohlstand keine Alternative zur Industrieproduktion sind – zumal Dienstleistungen häufig industriennahe Dienstleistungen sind. Europa, der Kontinent, in dem die industrielle Revolution ihren Anfang nahm, hat die Chance, nach gut 100 Jahren erneut eine globale Vorreiterrolle einzunehmen: Bei dem Versuch, Industrie und Umwelt, Wohlstand, Arbeitsplätze und Natur miteinander in Einklang zu bringen und das allgegenwärtige Schlagwort der „Nachhaltigkeit“ mit Leben zu erfüllen: Nur gemeinsam können die europäischen Staaten nachhaltige Industriepolitik vorantreiben. Darüber wird auch mit Vertretern des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission und der europäischen Gewerkschaftsverbände vor Ort in Brüssel gesprochen.

**„Nur gemeinsam können die europäischen Staaten nachhaltige Industriepolitik vorantreiben.“**

Bei dem Versuch, Industrie und Umwelt, Wohlstand, Arbeitsplätze und Natur miteinander in Einklang zu bringen und das allgegenwärtige Schlagwort der „Nachhaltigkeit“ mit Leben zu erfüllen: Nur gemeinsam können die europäischen Staaten nachhaltige Industriepolitik vorantreiben. Darüber wird auch mit Vertretern des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission und der europäischen Gewerkschaftsverbände vor Ort in Brüssel gesprochen.

Ein weiteres Schwerpunktthema bildet „Krise und Arbeitnehmerinteressen in Europa: Die Arbeit der europäischen Gewerkschaftsverbände“, ein Wochenseminar mit einem „Brüssel-Tag“ und Gesprächen mit Vertretern europäischer Gewerkschaftsverbände und Mitgliedern des Europäischen Parlaments. Angesichts anhaltender Sparpolitik werden die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in vielen Ländern Europas immer schwieriger. Junge Menschen haben immer größere Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden, zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse nehmen stark zu, die Arbeitsbedingungen in vielen Branchen sind prekär. Wie werden Arbeitnehmerinteressen in Europa angesichts ständig neuer weltwirtschaftlicher Herausforderungen wirksam vertreten und durchgesetzt? Ausgangspunkte der Veranstaltungen sind einerseits die Bilder, die vor allem von den Medien über die EU vermittelt werden, andererseits die Erfahrungen und Meinungen der Teilnehmenden als Arbeitnehmer/-innen, Verbraucher/-innen und Bürger/-innen der EU.

Natürlich kommen auch Teilnehmende mit Europa- und Euro-Skepsis angesichts der Flut von irritierenden, teilweise widersprüchlichen und beängstigenden Informationen in die *Kurt-Schumacher-Akademie*. Das Ziel des Angebots ist daher, für die Informationsflut eine Struktur zu erarbeiten, aus der – zusammen mit den Erfahrungen der Teilnehmenden – Wissen und Orientierungen entwickelt werden können, die zum gesellschaftlichen und politischen Handeln befähigen und motivieren. Dank der vielfältigen Arbeitskontakte der FES in Europa und durch die Unterstützung des Büros der Stiftung in Brüssel kann es gelingen, diesen Zielen nahe zu kommen und den Teilnehmenden tiefere Einsichten in die komplexen Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene zu vermitteln.

Die Veranstaltungen bieten mehr als das Gefühl „Es ist gut, mal darüber gesprochen zu haben“, sie vermitteln Wissen über Gründe und Hintergründe von Problemen, über Rahmenbedingungen, Instrumente und Handlungschancen für Veränderungen. Dies bedeutet, die EU und europäische Politik nicht als *Internationale Politik*, sondern quasi als grenzüberschreitende *Innenpolitik*, als transnationale Politik zu begreifen, mit ihren transnationalen Verflechtungen und Handlungsperspektiven.

### Was zu tun bleibt

*Oskar Negt* umreißt Fragen und Arbeitsauftrag für die politische Bildung so: „Wie werden diese Regie-



Kurt-Schumacher-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Münstereifel

rungsentscheidungen, wie werden Maßnahmen, Verordnungen und Richtlinien des Europäischen Parlamentes und der EU-Kommission in Brüssel in die Lebenswelt der Menschen hineingenommen, werden sie verarbeitet, akzeptiert mit einem Wort: zum Rohstoff kritischer Urteilskraft? Das sind ja kollektive Lernprozesse ganz eigener Art. Sie bewegen sich nicht ausschließlich auf der Ebene von

**„Die zunehmende Bedeutung der europäischen Ebene bedarf in der politischen Bildung ebenfalls eine stärkere Beachtung.“**

Faktenwissen über Europa. Die gefährlich niedrigen Wahlbeteiligungen zum Europäischen Parlament, das Wegbleiben beträchtlicher Massen von Wählern bei den nationalen Parlamentswahlen – diese deutlich erkennbare Partizipationsunlust (...) macht nachdrücklich auf einen Widerspruch aufmerksam, den wir bearbeiten und lösen müssen, wenn wir eine gewaltfreie europäische Zivilgesellschaft gründen wollen.“ (Negt 2011, S. 162) Und der AdB stellt in seiner Stellungnahme zum Jahresthema 2013 fest: „Die zunehmende Bedeutung der europäischen Ebene bedarf in der politischen Bildung ebenfalls eine stärkere Beachtung. Obwohl keine internationale Organisation demokratischer ist als die Europäische Union, muss das Bewusstsein für die EU als politische Gemeinschaft gestärkt werden, um die Transnationalisierung als demokratisches Projekt zu gestalten. Die EU ist nicht nur die Summe ihrer Mitgliedsstaaten, sondern auch die ihrer Bürgerinnen und Bürger.“ (AdB 2013, S. 6)

Politische Bildung kann hier umso erfolgreicher sein, wenn ...

- es den Politikerinnen und Politikern gelingt, den zu Recht geforderten Primat der Politik

- auszufüllen durch eine Demokratisierung der politischen Entscheidungsprozesse in Europa, auch unter Beteiligung der Bürger/-innen;
- die finanziellen Rahmenbedingungen für die politische Bildung in der Europäischen Union auf ein den Aufgaben angemessenes Niveau angehoben werden und ihre eigenständige Bedeutung neben der beruflichen Bildung anerkannt wird;
  - wir mehr Wissen erlangen über den Zugang zu unseren Teilnehmenden, über ihre Erwartungen sowie über die Erfahrungen der haupt- und freiberuflichen Mitarbeiter/-innen in diesem Themenbereich der politischen Bildung, um unsere Angebote attraktiver und wirksamer fortzuentwickeln.

Oskar Negt schreibt: „Wenn Europa zusammenwachsen soll, werden die touristischen Freizeitbewegungen für den lernenden Austausch der Menschen nicht ausreichen. Es wird notwendig sein, anhand von Projekten (...), Programme der Erwachsenenbildung in allen europäischen Ländern zu realisieren. Denn bloße berufliche Qualifikation mag die Marktchancen erhöhen, einen Arbeitsplatz zu bekommen, trägt aber unmittelbar nichts bei zur Orientierung in dieser Welt der Umbrüche, zu Bildung, kritischer Urteilsfähigkeit, zur Kompetenz, Informationen zu verarbeiten! Das verlangt besondere Mühe, didaktisches Geschick und natürlich Geldmittel. Bildung und Lernen haben heute immer einen doppelten Zweck: die *Vermittlung von Sachwissen und Orientierung*.“ (Negt 2011, S. 176f., Hervorhebung im Original) Und: „Erwachsenenbildung zu einem europäischen Projekt der kulturellen Selbstfindung der einzelnen Kulturen in einem gemeinsamen Selbstverständnis Europas zu machen, halte ich für einen entscheidenden Posten in der Konstituierung einer demokratischen und zivilen Gesamtordnung Europas.“ (Ebd., S. 179)

**Literatur**

*Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) (Hrsg.): Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa – Berlin 2013*

*DIE WELT: Schuldenkrise – Die Europäer verlieren das Vertrauen in die EU, 26.04.2013*

*Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die Abwertung des anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung; von Andreas Zick, Beate Küpper, Andreas Hövermann – Berlin 2011*

*Greven, Ludwig: Krisenpolitik – Holen wir uns Europa zurück! In: DIE ZEIT vom 24.06.2012*

*Habermas, Jürgen: EU – Erste Hilfe für Europa. In: DIE ZEIT vom 29.11.2007, S. 6*

*Negt, Oskar: Der politische Mensch – Demokratie als Lebensform, 2. Auflage – Göttingen 2011*

*Negt, Oskar: Gesellschaftsentwurf Europa – Plädoyer für ein gerechtes Gemeinwesen, 2. Auflage – Göttingen 2012*

*Oberle, Monika: Politisches Wissen über die Europäische Union – Subjektive und objektive Politikkenntnisse von Jugendlichen – Wiesbaden 2012, VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien*



*Rainer Gries ist Diplom-Sozialwissenschaftler und war bis zum 30.11.2013 Leiter der Kurt-Schumacher-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Münstereifel (NRW).*

*E-Mail: gries.bergmann-gries@t-online.de*

**AB: Welche Bedeutung hat aus Ihrer Sicht die politische Bildung für die demokratische Entwicklung Europas?**

„Schulische und gleichermaßen außerschulische politische Bildung sind für jede demokratische Entwicklung, auch für die Europas, unverzichtbar. Demokratisches Handeln wird niemandem angeboren. Toleranz und Kritikfähigkeit jedes Einzelnen stärken und das Wissen um die Strukturen und Abläufe demokratischer Entscheidungsprozesse vermitteln sind schließlich die Mindestvoraussetzungen um als mündige(r) Bürger(in) an Entscheidungen teilhaben zu können.“



*Petra Kammerevert, SPD, Mitglied des Europäischen Parlaments, u. a. Mitglied im Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport*

## „Powerplay im Euroraum“

Planspiele in der politischen Bildungsarbeit der Karl-Arnold-Stiftung

Florian Kotscha

Politische Prozesse sind komplex. Sie wirken gerade auch im europäischen Kontext nicht selten undurchdringbar und die Beschäftigung mit den politischen Entscheidungsstrukturen wird schnell zur Herausforderung. Wie kann politische Bildung dem entgegenwirken? Wie kann sie einen Verständigungsprozess anregen und ein Gefühl für Entscheidungsfindungen vermitteln? Florian Kotscha stellt in seinem Beitrag eine aktivierende Methode am Beispiel des Planspiels „Powerplay im Euroraum“ vor.

Die Herausforderungen an politische Bildungsarbeit sind zahlreich. Neben förderrechtlichen und organisatorischen Fragen steht bei der Konzeption eines jeden Seminars die Frage nach dem Lernziel und der didaktischen Aufbereitung der Inhalte im Mittelpunkt der Planungen. Hierbei sind zunächst die Zielgruppen der Veranstaltungen zu berücksichtigen. Nicht nur die Inhalte des zu vermittelnden Wissens, auch die Methoden müssen auf Erwartungen und Vorwissen der Teilnehmenden zugeschnitten werden. Sind diese politisch vorgebildet und wirken aktiv am Seminar mit, können Veranstaltungsformen in denen Referierende zu einem Thema vortragen und zur Diskussion anregen, gute Ergebnisse erzielen.

**Politische Bildung muss ein Gefühl für Entscheidungsfindungen vermitteln und Teilnehmenden in die Lage versetzen, das Zusammenwirken demokratischer Institutionen zu verstehen.**

In der alltäglichen Praxis der politischen Bildung trifft man aber nicht unbedingt auf solche Zielgruppen. Politische Prozesse in unserem demokratischen und föderalen System sind komplex und wirken auf viele Bürger/-innen kompliziert und

oftmals auch abstoßend. Um dem entgegenzuwirken, muss politische Bildung neben Faktenwissen auch ein Gefühl für Entscheidungsfindungen vermitteln und somit die Teilnehmenden in die Lage versetzt, das Zusammenwirken demokratischer Institutionen zu verstehen und Entscheidungen von Politikerinnen und Politikern nachvollziehen zu können.

Wie kann eine solche Zielvorgabe gelingen? Klassische Frontalvorträge von Expertinnen und Experten, von Politikerinnen und Politikern können zwar interessante Hintergründe erläutern und auch Einblicke in persönliche Entscheidungsgründe liefern, eindrücklich und nachvollziehbar werden politische Prozesse hierdurch allerdings bestenfalls teilweise.

überdies besteht die Gefahr, dass Teilnehmende, die einem solchen Vortrag nicht aktiv folgen, abschalten und schnell gelangweilt sind.

### Multimethode Planspiel

Gesucht wird also eine aktivierende Methode, die Entscheidungsfindungsprozesse nachvollziehbar sowie komplexe Thematiken aufbrechen und transparent machen kann. Eine Möglichkeit, handlungsorientiert und unter Mitnahme der Teilnehmenden politische Entschlüsse nachvollziehbar zu machen, bietet das Rollenspiel. Hierbei schlüpfen die Spieler/-innen in die Rolle von Entscheidungsträgerinnen und -trägern und simulieren auf der Grundlage eines Rollenprofils Diskussionen und Abstimmungen von politischen Institutionen und Gremien. Wichtig ist eine Identifizierung mit dem aus der Realität entliehenen Akteur. Die Vorbilder sollten zur Unterstützung des Identifikationsprozesses allerdings Funktionen wie Regierungschefs oder Fachminister und nicht tatsächliche Persönlichkeiten sein. Die Spieler/-innen können für ihre Rollen somit Namen erfinden oder mit dem eigenen Namen die Rolle ausfüllen. Mit der Verteilung der Rollenprofile durch die Spielleitung wird überdies erreicht, dass sich die Spieler/-innen mit Positionen auseinandersetzen und diese vertreten müssen, die ihren eigenen Ansichten ggf. nicht oder nur teilweise entsprechen. So wird Verständnis für andere Sichtweisen geweckt. Die Gründe, welche die Handelnden in der Realität zu ihren Urteilen veranlasst haben, können aktiv erlebt und nachvollzogen werden. Ein Rollenspiel lebt zudem von der Partizipation der Teilnehmenden. Eine passive Teilnahme ist nur sehr eingeschränkt möglich. Durch die Dynamik



Eröffnungsrede der Kommission während des Planspiels „Powerplay im Euroraum“

des Spiels werden auch Spieler/-innen zur aktiven Teilhabe ermutigt, die durch ein klassisches Seminarformat nur schwer erreicht werden können.

Auch das beste Rollenspiel ist jedoch didaktisch wenig sinnvoll, wenn es im luftleeren Raum schwebt. Es muss also in ein übergeordnetes Szenario eingebettet werden. Hierfür eignet sich die Methode der Fallstudie, in der Prozesse in einer Sachanalyse untersucht und bewertet werden. Bei der Konzeption eines Planspiels fließt eine Fallstudie in ein Szenario ein, welches den politischen, kulturellen oder ökonomischen Handlungsrahmen, die Agenda und den genauen Ablauf des Rollenspiels beschreibt. Das Hineinversetzen in eine/n Entscheidungsträger/-in wird so eingebettet in realen Ereignissen nachempfunden oder fiktiven Problemstellungen, die es für die Teilnehmenden während des Planspiels zu lösen gilt. Im Unterschied zu einer klassischen Fallstudie ist ein Planspiel ergebnisoffen. Rollenprofile und Szenarien werden von der Spielleitung vorgegeben, konkrete Lösungsansätze und Ergebnisse sollten von den Spielerinnen und Spielern im Rahmen der Vorgaben jedoch selbstständig entwickelt werden. Nur so kann ein nachhaltiger Lernerfolg im Sinne der beschriebenen Ausgangsüberlegungen erzielt werden.

**Die Spieler/-innen entwickeln selbstständig konkrete Lösungsansätze und Ergebnisse.**

da und den genauen Ablauf des Rollenspiels beschreibt. Das Hineinversetzen in eine/n Entscheidungsträger/-in wird so eingebettet in realen Ereignissen nachempfunden

oder fiktiven Problemstellungen, die es für die Teilnehmenden während des Planspiels zu lösen gilt. Im Unterschied zu einer klassischen Fallstudie ist ein Planspiel ergebnisoffen. Rollenprofile und Szenarien werden von der Spielleitung vorgegeben, konkrete Lösungsansätze und Ergebnisse sollten von den Spielerinnen und Spielern im Rahmen der Vorgaben jedoch selbstständig entwickelt werden. Nur so kann ein nachhaltiger Lernerfolg im Sinne der beschriebenen Ausgangsüberlegungen erzielt werden.

**„Powerplay im Euroraum“ – ein Planspiel der Karl-Arnold-Stiftung**

Wie die praktische Umsetzung, also Konzeption, Entwicklung und Durchführung, eines Planspiels aussehen kann, wird im Folgenden am Beispiel des Planspiels „Powerplay im Euroraum“ erläutert, das die *Karl-Arnold-Stiftung* in Zusammenarbeit mit dem *Civic-Institut* 2013 entwickelt hat.

**Die Krise erklären**

Ausgangsüberlegung für die Entwicklung des Planspiels war die aus zahlreichen Beobachtungen und Gesprächen mit Teilnehmenden gewonnene Erkenntnis, dass viele Bürger/-innen keine oder nur sehr rudimentäre Kenntnisse über Wirtschaft und wirtschaftspolitische Zusammenhänge haben. Mehr noch als in anderen Politikfeldern ist dieser Themenbereich extrem komplex und wirkt daher besonders abschreckend. Besonders deutlich wird dies im Zusammenhang mit der europäischen Banken- und Schuldenkrise. Obwohl die Bürger/-innen unmittelbar betroffen sind, werden Diskussionen zumeist Politikerinnen und Politikern und den Fachleuten überlassen. Zudem verstellen populäre Vorurteile eine objektive Beurteilung. Meinungsbildungsprozesse in diesem Bereich finden daher nicht oder nur sehr eingeschränkt statt.

Am Beginn der Konzeption einer geeigneten Veranstaltungsform über die Krise im Euroraum

stand die Lernzielbeschreibung. Die Teilnehmenden sollen in die Lage versetzt werden, eine fundierte eigene Meinung zur europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik zu bilden und selbstbewusst zu vertreten. Neben der Vermittlung von Grundlagenwissen waren uns das Verständnis für die verschiedenen Perspektiven der Mitgliedsländer sowie ein Überblick über die unterschiedlichen parteipolitischen Lösungsansätze wichtig.

Auf Grundlage unserer guten Erfahrungen mit Planspielen zur EU und vor dem Hintergrund unserer Anforderungen für eine Veranstaltung zur europäische



Die Kommission berät und stellt sich dem Plenum



Schulden- und Finanzkrise haben wir nach einiger Überlegung beschlossen, auch zu diesem Thema ein Planspiel zu entwickeln. Als Unterstützung hierfür haben wir das *Civic-Institut* aus Düsseldorf gewonnen, mit dem wir seit einigen Jahren bei unseren Planspielangeboten sehr gut zusammen arbeiten.

### **Szenario und Rollenprofile**

Damit das Planspiel im Rahmen der Vorgaben umgesetzt werden konnte, war es zunächst notwendig, die Komplexität des Themas zu reduzieren ohne die wesentlichen Aspekte zu vernachlässigen. Wir haben uns daher auf die grundlegende Problemlage der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion konzentriert: Die Stabilisierung des Euros durch Verordnungen und Richtlinien der EU.

Das Szenario ist an das von der EU beschlossene Maßnahmenpaket angelehnt. Dessen Bestandteile sind innerhalb der EU heftig umstritten, die Diskussionen verlaufen auf mehreren Ebenen. Unter den Mitgliedsstaaten besteht Uneinigkeit zwischen wirtschaftlich starken und wirtschaftlich schwachen Ländern. Die wirtschaftlich starken Länder drängen auf Strukturreformen und Lohnzurückhaltung zum Wettbewerbsgewinn und mahnen eine selbstverantwortliche Haushalts- und Wirtschaftspolitik aller Mitgliedstaaten an, die sich nicht auf andere verlassen darf. Die wirtschaftlich schwachen Länder sehen das Hauptproblem in einer aus ihrer Sicht wettbewerbsverzerrenden Wirtschaftspolitik der zurzeit gut dastehenden Mitgliedstaaten. Sie schlagen unter anderem flächendeckende Mindestlöhne und eine gemeinsame Kreditbasis für Investitionen, die sogenannten Eurobonds, vor. Diese Maßnahmen sollen einen Ausgleich des extremen Zinsgefälles für öffentliche Anleihen im Euroraum bewirken.

Aus parteipolitischer Sicht stehen sich ähnlich unüberbrückbare Positionen gegenüber. Die Parteien der liberalen und christdemokratischen Parteifamilien stehen grundsätzlich zur Überzeugung, dass Sparen der einzig gangbare Weg ist, um Überschuldung von Staatshaushalten einzudämmen und so auf den Anleihemärkten kreditwürdig zu bleiben. Die Mitgliedsparteien der grünen und sozialdemokratischen Parteifamilien sehen die Lösung zur Eindämmung der Überschuldung von Staatshaushalten in Investitionstätigkeit, Konsum sowie einer ordentlichen Steuererhebung um Wachstum und Steuereinnahmen zu generieren.

Um die unterschiedlichen Positionen und Ebenen in den Fragen der Eurorettung abzubilden, sind im Planspiel die verschiedenen Fraktionen des Europäischen Parlaments, der Rat der Europäischen

Union, die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank vertreten und werden von den Teilnehmenden verkörpert. Nach einer Einführung in die Wirtschafts- und Fiskalpolitik der EU werden auf Grundlage des Gesetzgebungsverfahrens in der EU Vorschläge zur Lösung der europäischen Schuldenkrise diskutiert und verabschiedet.

Die Rollenprofile der Teilnehmenden enthalten Hintergründe der jeweiligen Rollen sowie eine Erläuterung der Aufgaben und Taktik. Das Diskussions- und Abstimmungsverhalten in den simulierten Sitzungen der EU-Organe orientiert sich an diesen Rollenprofilen, kann und soll in diesem Rahmen aber selbst ausgestaltet werden. Die Spieler/-innen nehmen somit eine neue Identität an und vertreten Positionen, für die sie im „richtigen“ Leben unter Umständen nicht eintreten würden. Hierdurch werden Denkmuster hinterfragt und Verständnis für andere Meinungen gefördert.



© Karl-Arnold-Stiftung

Die Kommission präsentiert ihren Beschlussentwurf

Am Ende des Planspiels findet eine Abschlussrunde statt, in der Ablauf, Diskussionen und Ergebnisse mit den realen Ereignissen und Beschlüssen verglichen werden. So werden die Erfahrungen der Teilnehmenden während des Spiels mit der Realität rückgekoppelt und unterstützen somit den Meinungsbildungsprozess.

### **Erfahrungen**

Der erste Testlauf fand in verkürzter Form mit haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der *Karl-Arnold-Stiftung* statt. Trotz des großen Vorwissens konnten die Teilnehmenden aufgrund der handlungsorientierten Herangehensweise und den unterschiedlichen Perspektiven der Rollenprofile neue Erkenntnisse gewinnen. Wie schon bei anderen Planspielen zeigte sich, dass die Methode sehr gut an das Vorwissen der Spieler/-

**Das Planspiel lässt sich gut an das Vorwissen der Spieler/-innen anpassen.** innen angepasst werden und mit verschiedenen Zielgruppen gewinnbringend durchgeführt werden kann. Einige kleinere Ungereimtheiten in den Rollenprofilen und dem Ablauf konnten im Rahmen dieses Tests identifiziert und verbessert werden.



Abschlussbild einer Seminargruppe

Seit Sommer 2013 ist das Planspiel „Powerplay im Euroraum“ bei unseren politischen Bildungsveranstaltungen regelmäßig im Einsatz. Es ist von den Teilnehmenden gut angenommen worden. Vereinzelt gab es bei einigen Spielerinnen und Spielern Probleme, sich auf das jeweilige Rollenprofil und das Szenario einzulassen. In der Regel nahmen diese Schwierigkeiten durch das Vorbild engagierter Spieler/-innen, mit Unterstützung durch die Spielleitung und der einem Planspiel innewohnenden Eigendynamik im Laufe des Spiels ab. Die Diskussionen über die richtigen Maßnahmen zur Rettung des Euros verliefen insgesamt durchweg lebhaft und konstruktiv. Am Ende standen Beschlusslagen, die auch mal von der Realität abwichen. In den Abschlussrunden äußerten viele Teilnehmer/-innen, die Diskussionen über die Eurorettung nun besser verstehen und verfolgen zu können.

Zur Vertiefung des erworbenen Wissens bieten wir auf Grundlage guter Erfahrungen mit anderen Planspielen eine Kombination mit einer Exkursion nach Frankfurt am Main und dortigem Besuch der Europäischen Zentralbank oder der Bundesbank sowie der Deutschen Börse an. Mit den Expertinnen und Experten dieser Institutionen kann über Arbeitsweise und aktuelle politische Fragen auf Grundlage der im Planspiel erlebten Hintergründe an den Schauplätzen des politischen Geschehens diskutiert werden. Ein zweitägiges Seminar mit

Planspiel und anschließender Exkursion kann auf diese Weise nachhaltig Wissen und Verständnis für Hintergründe und Abläufe vermitteln.

Darüber hinaus ist eine Kombination des Planspiels mit weiteren Methoden möglich. So ist es denkbar, Formate wie eine digitale, internetbasierte Lernplattform einzubinden, um die Einführungs- und Einlesephase in die Rollenprofile didaktisch aufzubereiten und zu verkürzen. Auf diese Weise könnten die Teilnehmenden auch nach Ende der Veranstaltung über neue politische Entwicklungen informiert werden.

**Fazit**

Planspiele eignen sich für Teilnehmende aller Zielgruppen, um komplexe Themen der politischen Bildung auf Grundlage des jeweiligen Vorwissens aufzubereiten. Eine grundsätzliche Akzeptanz für die Methodik durch die Teilnehmenden ist jedoch notwendig. Ein Planspiel funktioniert nur, wenn die Spieler/-innen bereit sind, sich auf ihre Rollen und das Szenario einzulassen. Je nach Zielgruppe ist hier unter Umständen eine genaue Erklärung des Konzepts notwendig, um Vorbehalte abzubauen. Planspiele können außerdem sehr gut mit anderen Methoden und Formaten kombiniert werden und eignen sich somit hervorragend als flexibles Modul für mehrtägige Veranstaltungen.



*Florian Kotscha ist Jugendbildungsreferent der Karl-Arnold-Stiftung. Neben der Entwicklung und Durchführung neuer Bildungsformate unter Einbeziehung spielerischer Elemente und digitaler Tools betreut er die Auftritte der Karl-Arnold-Stiftung in den sozialen Netzen.*

*E-Mail: f.kotscha@karl-arnold-stiftung.de*

**AB: Was sind aus Ihrer Sicht die drängendsten Probleme in Europa?**

*„Die Ungleichgewichte im Außenhandel müssen dauerhaft überwunden werden. Hierzu gehört auch der Abbau des deutschen Exportüberschusses.“*



*Dr. Till van Treeck, Professor für Sozialökonomie an der Universität Duisburg-Essen*

## Ausgewählte Literatur zum Thema: Wohin steuert das Projekt Europa?

*Ausgewählt und zusammengestellt von der Bibliothek des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung / Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE)*

**Amos, Sigrid Karin; Schmid, Josef; Schrader, Josef; Thiel, Ansgar** (Hrsg.): Europäischer Bildungsraum. Europäisierungsprozesse in Bildungspolitik und Bildungspraxis – Baden-Baden: Nomos 2013, 289 Seiten

*Stichworte:* Europa; Bildungssystem; Politische Steuerung; Europäisierung; Hochschulpolitik; Bologna-Prozess; Berufsbildung; Kognition; Institution; Ganztagschule; Eltern; Partizipation; Bildungspolitik

**Amos, Sigrid Karin; Schmid, Josef; Schrader, Josef; Thiel, Ansgar** (Hrsg.): Kultur – Ökonomie – Globalisierung: eine Erkundung von Rekalibrierungsprozessen in der Bildungspolitik – Baden-Baden: Nomos 2013, 227 Seiten

*Stichworte:* Bildungspolitik; Bildungssystem; Vergleichende Erziehungswissenschaft; Globalisierung; Hochschulbildung; Berufsbildung; Hochschulpolitik; Elite; Wettbewerb; Europa; Deutschland; Schulsystem; Bildungsdefizit; Bildung; Türkei; Lettland; Weiterbildungssystem; Aufsatzsammlung

**Bergan, Sjur et al. (Eds.):** Reimagining democratic societies: a new era of personal and social responsibility – Strasbourg: Council of Europe Publ. 2013, 298 pages

*Stichworte:* Europäische Union; Demokratie; Demokratisierung; Gesellschaft; Bürger/-innen; Politische Beteiligung; Hochschulbildung; Tertiärer Bildungsbereich; Aufsatzsammlung

**CEDEFOP (Ed.):** Citizens' views on lifelong learning in the 10 new member states. Report based on the special Eurobarometer 231 – Dictus Publ. 2011, 114 pages

*Stichworte:* Europäische Union; Erweiterung; Mitgliedsstaaten; Lebenslanges Lernen; Bürger/-innen; Erwartung; Geschichte; Datenerhebung; Analyse

**Domovic, Vlatka; Gehrmann, Siegfried; Helmchen, Jürgen; Krüger-Potratz, Marianne; Petravic, Ana** (Hrsg.): Europäische Lehrerbildung Annäherung an ein neues Leitbild; Berichte aus West- und Südosteuropa – Münster u. a.: Waxmann 2013, 239 Seiten

*Stichworte:* Europa; Projekt; Europäische Integration; Lehrerbildung; Bildungsforschung; Erziehungswissenschaft; Interkulturelle Bildung; Fremdsprache; Neue Medien; Ökonomische Bildung; Westeuropa; Südosteuropa; Deutschland; Niederlande; Slowenien; Kroatien; Bosnien-Herzegowina; Serbien; Österreich; Aufsatzsammlung

**Janikova, Vera; Seebauer, Renate** (Hrsg.): Bildung und Sprachen in Europa – Münster u. a.: LIT Verlag 2013, 437 Seiten

*Stichworte:* Europa; Bildungspolitik; Fremdsprachenunterricht; Didaktik; Sprachpolitik; Lehrerbildung; Kongress

**Jesse, Eckhard; Thieme, Tom** (Hrsg.): Extremismus in den EU-Staaten – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011, 505 Seiten

*Stichworte:* Europäische Union; Mitgliedsstaaten; Radikalismus; Ideologie; Strategie; Organisation; Rechtsradikalismus; Linksradikalismus; Islam; Fundamentalismus; Region; Separatismus; Handbuch; Aufsatzsammlung

**Leggewie, Claus; Lang, Anne-Katrin:** Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt – München: Beck 2011, 224 Seiten

*Stichworte:* Europa; Identität; Erinnerung; Kollektives Gedächtnis; Geschichtsbewusstsein

**Negt, Oskar:** Gesellschaftsentwurf Europa: Plädoyer für ein gerechtes Gemeinwesen, 2. Auflage – Göttingen: Steidl 2012, 120 Seiten

*Stichworte:* Europa; Europäische Integration; Demokratie; Supranationalität; Soziale Benachteiligung; Arbeitsmarkt; Bildungspolitik; Gerechtigkeit; Zivilgesellschaft; Politische Bildung

**Oberle, Monika:** Politisches Wissen über die Europäische Union: subjektive und objektive Politikkenntnisse von Jugendlichen – Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften 2012, 237 Seiten

*Stichworte:* Jugend; Europäische Union; Politik; Politischer Unterricht; Wissen; Geschlechtsunterschied; Migrationshintergrund; Empirische Studie

**Ohana, Yael; Otten, Hendrik** (Eds.): Where do you stand? Intercultural learning and political education in contemporary Europe – Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften 2012, 276 pages

*Stichworte:* Europa; Internationale Jugendarbeit; Politische Bildung; Interkulturelle Erziehung; Aufsatzsammlung

**Quaiser-Pohl, Claudia; Endepohls-Ulpe, Martina** (Eds.): Women's choices in Europe. Influence of gender on education, occupational career and family development – Münster u. a.: Waxmann 2012, 223 pages

*Stichworte:* Europa; Frau; Geschlechtsunterschied; Bildungsgang; Studienfachwahl; Berufstätigkeit; Karriere; Mutter; Geschlechterbeziehung; Familie; Arbeitsteilung; Aufsatzsammlung

**Rabensteiner, Pia-Maria; Ropo, Eero** (Eds.): BEAM – Building European identity through spirit, sense and meaning – Baltmannsweiler: Schneider-Verlag Hohengehren 2013, 240 pages

*Stichworte:* Europa; Lehrerbildung; Interkulturelles Lernen; Demokratie; Lebenslanges Lernen; Aufsatzsammlung

**Riddell, Shelia; Markowitsch, Jörg; Weedon, Elisabeth** (Eds.): Lifelong learning in Europe. Equity and efficiency in the balance – Bristol u. a.: Policy Press 2012, 182 pages

*Stichworte:* Europa; Lebenslanges Lernen; Erwachsenenbildung; Soziale Frage; Humankapital; Unternehmen; Klein- und Mittelbetriebe; Demographie; Bildung; Gerechtigkeit; Hochschulbildung; Soziale Gerechtigkeit; Wirtschaftskrise

**Saar, Ellu; Bjørn Ure, Odd; Holford, John** (Eds.): Lifelong learning in Europe: national patterns and challenges – Cheltenham et al.: Elgar 2013, 416 pages

*Stichworte:* Lebenslanges Lernen; Erwachsenenbildung; Europäische Union; Forschungsprojekt; Konzept; Länderbericht

**Scherschel, Karin; Streckeisen, Peter; Krenn, Manfred** (Hrsg.): Neue Prekarität. Die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik. Europäische Länder im Vergleich – Frankfurt am Main u. a.: Campus-Verlag 2012, 313 Seiten

*Stichworte:* Prekariat; Arbeitslosigkeit; Arbeitsmarktpolitik; Beschäftigungsentwicklung; Sozialer Wandel; Europa; Internationaler Vergleich

**Sgier, Irena; Lattke, Susanne** (Hrsg.): Professionalisierungsstrategien der Erwachsenenbildung in Europa. Entwicklungen und Ergebnisse aus Forschungsprojekten – Bielefeld: Bertelsmann 2012, 158 Seiten

*Stichworte:* Europa; Erwachsenenbildung; Professionalisierung; Europäischer Qualifikationsrahmen; Bildungspolitik; Weiterbildner/-innen; Qualifizierung; Kompetenz; Internationaler Vergleich; Aufsatzsammlung

**Wetzel, Wolf** (Hrsg.): Aufstand in den Städten: Krise, Proteste, Strategien – Münster: Unrast 2012, 255 Seiten

*Stichworte:* Widerstand; Politik; Protestbewegung; Demonstration; System; Kritik; Soziale Gerechtigkeit; Europa; Vereinigte Staaten; Aufsatzsammlung

„Ich glaube, Europa könnte ein starkes Konzert der Überzeugten sehr gut vertragen. Wir brauchen junge Menschen, die sagen: Diese Union, diese Gemeinschaft Europa, sie bedeutet mir etwas, deshalb bleibe ich nicht still, sondern bringe mich ein – auch wenn die Vielstimmigkeit manchmal äußerst mühsam, auch dissonant klingen kann. Europa braucht eine neue Generation von leidenschaftlichen Europäern!“

*Ausschnitt aus der Rede von Bundespräsident Dr. h. c. Joachim Gauck zur gemeinsamen Eröffnung des Akademischen Jahres an der Europa-Universität Viadrina und am Collegium Polonicum am 18. Oktober 2013 in Słubice/Polen ([www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de))*



© Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

## Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa

Christine Pütz

Das AdB-Jahresthema 2013 lautet „Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa“. Zum Abschluss dieses Themenjahres nimmt Christine Pütz Europa, die Herausforderungen und Chancen der demokratischen Entwicklung und die Aufgaben der politischen Bildung in den Blick. Die EU befindet sich nicht nur in einer Wirtschafts- und Währungs Krise, sondern auch in einer Vertrauens- und Demokratiekrise. Überall in Europa wird darüber diskutiert, wie mit dieser Krise umzugehen sei. Zwei Ansätze konkurrieren miteinander: „Mehr Europa“ fordern die einen, „weniger Europa“ die anderen. Alte und neue populistische Parteien, die in einer Reihe von Ländern großen Auftrieb erhalten haben, fordern einen teilweisen Rückzug oder einen Austritt ihres Landes aus der EU oder deren Auflösung. Doch einfache Lösungen gibt es nicht: Wir benötigen eine offene und grundlegende Debatte über die zukünftige Gestalt der EU. Keine Entscheidung ist alternativlos, doch alle Alternativen haben Folgen. Diese müssen erkannt und benannt werden. Hier sollte die politische Bildungsarbeit ansetzen.

Die Europäische Union durchlebt schwere Zeiten. Die Banken- und Finanzkrise in ihren Mitgliedstaaten hat zu einer Krise der Währungsunion geführt, die Wirtschaftskrise mit zum Teil dramatischen sozialen Verwerfungen in Südeuropa zu einer Krise des Vertrauens in die EU, ja in die Idee der europäischen Integration als solche. Immer mehr Europäerinnen und Europäer sind mit den europäischen Institutionen unzufrieden.<sup>1</sup> Sie sprechen der EU gleichzeitig die Fähigkeit zur Lösung der Krise ab und kritisieren, dass es ihren Institutionen an demokratischer Legitimation mangle. Dieser Vertrauensentzug trifft aber auch die nationalen Institutionen und die etablierten politischen Eliten. In dem Maße, in dem in einigen EU-Staaten die Menschen den demokratisch gewählten Regierungen und etablierten Parteien nicht mehr zutrauen, den wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten, wächst sich die Krise der EU zu einer Krise der Demokratie in der EU aus. Die einzelnen Elemente dieser vielschichtigen Krise verstärken sich somit gegenseitig.



© Stephan Röhl, www.flickr.com, Heinrich-Böll-Stiftung, cc  
Teilnehmende des Europäischen Jugendkongresses der Heinrich-Böll-Stiftung 2013

### Die Krise der europäischen Demokratie hat mehrere Dimensionen

*Erstens* wird beklagt, dass mit der sogenannten Eurorettung die demokratisch legitimierten Institutionen ausgehöhlt wurden. Politische Entscheidungen mit enormen Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger der EU-Staaten wurden bei den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs hinter verschlossenen Türen getroffen, ohne dass das Europäische Parlament einbezogen und die nationalen Parlamente angemessen an den Verhandlungen beteiligt wurden. Deren Budgethoheit wurde so *de facto* ausgehebelt. Auch die Verlagerung von eminent politischen Entscheidungen hin zu Behörden mit allenfalls abgeleiteter Legitimität wie die Troika oder die Europäische Zentralbank verstärkt den Eindruck, dass die Europäische Union an einem Demokratiedefizit leide. Zudem beklagten viele, dass die EU-Verträge missachtet wurden, indem das dort festgeschriebene Verbot der wechselseitigen Haftung für finanzielle Verbindlichkeiten anderer Mitgliedsstaaten übergangen worden sei. Anstelle der Herrschaft des Rechts sei, so scharfe Kritiker, als Sachzwang verkleidete Willkür getreten.<sup>2</sup> Diese Kritik rüttelt an den Fundamenten der EU, ist diese doch vor allem eine Rechtsgemeinschaft.

*Zweitens* ist eine schleichende, in ihren Ausmaßen aber dramatische Erosion von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in mehreren Mitgliedstaaten der EU zu beobachten. In unterschiedlichem Ausmaß sind in einigen ost- (Ungarn), südost- (Rumänien und Bulgarien) und südeuropäischen (Griechenland, Italien) Staaten die Unabhängigkeit der Justiz und die Freiheit der Medien bedroht, hohlen

<sup>1</sup> Eurobarometer 79 ,Spring 2013, v. a. S. 55 f., S. 71 ff.: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb79/eb79\\_publ\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_publ_en.pdf); letzter Zugriff: 09.12.2013

<sup>2</sup> So zum Beispiel der Alt-68er *Alan Posener*: <http://starke-meinungen.de/blog/2013/03/19/bankuberfall-auf-zypern/>; letzter Zugriff: 09.12.2013

Korruption und Vetternwirtschaft die Rechtsstaatlichkeit aus.

In unmittelbarem Zusammenhang mit den genannten Krisensymptomen steht, *drittens*, das Erstarken populistischer Kräfte. In einigen Staaten haben diese Fraktionen im nationalen Parlament oder sind bereits an der Regierung beteiligt. Diese zumeist rechten, in aller Regel globalisierungskritischen Parteien stellen die etablierte zwischenstaatliche Ordnung in Europa und die politische Klasse ihrer Heimatstaaten, die diese Ordnung trägt, in mehr oder minder radikaler Weise in Frage. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 könnten sie erhebliche Zugewinne verzeichnen und ein Viertel, vielleicht sogar bis zu einem Drittel der Mandate erringen. Da diese Parteien mehr auf Obstruktion der EU denn auf konstruktive Kritik an konkreten Entscheidungen oder Verfahren setzen, würde dies die Hoffnung zunichtemachen, dass durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments eine Demokratisierung der europäischen Politik erreicht werden kann.

### „Mehr Europa“ oder „weniger Europa“?

Wie können die demokratischen Kräfte auf diese dreifache Krise in ihren einander wechselseitig verstärkenden Dimensionen reagieren? Zwei widerstreitende Ansätze haben sich in der Debatte herauskristallisiert.<sup>3</sup> Die eine Position lässt sich knapp als „Mehr Europa“ benennen: Die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa und das Krisenmanagement der EU haben in aller Deutlichkeit gezeigt, dass auf die ökonomische Integration nun eine politische



© Stephan Röhl, www.flickr.com, Heinrich-Böll-Stiftung, cc

Mehr Europa – weniger Europa? Europäischer Jugendkongress der Heinrich-Böll-Stiftung 2013

<sup>3</sup> Siehe auch das Online-Dossier der *Bundeszentrale für politische Bildung*: <http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/168359/einleitung>; letzter Zugriff: 09.12.2013

Integration folgen müsse. Damit habe auch eine Stärkung der demokratisch legitimierten Institutionen, insbesondere des Europäischen Parlamentes, einherzugehen. Andere haben aus den Ereignissen einen diametral entgegengesetzten Schluss gezogen. Sie wollen nicht „mehr Europa“, sondern ein anderes Europa, das auch mit „weniger Europa“ einhergeht: Die Währungsunion sei ein Fehler gewesen und habe die Staatsschuldenkrise erst ausgelöst. Selbst wenn dieser Fehler nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, so müsse doch durch die Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale Ebene die politische Handlungsfreiheit der Nationalstaaten wieder gestärkt und politische Entscheidungen wieder mehr an den *demos* rückgebunden werden.

Die Anhänger des *ersten Ansatzes* fordern, dass nun das nachgeholt werden müsse, was viele schon bei der Schaffung der Währungsunion in den 1990er Jahren als Voraussetzung für eine funktionierende Währungsunion gesehen hatten: eine umfassende Vergemeinschaftung der Wirtschaftspolitik, insbesondere auch der Fiskalpolitik. Nur dies ermögliche es, Ungleichgewichte im gemeinsamen Währungsraum auszugleichen, dem Druck der Globalisierung entgegenzuwirken und so auch die von der Wirtschaftskrise ausgelösten sozialen und politischen Verwerfungen in der EU zu überwinden. Dieser Ansatz geht aber über die Schaffung von Legitimität durch ökonomischen Erfolg hinaus. Da mit einer weiteren Vergemeinschaftung zentraler Politikfelder die Kluft zwischen der Reichweite der auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen und deren demokratischer Legitimierung wächst, fordern Verfechter dieses Ansatzes, dass die EU umfassend demokratisiert werden müsse. Die konkreten Vorschläge variieren<sup>4</sup>: Das Europäische Parlament solle gestärkt und zu einer echten gesetzgebenden Versammlung ausgebaut werden. Die Spitze der Exekutive in Gestalt des Präsidenten der Europäischen Kommission solle entweder vom Europäischen Parlament oder direkt von den 500 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürgern gewählt werden. Der Rat der Europäischen Union solle zu einer zweiten Kammer umgestaltet werden, deren Mitglieder von den nationalen Regierungen und Parlamenten entsandt werden. Die Praxis, dass die in den EU-Verträgen geforderte Einberufung eines Konvents zur Änderung dieser Verträge umgan-

<sup>4</sup> Beispielhaft: Vgl. *Franzius, Claudio; Preuß, Ulrich K., 2012: Die Zukunft der Europäischen Demokratie, Studie im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung*: <http://www.boell.de/de/content/die-zukunft-der-europaeischen-demokratie>; letzter Zugriff: 09.12.2013



© Stephan Röhl, www.flickr.com,  
Heinrich-Böll-Stiftung, cc

Junge Menschen diskutieren auf dem Europäischen Jugendkongress

gen wird, in dem die Staaten zwischenstaatliche Verträge schließen, solle beendet werden, indem eine verfassungsgebende Versammlung einberufen wird.<sup>5</sup> Da ein solcher Schritt, mit dem die EU von einem Staatenverbund in einen Bundesstaat, in die „Vereinigten Staaten von Europa“, umgewandelt werden würde, derzeit kaum in allen Mitgliedstaaten der EU auf Zustimmung stoßen würde, setzen manche auf das Konzept eines Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten. Jene Staaten, die bereit seien, sollten voranschreiten, der Erfolg werden auch die zögerlichen Gesellschaften überzeugen.<sup>6</sup>

Die Vertreter des *zweiten Ansatzes* halten dies für undurchführbar. Ihr zentrales Argument lautet, dass es Demokratie nur auf nationaler Ebene gebe, weil nur dort ein strukturierter öffentlicher Raum existiere, in dem politische Entscheidungen verhandelt werden. Die mangelnde Legitimierung europäischer Entscheidungen sei nicht aufhebbar. Daher müsse auf die Krise europäischer Politik mit einer Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale Ebene reagiert werden. Auch hier variiert die Reichweite der Konzepte: Einige gehen so weit, dass sie eine Auflösung der Währungsunion fordern, da diese die europäischen Gesellschaften gespalten habe. Nur so könne die unerträgliche Einschränkung der Handlungsfreiheit der allein demokratisch legitimierten nationalen Parla-

5 Z. B. *Democracy International*: <http://www.democracy-international.org/more-democratic-european-union>; letzter Zugriff: 09.12.2013

6 Da der Handlungsdruck vor allem für die Staaten der Eurozone groß ist und Widerstand insbesondere aus Großbritannien erwartet wird, lautet einer der derzeit diskutierten Vorschläge, dass alle Staaten, die den Euro als Währung übernommen haben, eine solche politische Union gründen sollten.



© Stephan Röhl, www.flickr.com,  
Heinrich-Böll-Stiftung, cc

Michalis Goudis Communication Officer, CECODHAS Housing Europe, Brüssel

mente und Regierungen – sei es durch Rettungspakete mit Auflagen, eine Budgetüberwachung durch die Europäische Kommission etc. oder durch „alternativlose“ Entscheidungen – geheilt werden. Andere gehen nicht so weit und fordern lediglich, dass die nationalen Parlamente als einzige wirklich demokratisch legitimierte Körperschaften gestärkt werden sollten, etwa durch mehr Rechte zur Kontrolle der Gesetzesinitiativen der Europäischen Kommission. Ein Stichwort, das hierbei häufig fällt, ist das Prinzip der Subsidiarität, das bedeutet, dass bei der Feststellung der geeigneten Ebene im Mehrebenensystem der EU eine Kompetenz immer auf der möglichst untersten Ebene angehängt sein soll. Damit soll eine größtmögliche nationale Selbstbestimmung und Eigenverantwortung angestrebt werden.

### Demokratie braucht Mut zum Konflikt

Der Wettstreit um politische Alternativen ist Voraussetzung und Motor der Demokratie.<sup>7</sup> Die Behauptung, politische Entscheidungen seien alternativlos, entzieht der Demokratie den Sauerstoff. Nicht zufällig trägt die erste deutsche Partei, die europapolitische Themen ins Zentrum ihres Programms stellt, bereits im Namen die Behauptung, eine Alternative zu haben. Doch hat sie tatsächlich andere politische Ziele oder schlägt sie andere politische Mittel vor, um zu erreichen, was andere Parteien auch wollen?

7 Vgl. *Franzius, Claudio; Preuß, Ulrich K.*, 2012, S. 8 ff.: Die Zukunft der Europäischen Demokratie, Studie im Auftrag der *Heinrich-Böll-Stiftung*: <http://www.boell.de/de/content/die-zukunft-der-europaeischen-demokratie>; letzter Zugriff: 09.12.2013



© Stephan Röhl, www.flickr.com, Heinrich-Böll-Stiftung, cc

Fishbowl-Diskussion während des Europäischen Jugendkongresses

Aufgabe der politischen Bildung ist es, den Bürgerinnen und Bürgern Kriterien zur Verfügung zu stellen, mit denen sie beurteilen können, ob Alternativen Substanz haben. Zentrales Kriterium ist der Mut zur Benennung von Konsequenzen.

Lebendige Demokratie braucht politische Räume und Institutionen, in denen über europäische Themen gestritten werden kann. Wir brauchen einen echten politischen Wettbewerb zu europäischen Zukunftsthemen. Ohne eine breite öffentliche Debatte über Wege aus der Krise werden sich die Risse in der EU noch vergrößern. Das europäische Projekt kann nicht allein „von oben“ weitergeführt werden. Erst wenn die Bürgerinnen und Bürger über europäische Zukunftsfragen mitentscheiden können, werden sie Europa als ihre Angelegenheit erleben. Hier kann die politische Bildungsarbeit ansetzen.

**Politische Bildung als Raum für politische Kontroverse und Alternativdebatten**

Die zentrale Aufgabe politischer Bildung ist es, dem Populismus entgegenzuwirken. Populisten versprechen einfache Lösungen. Diese gibt es nicht. Politische Bildungsarbeit sollte deshalb Räume schaffen, in denen differenziert und kontrovers über die Zukunft der EU nachgedacht werden kann.

Politisches Engagement beginnt mit dem Interesse für konkrete Themen. Daneben ist das bloße Wissen um die Art und Weise, wie demokratische Abläufe funktionieren, und wo und wie man mit seiner politischen Agenda ansetzen kann, eine weitere Voraussetzung für politisches Handeln. Diese beiden Facetten kann politische Bildungsarbeit aufgreifen.

Gerade für junge Menschen ist die Idee Europa nicht mehr ohne weiteres zu erkennen. Die Er-

innerung an die großen Kriege des 20. Jahrhunderts in Europa verblasen. Frieden erscheint als Selbstverständlichkeit, als eine Art Naturzustand. Das Erfahrungswissen darum, dass Frieden eine fragile politische Errungenschaft ist, schwindet. Wirkt politische Bildung dem nicht entgegen, kann Gewalt wieder als Lösung für eine als unerträglich empfundene Situation erscheinen.

Auch der konkrete Nutzen der europäischen Einigung für das alltägliche Leben ist gerade für junge Menschen nicht mehr ohne weiteres erfahrbar, weil sie nie erlebt haben, welche Freiheiten die europäische Einigung erst gebracht hat.<sup>8</sup> Europa erfahrbar machen, ist deshalb eine zentrale Aufgabe der politischen Bildung.

Im Austausch mit anderen Europäerinnen und Europäern kann Verständnis und Empathie für unterschiedliche Haltungen entstehen. Dabei gilt es, die persönlichen Lebenssituationen zu berücksichtigen: Welche Zukunftsperspektiven habe ich als junger Mensch in Europa? Wie unterscheiden sich meine Chancen, je nach dem wo ich in Europa lebe? Was kann ein vereintes Europa uns heute noch versprechen? Welches sind meine Werte, Ziele? Was möchte ich verändern und wie kann ich mich dafür in Europa engagieren?

Eine aktive Bürgerschaft, proklamiertes Ziel der EU<sup>9</sup>, ist voraussetzungsvoll. Sozio-ökonomische Rahmenbedingungen und Bildung spielen eine wichtige Rolle. Wichtigste Voraussetzung aber sind Räume und Orte, in denen sich Bürgerinnen und Bürger tatsächlich aktiv einbringen und ihre politische Agenda in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsbildungsprozess einfließen lassen können.



Dr. Christine Pütz ist Referentin Europäische Union der Heinrich-Böll-Stiftung. Ihre Schwerpunkte sind Zukunft der Europäischen Union und Europäische Demokratie.

E-Mail: puetz@boell.de

8 Krastev, Ivan, 2013: What happened to the European dream, in: Other News: [www.other-news.info/what-happened-to-the-european-dream/](http://www.other-news.info/what-happened-to-the-european-dream/), auf Deutsch: Aus der Traum: [www.presseurop.eu/de/content/article/3722161-aus-der-traum-von-europa](http://www.presseurop.eu/de/content/article/3722161-aus-der-traum-von-europa); letzter Zugriff: 09.12.2013

9 Z. B. <http://de.euronews.com/2013/03/01/aktive-buergerschaft-ein-europa-der-muendigen-buerger/>; letzter Zugriff: 09.12.2013



## „World Café plus“

Eine klassische Methode und eine mögliche Erweiterung

Jonas Gasthauer

„World Café“ ist eine der Methoden, die sich auch über die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung hinaus großer Beliebtheit erfreut, beispielsweise in der Wirtschaft im Rahmen von „company retreats“ und anderen Strategietreffen. Sie dient der inhaltlichen Klärung und Fokussierung von politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen. Das „World Café“ ermöglicht zudem, bei großen Gruppen eine moderierte Diskussion strukturiert in kleineren Gruppen zu führen und die Gedanken aller zu einer Fragestellung zu erfassen. Viele Kolleginnen und Kollegen wenden eine Form der Methode regelmäßig und routiniert an – so auch Jonas Gasthauer, der hier eine mögliche Erweiterung der Methode vorstellt, die deren Einsetzbarkeit um einen Mehrwert ergänzt, Ergebnisse fokussiert und kanalisiert.

### Praktisches Vorgehen

Die Grundidee der „World Café“-Methode versucht den informellen Gedankenaustausch eines Kaffeehauses in kleinen Tischgruppen für die Kommunikation der Meinungen einzelner und deren Diskussion fruchtbar zu machen. In Fortführung dieser Analogie sollte eine klare Handlungsanweisung (z. B. schriftlich auf einem gut sichtbaren Flipchartpapier) als „Speisekarte“ gegeben werden, ein mindestens DIN A0 großes Papier als „Tischdecke“ auf den einzelnen Tischen zur Verfügung stehen sowie ein „Tischgedeck“ in Form von verschiedenen Stiften bereitgestellt werden.<sup>1</sup> Optional ist leise Musik im Hintergrund, die jedoch von manchen Teilnehmenden auch als störend empfunden werden kann. Gleiches gilt für das Reichen von kleinen Snacks und Getränken.

Je nach Gruppengröße sollte eine entsprechende Anzahl von Tischen und dem erläuterten Material so im Raum verteilt werden, dass mindestens drei Kleingruppen von vier bis zehn Personen Meinungen austauschen und diskutieren können, ohne zu stark von den Nebentischen akustisch gestört zu werden.

Bereits vor der Einteilung der Kleingruppen sollte jeweils ein/e Gastgeber/-in pro Tisch zur Struktu-

rierung der Diskussion gewählt werden. Je nach Hintergrund und Zusammensetzung der Gruppe empfiehlt es sich, aktiv in diesen Prozess einzugreifen und Kandidatinnen und Kandidaten zu bestimmen, die sich jeweils an einen der Tische setzen.

Nun bekommt jede Kleingruppe eine zu diskutierende Frage vorgegeben, die idealerweise auf der zunächst umgedrehten Tischdecke notiert wurde. Die Fragen sollten offen und zugleich prägnant formuliert sein, bestenfalls – ohne sich zu doppelten – aufeinander Bezug nehmen und verschiedene Aspekte eines Themas beleuchten. Im Folgenden gibt es zwei Möglichkeiten: Jedes Gruppenmitglied beginnt spontan Stichworte, Einfälle oder bereits ausformulierte Antworten auf DIN A5 Blätter zu schreiben und unsortiert auf die „Tischdecke“ zu kleben/pinnen, die im Anschluss diskutiert werden. Alternativ bietet es sich an, dass an jedem Tisch noch „Servietten“ – also Blätter im DIN A4/DIN A5 Format – zur Verfügung stehen, auf denen die Gruppenmitglieder zunächst für wenige Minuten ihre Kommentare/Antworten aufschreiben, die anschließend vorgestellt, ausgetauscht und diskutiert werden, so dass in einem nächsten Schritt abgestimmte Aussagen auf der Tischdecke festgehalten werden. Dieser Prozess kann natürlich auch mündlich, ohne zuvor niedergeschriebene Notizen erfolgen, was jedoch bei Teilnehmenden, die mit solchen Arbeitsprozessen nicht vertraut sind, zu Schwierigkeiten und ausbleibender Beteiligung führen kann.

Nach höchstens 20 Minuten wird die erste Runde beschlossen – zum Beispiel durch ein Glockenzeichen – und die „Gäste“ verlassen ihren Tisch und gehen zum nächsten Cafétisch. Hier sollte auf die zahlenmäßige Gleichverteilung und die Durchmischung der Gruppen geachtet werden, wobei die grundsätzliche Regel ist, dass jede/r Teilnehmende einmal an allen Tischen Platz genommen haben muss. Der/die „Gastgeber/-in“ beginnt die Runde nach der obligatorischen Begrüßung mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Diskussionspunkte und Ergebnisse der ersten Runde und stößt damit den Gedankenaustausch der neuen „Gäste“ an.

Stichwort Handlungsanweisungen bzw. Kommunikationsregeln: Besonders die „Gastgeber/-innen“ müssen in ihre Rolle eingewiesen werden. Sie leiten die Diskussion und strukturieren den Gedankenaustausch der jeweiligen Gäste. Sie können ihre eigene Meinung einbringen, sie sollten jedoch nicht durch ihre hervorgehobene Stellung dominant sein. Während des „World Cafés“ und um Schwierigkeiten dieser Art zu vermeiden, sollten die Seminarleiter/-innen bereits bei der Auswahl

<sup>1</sup> Neben der grundlegenden Ablaufstruktur der Methode sollte auf der „Speisekarte“, die alternativ auch auf Klappkarten stilecht auf den Tischen verteilt werden kann, die Café-Etikette in Anlehnung an die von der „World Café Community“ vorgeschlagenen Punkte und den Gegebenheiten der jeweiligen Situation und Gruppe angepasst, enthalten sein (siehe Literatur im Anhang).



Teilnehmende diskutieren über die Macht der Konsumenten

der „Gastgeber/-innen“ bzw. Moderator/-innen diese Herausforderung im Hinterkopf haben.

### Anwendungsmöglichkeiten

Im Folgenden möchte ich exemplarisch die Anwendung der Methode „World Café plus“ in einem Themenkomplex vorstellen, zu dem ich in den vergangenen Jahren häufig und mit verschiedenen Zielgruppen gearbeitet habe. Die politische und soziale Dimension von Ernährung (vgl. *Außerschulische Bildung*, Heft 1-2013) hat in den letzten Jahren verstärkt Eingang in die Bildungsangebote (außer) schulischer Bildung gefunden. Immer häufiger werden von einzelnen Teilnehmenden und Gruppen Titel wie „Nachhaltige Entwicklung: Die Macht der Konsumenten“ angefragt. Dies zeigt, dass in der direkten Lebensumwelt aller Menschen zu verortende Themen – „Komplikationen im Schlaffenland“ der Konsumentinnen und Konsumenten (Kofahl/Ferdaouss 2013) – eine hohe Anschlussfähigkeit für die inhaltliche Auseinandersetzung im Seminkontext bieten. Ebenso ist das Thema für ein Fachpublikum relevant, das sich u. a. in Umwelt- und Naturverbänden findet. In der Regel wird ein „World Café“ auch als Einstiegsmodul und „Eisbrecher“ empfohlen. Ich präferiere jedoch für die inhaltlich gehaltvolle Anwendung einen Einsatz zu einem späteren Zeitpunkt im Seminar, wenn alle Teilnehmenden sich bereits vertiefend mit dem Seminarthema auseinandergesetzt haben. Dies sorgt für eine fundierte Gesprächssituation und für interessante wie auch weiterführende Diskussionsergebnisse.

In meinem konkreten Beispiel habe ich die Methode „World Café“ als alternatives Diskussions- und Moderationsformat im Anschluss an Arbeitsgrup-

pen zu verschiedenen Aspekten des Themenkomplexes „Ethische und politische Dimensionen der Nahrungsmittelproduktion“ (u. a. Fleisch- und Fischkonsum, vgl. Kofahl/Adda 2013) und „Faire Arbeit“ benutzt. Die Arbeitsgruppen benannten jeweils eine/n Moderator/-in, die die Arbeitsergebnisse präsentierten und die eigens konzipierte Fragestellung mit den Gästen diskutierten. Auf diese Weise sammelten die Gastgeber/-innen die Kommentare und Anmerkungen zu ihren Fragestellungen. Fragestellungen waren: Wie kann der Fleischkonsum geändert werden, um Massentierhaltung und -schlachtungen zu verhindern? Lebensmittelrohstoffhandel – Was darf nicht sein? Wie kann die Europäische Agrarpolitik geändert werden, um eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern? Wie können faire Arbeitsbedingungen im Textilhandel geschaffen werden? Die Diskussionsergebnisse wurden von den Gastgeberinnen und Gastgebern schriftlich festgehalten und flossen in die Abschlussdebatte ein.

Zur oben beschriebenen Thematik bot sich eine Zuspitzung mit Hilfe von vorbereiteten (laminierten) Verkehrsschildern (Stopp, Vorfahrtstraße, Fußgängerüberweg) an (vgl. INKOTA-netzwerk e. V., S. 6 f.). Zum Ablauf: Jede „World Café“-Gruppe erhielt ein bis drei Exemplare jedes Verkehrsschildes. Mit dem Stoppschild sollte ein Problem identifiziert werden, das angegangen werden muss (in unserem Beispiel: Spekulation mit Agrargütern), das Vorfahrtsschild sollte eine Zielsetzung zum Ausdruck bringen (möglich: weltweites Verbot der Agrarspekulation) und das Fußgängerschild stand für einen persönlichen ersten Schritt zum Erreichen des definierten Ziels (Überprüfung der Geschäftspraktiken der Geldinstitute, bei denen die Teilnehmenden ihre Konten haben). Das heißt, dass die „World Café“-Ergebnisse in konkrete Handlungs-, Gebots- bzw. Verbotsanregungen umgewandelt wurden, die für die weitere Behandlung des Themas im *Verband der NaturFreunde*, welche die Teilnehmenden des Seminars waren, sinnvoll genutzt werden können. „Es wird somit zunächst ein Problem formuliert und dann globale sowie individuelle Lösungsansätze für dieses Problem präsentiert.“ (INKOTA-netzwerk e. V. 2009, S. 7). In meinem Seminar brachten die Teilnehmenden zusätzlich ihre Vorschläge für den eigenen Verband und ihr persönliches Kaufverhalten mit ein.

Abschließend werden die jeweils drei zusammengehörenden Schilder hintereinander an einer Schnur oder Metaplanwand befestigt, um die Ergebnisse der Debatten auch für die Allgemeinheit anschaulich zu dokumentieren.

### Stärken und Grenzen der Methode

Die besondere Stärke der „World Café“-Methode liegt vor allem in der lockeren und dennoch inhaltlich fokussierten Arbeitssituation. Die Beigabe von Kaffee/Tee und Snacks sorgen für eine entspannte und zwanglose Gesprächssituation trotz anspruchsvoller Diskussionsinhalte. Besonders stark ist bei dieser Methode, dass die Diskussion einer großen Gruppe zu einer Fragestellung nicht in einer Plenumsdebatte erfolgt, sondern kleinteiliger und versetzt durch eine beständige Moderation der Gastgeber/-innen an den Cafétischen. Dies ermöglicht eine strukturierte Zusammenfassung der verschiedenen Gedanken und Ideen aller Teilnehmenden. Vor allem die Visualisierung und der immer wieder neu geordnete Diskussionsprozess vermitteln eine geistige Dynamik, die verdeutlicht, dass es immer wieder neue Aspekte zu einer Fragestellung gibt. Die Ergebnisse der Gruppen zu den „World Café“-Fragen können einen neuerlichen Schwerpunkt für eine inhaltliche Auseinandersetzung zu einem Thema bieten. Das „World Café“ lebt von der lebendigen Debatte und Diskussionsbereitschaft der Teilnehmenden und einer gut strukturierten Moderation. Wenn beides oder nur eines davon fehlt, führt die Methode nicht zum gewünschten Diskussionsprozess und damit auch nicht zu sinnvollen Ergebnissen. Daher ist zum einen darauf zu achten, dass die Moderation von Teilnehmenden oder Referierenden geführt wird, die gut anleiten und unsichere bzw. zurückhaltende Teilnehmende

motivieren können, etwas zum Thema beizutragen und zum anderen, dass die Arbeitsweise an sich den Teilnehmenden gerecht wird.

Darüber hinaus bietet das „World Café“ vielfältige Möglichkeiten auch in festgefahrenen Diskussionen oder am Morgen eines letzten Seminartags die Konzentration und Beteiligung bei den Teilnehmenden nochmals zu erhöhen und gleichzeitig den Weg zur Ergebnissicherung und Dokumentation des Diskussionsprozesses zu ebnet.

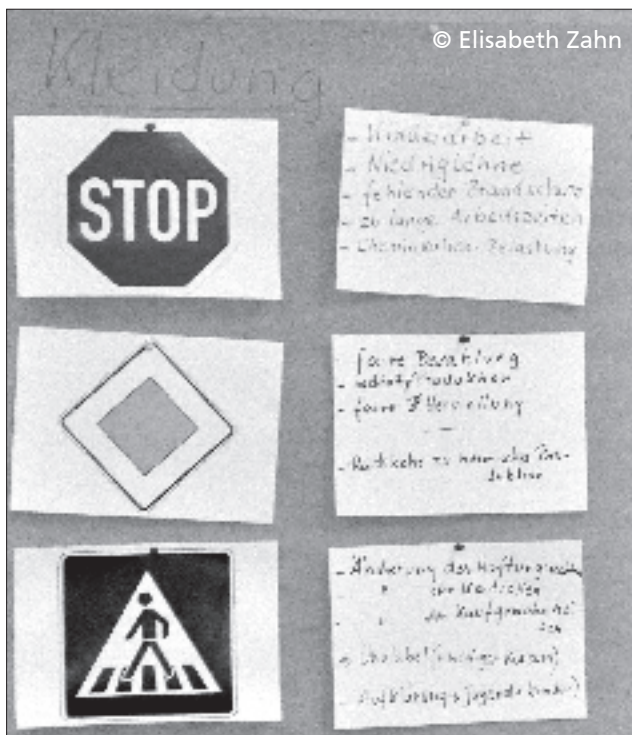
Wie bereits ausgeführt, gibt es prinzipiell keine Einschränkungen, zu welchem Zeitpunkt eines Seminars die Methode des „World Café“ eingesetzt werden kann. Die Einbindung in die Gesamtstruktur, in den Spannungsbogen des Seminars, sollte jedoch gut bedacht werden. Eine inhaltliche und methodische Reflexion, die noch vor der Dokumentation bzw. Visualisierung der Ergebnisse erfolgt, kann einen fruchtbaren weiteren Verlauf des Seminars unterbrechen. Ich habe dagegen gute Erfahrungen mit einer Kanalisierung der Ergebnisse, z. B. in direkte (politische) Partizipations- und Handlungsimpulse gemacht.

### Literatur

*INKOTA-netzwerk e.V. (Hrsg.): Arbeitsheft zu Hunger, Globalisierung und Landwirtschaft – Berlin 2009*

*Kofahl, Daniell/Adda, Ferdaouss: Komplikationen im Schlaraffenland. Ethische und politische Dimensionen der Nahrungsproduktion, in: Außerschulische Bildung 1-2013, S. 6-14*

*The World Café Community: Café to go. Eine kurze Einführung, um Gespräche in Gang zu bringen. Download: <http://www.theworldcafe.com/translations/Germancafetogo.pdf> (Zugriff: 21.11.2013)*



*Jonas Gasthauer arbeitet in der (politischen) Jugend- und Erwachsenenbildung, zuletzt hauptamtlich für das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben und als Freier Mitarbeiter für das Internationale Forum Burg Liebenzell und für Fachreferate der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Seine Schwerpunkte liegen auf den Themen Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE), internationale Politik sowie Migration und Integration.*

E-Mail: [jonasgasthauer@t-online.de](mailto:jonasgasthauer@t-online.de)

## Meldungen

### Der Europarat reagiert auf die Abschaffung der Menschenrechtsbildung in Spanien

Der Beauftragte für Menschenrechte im Europarat, Niels Muiznieks, hat einen Report veröffentlicht, in dem gegen die Entscheidung der spanischen Regierung, Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education (EDC/HRE) abzuschaffen, Position bezogen wird. Damit reagiert er auf eine Petition an den Europarat, die von 60 NGOs und europäischen Zusammenschlüssen verfasst wurde, u. a. auch von DARE, dem europäischen Netzwerk „Democracy and Human Rights Education in Europe“. Der Europarat wird darin gebeten, auf die spanische Regierung einzuwirken und EDC/HRE im spanischen Ausbildungssystem zu erhalten.

Konservative politische und religiöse Gruppen versuchen in Spanien schon länger gegen EDC/HRE vorzugehen, die seit 2006 im Ausbildungsgesetz verankert und Teil der Curricula sind. Die konservative Regierung von Mariano Rajoy präsentierte im September 2012 ein Gesetz, um Änderungen in den Ausbildungsprogrammen vornehmen zu können und z. B. die Themen Kinderrechte, Geschlechtergerechtigkeit, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie aus den Curricula zu verbannen.

Der Menschenrechtsbeauftragte folgt der Analyse der NGOs und warnt eindringlich davor, unter dem Deckmantel notwendiger

Sparmaßnahmen EDC/HRE aus den Programmen zu entfernen. In seiner Positionierung heißt es, EDC/HRE „are not directly connected to austerity measures (...) the Commissioner found it important to discuss it with the Spanish authorities as he firmly believes that civic and human rights education is key to combating all forms of discrimination and intolerance and for developing generations of active and responsible citizens necessary in a democratic society.“

*Weitere Informationen:* <http://dare-network.blogspot.de/2013/10/coe-commissioner-nils-muiznieks-reports.html> (Kurz-URL: <http://bit.ly/1ato5oL>)

### EUCIS-LLL Manifesto verabschiedet

Die European Civil Society Platform on Lifelong Learning (EUCIS-LLL) hat ein Manifest verabschiedet, das rechtzeitig zur Europawahl 12 Prioritäten für Lebenslanges Lernen formuliert. Vor dem Hintergrund der andauernden ökonomischen und sozialen Krise und der Schwächung der Bildungssysteme durch Sparmaßnahmen, ist es dringend geboten, über die Zukunft des Ler-

nens in Europa nachzudenken. EUCIS-LLL fordert eine nachhaltige Investition in das Lernen als Kern eines sozialen Modells. Der Zugang zu Lebenslangem Lernen muss erleichtert werden und damit die Chance erhöht, an der Gesellschaft aktiv teilzunehmen. EUCIS-LLL formuliert mit dem Manifest eine Vision, in der z. B. Lebenslanges Lernen als ein Schlüsselinstrument für soziale

Inklusion und der Zugang zu Lebenslangem Lernen als Grundrecht anerkannt wird. Bei Lebenslangem Lernen soll der Fokus sowohl auf Lernergebnisse als auch auf den Lernprozess gelegt werden. Angemessene Investitionen in diesem Bereich müssen in Europa getätigt werden.

*Weitere Informationen:* [www.eucis-lll.eu/](http://www.eucis-lll.eu/)

### „Nach-Mauer-Europa“ gemeinsam gestalten – Vierte Europa-Rede

Am 9. November 2013 hat der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, in Berlin die vierte Europa-Rede gehalten. Die Rede stand unter dem Motto: „Nach-Mauer-Europa“ gemeinsam gestalten. Diese Rede wird jährlich von der Robert Bosch

Stiftung, der Stiftung Zukunft Berlin sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung initiiert. Sie gilt als Stellungnahme der höchsten Repräsentanten der Europäischen Union zur Idee und zur Lage Europas. Der Präsident des Europäischen Rates zeigte sich davon

überzeugt, dass Europa gestärkt aus der Krise hervorgehen wird, wenn alle Mitgliedstaaten weitere Reformanstrengungen unternehmen. Die Euro-Krise müsse als Weckruf verstanden werden, auch um in Zukunft mehr Verantwortung und Solidarität

füreinander zu entwickeln. Vorurteile gegenüber anderen Mitgliedern müssen abgebaut und mehr Mobilität zugelassen wer-

den. Herman Van Rompuy fordert ebenso eine größere Offenheit gegenüber Flüchtlingen aus Drittstaaten.

*Quelle und weitere Informationen:*  
<http://www.kas.de>

## Die Vereinten Nationen beschließen Fahrplan für neue Entwicklungsziele

In der letzten Septemberwoche wurde auf der UN-Vollversammlung der Fahrplan für die Ausarbeitung der Millenniums-Nachfolgeziele verabschiedet. Er sieht vor, dass im Herbst 2014 Verhandlungen über die Nachfolgeziele beginnen und im Herbst 2015 ein Gipfel „Globale Partnerschaft für Entwicklung“ einberufen wird, auf der dann neue Entwicklungsziele verabschiedet werden sollen.

Die Millenniumsentwicklungsziele, die im Jahr 2000 vereinbart

wurden und die 2015 auslaufen, sehen u. a. vor, die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen zu halbieren. Auch wenn Fortschritte erzielt wurden, konnte dieses Ziel nicht in allen Regionen dieser Erde gleichermaßen erreicht werden. Die Spanne reicht von enormen bis kaum messbaren Fortschritten.

Erkennen die einen in diesem Fahrplan einen positiven Schritt und einen Konsens der UNO-Mitglieder, befürchten andere eine

Verschleppung des Verfahrens und wenige greifbare Ergebnisse. Problematisch sei vor allem, so Nicole Rippin vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, wenn die Millenniums-Nachfolgeziele und die gleichzeitig auszuarbeitenden Entwicklungsziele zur Nachhaltigkeit im Rahmen von Rio+20 zusammengeführt werden sollen.

*Quelle:* <http://www.euractiv.de/entwicklungspolitik>

## Internationale Experten prüfen die deutsche Nachhaltigkeitspolitik

Im Jahr 2012 hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel einen internationalen Bericht zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik bei internationalen Nachhaltigkeitsexperten in Auftrag gegeben, der nun vom Vorsitzenden der Expertengruppe, Björn Stigson, vorgelegt und am 4. November 2013 offiziell vorgestellt wurde. Der Titel des Berichts lautet: „Sustainability – Made in Germany. The Second Review by a Group of International Peers, commissioned by the German Federal Chancellery“. Der Kommission gehörten Experten aus Schweden, Finnland, Großbritannien, Holland, USA, Südafrika und Südkorea an.

Die Experten empfehlen der neuen Bundesregierung die Umsetzung der Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland zu stärken und „sich den übergreifenden Zielen nach-

haltiger Entwicklung und dem Klimaschutz zu verschreiben“, so Stigson. Die Experten räumen der Bundesregierung durchaus Erfolge im Ringen um eine nachhaltigere gestaltete Welt ein, warnt jedoch davor, sich auf diesen Erfolge auszurufen.

In ihrem Bericht nehmen sie eine Bestandsaufnahme der Fortschritte in Deutschland auf und leiten daraus zentrale Empfehlungen ab, wie z. B. bessere Rahmenbedingungen für die nachhaltige Entwicklung zu schaffen, eine nachhaltige Wirtschaft kooperativ mit öffentlichem und privatem Sektor zu gestalten, die Energiewende planvoller und koordinierter anzugehen, die soziale Dimension der nachhaltigen Entwicklung im Auge zu behalten (z. B. Lebensqualität, demographischer Wandel) und Nachhaltig-

keit in allen Bildungsbereichen stärker zu verankern.

Diese Forderungen decken sich auch mit den Forderungen des Rats für nachhaltige Entwicklung, die er in seinem Herbst-Statement 2013 formuliert hat: „Deutschlands Politik muss sich in vollem Umfang zu einer Führungsrolle in der europäischen und globalen Umwelt- und Klimapolitik bekennen.“ Er empfiehlt der Bundesregierung, im Bundeskanzleramt die Position eines Beauftragten für Nachhaltigkeit und Energiewende zu schaffen.

*Quelle:*  
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de>  
Unter dieser Adresse kann der Bericht „Sustainability – Made in Germany“ als PDF abgerufen oder als kostenfreie Printversion bestellt werden.

**Wie wirkungsvoll sind zivilgesellschaftliche Projekte gegen Rechtsextremismus?**

Als der NSU-Untersuchungsausschuss im September seinen Abschlussbericht vorlegte, forderte er eine kontinuierliche Unterstützung der Demokratieförderung sowie eine Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die vielen Initiativen gegen den Rechtsextremismus.

Das Analyse- und Beratungsunternehmen PHINEO gAG hat mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung nun zahlreiche gemeinnützige Projekte in Deutschland untersucht und analysiert, welche von ihnen Wirkungspotenzial haben. Sie haben 17 Projekte empfohlen, bei denen aus ihrer Sicht die Fördergelder gut angelegt sind. PHINEO kritisiert bei der Präsentation der Ergebnisse die oft nur projektbezogene Finanzierung, die keine Planungssicherheit gewährleistet. Die Förderung der Initiativen sei eine Daueraufgabe des Staates, so die verantwortlichen Analytiker aus dem PHINEO-Team, Dr. Andreas Schmidt und Franz-Martin Schäfer.

Drei AdB-Mitglieder gehören zu den empfohlenen Projekten: Das Anne-Frank-Zentrum e. V. in Berlin mit dem Projekt „Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte“. „Dieses Ausstellungs- und Bot-

schafterprojekt verbindet das Gestern mit dem Heute und ermöglicht jungen Menschen ein Nachdenken über die eigene Identität und den Umgang miteinander“, schreibt das PHINEO-Team. Sie bescheinigen dem Projekt gute bis herausragende Ergebnisse, was das Wirkungspotential des Projekts in den Bereichen Ziele und Zielgruppen, Ansätze und Konzepte und Qualitätsentwicklung betrifft und gute bis sehr gute Ergebnisse bei der Leistungsfähigkeit der Organisation.

Das Projekt „Vernetzt gegen Rechtsextremismus“ verantwortet die Bildungsstätte Anne Frank e. V. in Frankfurt am Main. Hier werden bei Projekttagen in Schulen und Jugendzentren Jugendliche für die Gefahren von Rechtsextremismus sensibilisiert. Ihnen werden Handlungskompetenzen vermittelt. Auch diesem Projekt wurde ein gutes bis sehr gutes Wirkungspotential in den Bereichen Ziele und Zielgruppen, Ansätze und Konzepte und Qualitätsentwicklung bestätigt.

Das Bildungswerk BLITZ in Jena wurde für die Arbeit der Kontakt- und Koordinierungsstelle (KoKont) ausgezeichnet. Dieses

stärkt bestehende Gruppen und Initiativen, klärt über Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf, initiiert neue Projekte und Bildungsangebote und ermöglicht dadurch, dass sich die Zivilgesellschaft öffentlichen Raum zurückerobert und der Handlungsspielraum rechtsextremer Gruppierungen eingeschränkt wird.

Zu dieser Wirkungsstudie passend hat die PHINEO AG gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung ein Praxishandbuch zur wirkungsorientierten Projektarbeit in gemeinnützigen Organisationen veröffentlicht. Das „Kursbuch Wirkung. Das Praxishandbuch für alle, die Gutes noch besser tun wollen“ vermittelt praxisnahes Wissen über wirkungsorientiertes Planen, Umsetzen und Analysieren. Das Praxishandbuch ist kostenlos als Download und Printexemplar erhältlich.

*Quelle: [www.phineo.org](http://www.phineo.org)  
Empfohlene Projekte:  
<http://www.phineo.org/empfohlene-projekte/engagement-gegen-rechts/>  
Download und Bestellung des Praxishandbuchs:  
[www.phineo.org/fuer-organisationen/kursbuch-wirkung/](http://www.phineo.org/fuer-organisationen/kursbuch-wirkung/)*

**BMFSFJ zieht positive Zwischenbilanz für das Programm zur Prävention gegen Rechtsextremismus**

Das BMFSFJ hat eine positive Zwischenbilanz zum Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN, dem Programm zur Prävention gegen Rechtsextremismus, gezogen: Zum einen hätten die landesweiten Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus Qualitätssicherungsverfahren entwickelt und eingeführt und damit einen hohen Standard in der Be-

ratungsarbeit der Netzwerke gesichert. Zum anderen werde das bundesweite Informations- und Kompetenznetz „BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus“ als Plattform für Wissen, Kompetenz und Austausch regen genutzt. Erste Fort- und Weiterbildungen zur Erprobung eines Rahmencurriculums „Handlungskompetenz – ein Bildungsange-

bot zum Umgang mit rechtsextrem gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen für pädagogische Fachkräfte“ wurde gestartet. Das Bundesprogramm wird im Jahr 2014 seine Arbeit fortsetzen und soll – so der derzeitige Informationsstand – finanziell aufgestockt werden.

*Weitere Informationen:  
[www.biknetz.de](http://www.biknetz.de)*

## Empfehlungen zur Weiterentwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik

Das Zentrum Eigenständige Jugendpolitik hat drei Broschüren veröffentlicht, die die Empfehlungen der Expertengruppen zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik zusammenfassen. Die Broschüren nehmen die Anwendungsfelder „Schule und außerschulische Lern- und Bildungsorte“, „Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum“ sowie „Übergangsgestaltung von der Schule in die Arbeitswelt“ in den

Blick, identifizieren Herausforderungen und Handlungsbedarfe und geben Empfehlungen, die in die weitere Diskussion um eine Eigenständige Jugendpolitik einfließen werden. Folgende Broschüren sind erschienen: 1.) „Das Wohlbefinden Jugendlicher in Schule und außerschulischen Lern- und Bildungsorten“. Die Expertengruppe arbeitete unter der Leitung von Sabine Andresen und Oliver Böhm-Kasper. 2.) „Zur Förderung demokratischer Parti-

zipation junger Menschen“. Die Expertengruppe arbeitete unter der Leitung von Wolfgang Gaiser und Claudia Zinser. 3.) „Gelingende Übergänge im Jugendalter: Unterstützen – Befähigen – Beteiligen – Begleiten“. Die Expertengruppe arbeitete unter der Leitung von Birgit Reißig und Elke Schreiber.

*Weitere Informationen:*  
<http://www.allianz-fuer-jugend.de>

## Demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit

Die Bertelsmann Stiftung hat die Studie „Generationengerechtigkeit in alternden Gesellschaften – ein OECD-Ländervergleich“ veröffentlicht. Diese Studie soll als praxisnahe Politikempfehlung dienen, so Daniel Schraad-Tischler, leitender Projektmanager des „Sustainable Governance Indicators“, in dessen Rahmen die Studie entstanden ist. Der Ländervergleich liefert Anhaltspunkte

zur Frage, ob ökonomische, soziale und ökologische Politikergebnisse eine unfaire Lastenverschiebung zuungunsten zukünftiger Generationen mit sich bringen und wie sich die Strukturen der Sozialausgaben auf die heute lebenden alten und jungen Generationen auswirken. Als wichtige Indikatoren der Generationengerechtigkeit wurde die Kinderarmut in den Blick genommen

sowie die Biokapazität und der ökologische Fußabdruck der Länder erfasst. Ein Fazit ist, dass die ökologischen Altlasten für zukünftige Generationen gewaltig sind und die meisten Länder weit davon entfernt sind, die Grundnormen intergenerationaler Fairness zu erfüllen.

*Download der Studie über:* <http://www.bertelsmann-stiftung.de>

## Bericht über das Weiterbildungsverhalten in Deutschland veröffentlicht

Anfang November wurde in einer Open Access-Publikation der Gesamtbericht zum „Weiterbildungsverhalten in Deutschland“ veröffentlicht. Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Auftrag gegebene Studie wurde für das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) von Frauke Bilger, Dieter Gnahs, Josef Hartmann und Harm Kuper herausgegeben und fasst die Resultate des Adult Education Survey 2012 zusammen. Themen sind u. a.: Weiter-

bildungsbeteiligung (Weiterbildungstrends in verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Teilnahme, Aktivitäten bevorzugte Formen des Lernens im Erwachsenenalter); Strukturen und Segmente der Weiterbildung (Anbieter, Themen, Segmente der betrieblichen, der individuellen beruflichen oder auch der nicht-berufsbezogenen Weiterbildung); Subjektive Randbedingungen der Weiterbildungentscheidung (Kosten, Nutzen, Barrieren) und weitere Formen des Lernens im Erwach-

senenalter (formales, informelles Lernen, e-learning etc.). Zudem werden die Ergebnisse in übergeordneten Strukturen eingeordnet (Lernen in Europa, Weiterbildungsforschung).

Der Bericht zeigt, dass die Weiterbildungsbeteiligung mit 49 Prozent so hoch ist wie nie zuvor. Dies ist vor allem auf den Anstieg der betrieblichen Weiterbildung zurückzuführen. Er zeigt aber auch, dass es (in allen europäischen Ländern) einen Zusam-

menhang zwischen soziodemografischen Merkmalen Erwachsener und ihrer (Nicht-)Teilnahme am Lebenslangen Lernen gibt.

*Download des Berichts: [www.die-bonn.de/doks/2013-weiterbil-dungsverhalten-01.pdf](http://www.die-bonn.de/doks/2013-weiterbil-dungsverhalten-01.pdf)*

**Inklusion in der Erwachsenenbildung – Ein wichtiges Thema für den Rat der Weiterbildung**

Die Mitgliederversammlung des Rates der Weiterbildung hat sich das Anliegen der Inklusion von Menschen mit Behinderung in ihren Einrichtungen zu eigen gemacht und bei ihrem Treffen Anfang Oktober gefordert, sich aktiv für den Ausbau inklusiver Strukturen in der Erwachsenen- und Weiterbildung einzusetzen. Grundvoraussetzung dafür ist, das Wohl jedes einzelnen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Der Rat der Weiterbildung warnt aber davor, Inklusion als Sparmaßnahme zu verstehen. Es bestehe die Gefahr, dass sich die Situation von Menschen mit Behinderung verschlechtert, wenn

die notwendige individuelle Förderung in einer inklusiven Einrichtung nicht angeboten werden kann, so der Rat in seiner Pressemitteilung. Der Rat der Weiterbildung ist ein unabhängiges Sachverständigengremium für den Weiterbildungsbereich. Er nimmt Aufgaben der Politikberatung wahr.

Um die Inklusion, wie sie in der UN-Behindertenrechtskonvention gefordert ist, in diesem Bildungsbereich zu fördern, haben das DIE und die Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e. V. Deutschland (GEB) eine kontinuierliche Zeitschriften-

kooperation vereinbart. Es sollen Themen aus dem Bereich der allgemeinen Erwachsenenbildung unter dem Blickwinkel der Bildungsbedarfe und Bildungswünsche von Menschen mit (geistiger) Behinderung bearbeitet werden. Damit soll der Ausbau einer inklusiven Erwachsenenbildung vorangetrieben werden.

*Weitere Informationen: <http://www.keb-deutschland.de/ratderweiterbildung.html>; [www.diezeitschrift.de](http://www.diezeitschrift.de) und die Zeitschrift „Erwachsenenbildung und Behinderung“ [www.geseb.de/zeitschrift.php](http://www.geseb.de/zeitschrift.php)*

**OECD-Studie zum Bildungsniveau von Erwachsenen**

Am 8. Oktober 2013 wurde von der OECD international und GESIS national eine internationale Studie zur Untersuchung von Alltagsfertigkeiten Erwachsener (PIAAC), die sogenannte „PISA-Studie für Erwachsene“, veröffentlicht. Die Studie hat zum Ziel, grundlegende Kompetenzen Erwachsener, die zur erfolgreichen Teilnahme an der Gesellschaft und am Berufsleben notwendig sind, im internationalen Vergleich zu untersuchen und damit eine fundierte empirische Grundlage für politische Interventionen und gesellschaftliche Veränderungen zu bieten.

In der Studie wird deutlich, dass

sich Deutschland im internationalen Vergleich bei den Kompetenzen Erwachsener im Mittelfeld bewegt. In allen Ländern finden sich große Kompetenzunterschiede je nach Alter, Bildungsstand, Lebens- und Arbeitssituation und es finden sich jeweils eine relativ große Zahl Erwachsener, denen ganz grundlegende Kompetenzen für eine angemessene Teilnahme am gesellschaftlichen Leben fehlen – so auch in Deutschland.

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) begrüßte die Veröffentlichung der Studie, da die Ergebnisse nicht nur von hohem wissenschaftlichen Interesse

seien, sondern auch als Ausgangspunkt für Verbesserungs- und Reformüberlegungen der Erwachsenenbildung dienen. In seiner Pressemitteilung heißt es: „Für die Erwachsenenbildungspraxis sind vor allem die nachweisbar positiven Zusammenhänge zwischen der Beteiligung am lebenslangen Lernen einerseits und den verfügbaren Kompetenzen, der Erwerbssituation, dem Einkommen, aber auch dem gesundheitlichen Wohlbefinden und der sozialen Integration andererseits von Bedeutung.“

*Weitere Informationen: <http://www.gesis.org/piaac>*



## Zehn Thesen zur Weiterentwicklung von freiwilligem Engagement

Das Diakonische Werk hat im August 2013 die Studie „Freiwilliges Engagement in Einrichtungen und Diensten der Diakonie“ vorgestellt und zehn Thesen zur Weiterentwicklung von Freiwilligem Engagement formuliert. Die Thesen wollen zum Ausdruck bringen, welche Rahmenbedingungen notwendig sind und beständig weiterentwickelt und innovativ gestaltet werden müssen, damit das freiwillige Engagement in seiner Vielfalt, Kreativität und mit seinen Ideen erhalten bleiben kann. Die Verfasser/-innen empfehlen, die in diesen Thesen zum Ausdruck kommenden Ziel-

vorstellungen in alle Planungen aufzunehmen.

Diese im Folgenden genannten Thesen gelten nicht nur für den Bereich der Diakonie, sondern können auf andere Felder übertragen werden: (1) Die Freiwilligen stehen im Fokus; (2) Das Profil freiwilligen Engagements muss geschärft werden; (3) Freiwilliges Engagement ist unbezahlbar und soll nicht monetarisiert werden; (4) Das freiwillige Engagement braucht hauptamtliche Strukturen; (5) Das freiwillige Engagement muss anerkannt und wertgeschätzt werden; (6) Freiwilliges Engagement steht und

fällt mit der Gewinnung, Bindung und Qualifizierung von freiwillig Engagierten; (7) Die Aufgaben von Freiwilligenagenturen sind zu erweitern; (8) Unternehmen und freiwilliges Engagement sollten Kooperationen eingehen; (9) Die Gesellschaft muss für freiwilliges Engagement offen sein; (10) Vorhandene Daten sollen optimal ausgewertet werden.

*Weitere Informationen und Download der Thesen:*  
<http://www.diakonie.de/10-thesen-zur-weiterentwicklung-von-freiwilligem-engagement-13223.html> (Kurz-URL: <http://bit.ly/14KHBQ>)

## Leben in Deutschland: Datenreport 2013

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), das Statistische Bundesamt, das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) sind die Herausgeber/-innen des „Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für Deutschland“. Der Report wurde am 26. November 2013 im WZB vorgestellt.

Für den Bericht haben Statistiker und Sozialforscher objektive Daten zur Gesellschaft sowie empirische Ergebnisse zu subjektiven Erwartungen und Einstellungen der Menschen zusammengetragen. Es wurden Daten erhoben zur Bevölkerung und Demografie, zu Familien- und Lebensformen,

zum Thema Bildung, zur Wirtschaft und dem öffentlichen Sektor, zum Thema Arbeitsmarkt, zur Sozialstruktur und zu den sozialen Lagen in Deutschland. Es wurden die Daten zu den Themen Gesundheit, soziale Sicherheit, öffentliche Sicherheit und Strafverfolgung aufgenommen. Regionale Unterschiede wurden in den Blick genommen, Umwelt und Nachhaltigkeit, Freizeit und gesellschaftliche Partizipation, Demokratie und politische Partizipation, Werte und Einstellungen sowie das Thema Deutschland in Europa.

Der Datenreport gibt nicht nur die Zahlen der amtlichen Statistik wieder, sondern bietet – kombiniert mit Erkenntnissen der So-

zialforschung – ein umfassendes Bild der Lebensverhältnisse, Einstellungen und Erwartungen der Menschen in Deutschland und Europa. Es werden z. B. Antworten auf die Frage gesucht, wie sich die ökonomische und soziale Ungleichheit in Deutschland entwickelt und wie die Menschen die Veränderungen ihrer Lebensumstände wahrnehmen. Es wird untersucht, ob sich die Beteiligung am politischen Geschehen verändert hat und wie gut die nach Deutschland zugewanderten Menschen integriert sind.

*Weitere Informationen und Download des Reports:* <http://www.wzb.eu/de/publikationen/datenreport/datenreport-2013>

**UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland vorgestellt**

Am 24. Oktober 2013 wurde im Haus der Bundespressekonferenz der aktuelle UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland unter dem provozierenden Titel: „Reiche, kluge, glückliche Kinder?“ vom Autor des Berichts, Professor Dr. Hans Bertram von der Humboldt Universität Berlin, vorgestellt. In ihm wird die Frage des Wohlbefindens der jüngsten Generation in das Zentrum gestellt. Anliegen ist es, benachteiligte, oft auch unglückliche Kinder zu

stärken und die Politik zu befragen, wie man den Schwächsten gerecht werden kann. Fragt man nach dem Wohlbefinden im Ländervergleich, so ist Deutschland im oberen Drittel zu finden. Hier wird der Durchschnitt zum Maßstab genommen. UNICEF fragt aber, was mit denen ist, die unter dem Durchschnitt liegen, z. B. mit denen, die langjährigen Armutserfahrungen ausgesetzt sind. Wer sind diese Kinder? Wie leben sie? Und wie können sie

so gestärkt werden, dass sie ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Leben führen können?

*Hans Bertram (Hrsg.): Reiche, kluge, glückliche Kinder? – Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland – Weinheim und Basel 2013, Beltz Juventa Kurzfassung des Berichts über: <http://www.unicef.de>; Kurz-URL: <http://bit.ly/1cZltha>*

**Aus dem AdB**

**Jahrestagung des AdB**

**„1914 – 2014: Von der Kriegsbegeisterung zum Friedensnobelpreis für Europa. Aktuelle Herausforderungen und Impulse für die politische Bildung“**

Am 26. und 27. November 2013 fand in der *JugendAkademie Segeberg* die Jahrestagung des AdB statt. Sie markiert den Auftakt für das Jahresthema 2014 „1914 – 2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa“ – *Aktuelle Herausforderungen für die politische Bildung*. Mit diesem Jahresthema regt der AdB die Träger politischer Bildung an, Angebote historisch-politischer Bildung auszubauen, Aspekte einer europäischen Erinnerungskultur zu thematisieren und damit alle gesellschaftlich relevanten Gruppen anzusprechen. In der Stellungnahme zum Jahresthema (s. u.) heißt es dazu: „Die Vermittlung der Bedeutung von Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundlage für

eine wirkungsvolle Demokratie und die Durchsetzung der Menschenrechte stellen ein zentrales Ziel der Bildungsarbeit dar.“

Vor diesem Hintergrund wurde mit dem Tagungsthema ein weiterer Bogen gespannt: 100 Jahre Entwicklung in Europa, Frieden, Friedenspädagogik und Friedensbildung, die Bedeutung von Erinnerung und historisch-politischem Lernen in einer heterogenen Gesellschaft. Wir können heute auf ein Europa blicken, in dem die Menschen seit vielen Jahren friedlich zusammenleben und in dem es vielfältige Beziehungen über die Grenzen hinweg gibt. Dass diese Entwicklung 2012 mit dem Nobelpreis höchste Anerkennung fand, kann uns

Europäer/-innen stolz machen, ist aber gleichzeitig auch eine hohe Verpflichtung.



Professor Dr. Wolfgang Kruse bei seiner historischen Einordnung des 1. Weltkriegs

In einem ersten Vortrag nahm *Professor Dr. Wolfgang Kruse* von der *Fernuni Hagen* eine historische Einordnung vor. Unter dem Titel „Mythos Kriegsbegeisterung oder im Westen nichts Neues? Aktuelle Forschungen zu Ursachen des 1. Weltkriegs“ machte er deutlich, wie sich die wissenschaftliche Einschätzung und Bewertung des 1. Weltkriegs über die Jahre hin verändert hat, sich bestimmte Mythen aber hartnäckig halten, auch wenn es dafür kaum historische Belege gibt. Für die politische Bildung ist es wichtig zu erkennen, dass sich die nationalen Narrative und Identitäten auch aus diesen tradierten Mythen speisen und die Sicht der Menschen auf die Ereignisse prägen.

In drei Arbeitsgruppen wurde die friedenspädagogische Arbeit in der politischen Bildung aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. *Hans-Dieter Heine*, Referatsleiter Jugendarbeit im *Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.*, nahm das Thema „Der 1. Weltkrieg als Thema politischer Bildung an den Lernorten Gedenkstätten und Kriegsgräber“ auf. In einer zweiten Arbeitsgruppe stand das Thema „Der 1. Weltkrieg als Thema in Europa“ im Zentrum. Es wurde von *Richard Stock*, *Generaldirektor des Europazentrums Robert Schuman* inhaltlich vertreten. Die dritte Arbeitsgruppe: „Der 1. Weltkrieg in der politischen Bildung – ein blinder Fleck?“ suchte nach Antworten auf diese Frage. Inhaltliche Inputs gaben *Dr. Paul Ciupke*, *Bildungswerk der Humanistischen Union*, und *Anke Hoffstadt*, *Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf*.

Die Ergebnisse und Empfehlungen aus diesen drei Workshops weisen sehr viele Parallelen auf. Als besonders wichtig für die politische Bildung wird der Gegen-



Teilnehmende an der Jahrestagung

wartsbezug benannt: Sowohl gesellschaftliche Bezüge, z. B. zu Auslandseinsätzen und zur Funktion des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft sollten hergestellt, als auch familienbiografische Zugänge ermöglicht werden. Diese können helfen, historische Ereignisse einzuordnen und zu verstehen. Die Auseinandersetzung mit Täter-/Opferperspektiven, mit „Nähe“ und „Ferne“ von Krieg (Kriegsgräber 1. Weltkrieg und Drohnenkrieg in Afghanistan) helfen, Brücken zu Krisen und Kriegen der Gegenwart herzustellen. Es wird angeregt, zu fragen, welche Prägungen aus der Zeit des 1. Weltkriegs bis heute nachwirken. Der Jahrestag kann ebenso zum Anlass genommen werden, um nach Strukturen zu fragen, z. B. nach dem Entstehen von Gewalt- und Konfliktstrukturen.

Politische Bildung muss sich mit der Frage auseinandersetzen, wie sie Zielgruppen für diese Themen gewinnen kann und wie z. B. die Menschen mit Migrationshintergrund erreicht werden. Auch hier sind die Biografiearbeit bis in die Großelterngeneration, aber auch der Blick auf Familientraditionen zentrale Herangehensweisen. Für das Zusammenwachsen in Euro-

pa, so ein Fazit, ist es wichtig, dass wir – die nationalen, individuellen Narrative wahr- und ernstnehmend – einer gemeinsamen europäischen Erzählung Raum geben.

Mit einem inspirierenden Kulturprogramm in der *JugendAkademie Segeberg*, mit ausgewählten Szenen des Theaterstücks „Frau Müller muss weg“ der Theatergruppe der JugendAkademie und Klezmermusik, hervorragend präsentiert von der Band der Musikschullehrer/-innen im Haus, ging der erste Tag zu Ende.

Nach der Vorstellung der zentralen Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen und den am Vortrag gesammelten Empfehlungen für die politische Bildung, hielt *Matthias Krupa*, *Korrespondent DIE ZEIT Büro Brüssel* einen Vortrag zum Thema „Der Friedensnobelpreis als Verpflichtung? Europäische Friedenspolitik im Europawahljahr 2014“. Ist Europa eine friedensbringende Macht? – so eine seiner ersten Fragen. Die Europäische Union ist für viele ein Vorbild. Es wird aber auch immer wieder von einem drohenden Versagen gesprochen, da sie ihren hohen Ansprüchen nicht gerecht wird. Aus diesem Grund ist

die Verleihung des Nobelpreises für viele sehr gut nachvollziehbar, für andere eine Provokation, vor allem wenn der Blick an die EU-Außengrenzen und auf die untragbare Situation dort geworfen wird. Auf Grund der Geschichte werden an Europa so hohe moralische Ansprüche gestellt, wie sonst an niemanden. *Krupa* beschreibt Europa als Ergebnis einer Friedenssehnsucht und als eine echte friedenspolitische Alternative.



Matthias Krupa, Korrespondent DIE ZEIT Büro Brüssel bei seinem Vortrag

Zentrale Themen bei der Europawahl werden die Krise, die Jugendarbeitslosigkeit und die politischen Erschütterungen in verschiedenen Ländern (Populismus, Zuwachs der rechten Parteien, Extremismus, Europaskeptizismus) sein. *Krupa* fragt, welche Konsequenzen die Krise für die Institutionen hat: Brauchen wir mehr Europa? Brauchen wir Europa überhaupt? Er sagt: „Nur wenn es der Europäischen Union gelingt, ihre Werte nach innen zu leben, kann sie die Werte nach außen tragen.“



Teilnehmende an der Podiumsdiskussion (v.l.n.r.): Peter Matthiesen, Anette Klasing, Boris Brokmeier (Moderation), Dieter Lünse und Dr. Christan Wachs

Die in den Vorträgen und Diskussionen angesprochenen Themen wurden in einer sehr lebendigen Podiumsdiskussion unter der Frage „Wie kann Frieden gelernt werden?“ noch einmal aufgegriffen. Gesprächspartner/-in waren *Anette Klasing* aus dem *Lidicehaus Bremen*, *Dieter Lünse* aus dem *Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation*, Hamburg, *Peter Matthiesen*, Oberstleutnant a. D. und *Dr. Christan Wachs* aus dem *Haus Rissen*, Hamburg. Der Bogen vom 1. Weltkrieg bis zum Friedensnobelpreis wurde auch hier noch einmal geschlagen und es wurde diskutiert, wie heute eine erfolgreiche friedenspädagogische Arbeit aussehen kann. Der 1. Weltkrieg, seine Ursachen und Auswirkungen spielen in den verschiedenen Arbeitsfeldern eine wichtige Rolle. Dabei werden immer Parallelen in die politische und gesellschaftliche Gegenwart gezogen (die Rolle des Militärs, zivile Friedenseinsätze, Gewalt im Alltag von Jugendlichen, Feindbilder, Menschenrechtsverletzungen). Deutlich wurde, dass eine Friedenspädagogik und Friedensarbeit heute andere Schwerpunkte setzen muss, als noch in den 70er und 80er Jahren, da die Konflikte andere geworden sind. Friedensbildung kann nur dann

Früchte tragen, wenn sie in einen politischen Diskurs eingebunden wird, der die Sicherung des Friedens zum Ziel hat. Langfristige Partnerschaften zwischen verschiedenen gesellschaftlichen, zivilgesellschaftlichen Akteuren – auch im internationalen Kontext – sind notwendig. Der internationale Jugendaustausch spielt dabei eine wichtige Rolle. Die politische Bildung kann zudem in anderen europäischen Ländern Anregungen für eine gelingende Friedensarbeit gewinnen.

In ihrem Schlusswort fasste *Ina Bielenberg*, Geschäftsführerin des AdB, die Diskussionen zusammen und gab einen Ausblick auf das kommende Jahr. 2014 will der AdB die Träger politischer Bildung anregen, die Auseinandersetzung mit dem ersten Weltkrieg, mit seinen Auswirkungen auf den europäischen Einigungsprozess und mit der europäischen Erinnerungskultur in den Mittelpunkt ihrer politischen Bildung zu stellen. Auf der AdB-Homepage wird eine Jahresthemenseite eingerichtet, auf der über die Aktivitäten der Mitgliedseinrichtungen berichtet wird und Hinweise auf interessante Links, Ausstellungen, Projekte und Literatur zum Jahresthema gegeben werden.

## Die AdB-Mitgliederversammlung verabschiedet die Stellungnahme „1914- 2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa“ Aktuelle Herausforderungen für die politische Bildung

Die Mitgliederversammlung des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten*, die vom 27. bis 28. November 2013 ebenfalls in der *JugendAkademie Segeberg* stattfand, griff das Thema der voran-

gegangenen Jahrestagung noch einmal auf und verabschiedete eine Stellungnahme zum Jahresthema 2014. Sie ist die Grundlage für die im kommenden Jahr geplanten Angebote und Vor-

haben politischer Bildung in den Mitgliedseinrichtungen des AdB. Im Folgenden die Stellungnahme im Wortlaut:

### AdB-Stellungnahme zum Jahresthema 2014

#### „1914- 2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa“ Aktuelle Herausforderungen für die politische Bildung

Im Sommer 2014 jährt sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum einhundertsten Mal. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) nimmt das Gedenken an dieses Ereignis zum Anlass, den Weltkrieg und seine Auswirkungen auf den europäischen Einigungsprozess in den Mittelpunkt seiner politischen Bildung zu stellen.

Mit dem Jahresthema „1914-2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa“ soll dabei weniger das historische Ereignis im Fokus stehen, sondern ausgehend von der Katastrophe des Ersten Weltkriegs soll der Zeitraum dieser einhundert Jahre zusammenhängend betrachtet werden, da das Zusammenwachsen Europas und die Entwicklung der Europäischen Union nur vor diesem Hintergrund zu verstehen sind.

Die neuartige Qualität des Krieges, die vor allem durch die Industrialisierung und den massiven Einsatz von Kriegsmaschinen, wie z. B. Kanonen und (Giftgas-) Granaten, Flugzeugen, Unterseebooten und Panzerwagen, zum Ausdruck kam, führte durch die nicht mehr vorhandene Trennung

von Zivilbevölkerung und Militärgesellschaft zu einem „totalen Krieg“, der am Ende eine unvorstellbar hohe Zahl an Kriegsverletzten, Kriegstoten und Opfern in der Zivilbevölkerung forderte.

Die Kriegsbegeisterung, wie sie Teilen der Bevölkerung vor 1914 zugeschrieben wird, ist in den demokratischen Gesellschaften Europas von heute nicht mehr nachvollziehbar. Dennoch sind auch in jüngerer Vergangenheit Kriege in Europa geführt worden, die in der Bevölkerung geduldet oder unterstützt wurden und gegen die sich kein breiter gesellschaftlicher Protest erhoben hat. Beispiele dafür sind die Balkankriege oder auch die Bürgerkriege in Nordirland und dem Baskenland.

Die Vereinigung Europas und eine damit grundlegend verbundene europäische Friedenspolitik dürfen nicht von nationalpopulistischen Parolen geleitet sein, sondern müssen in Gedächtnis und in Verantwortung vor dieser Geschichte immer wieder neu die Frage stellen, wie und womit Frieden im umfassenden Sinne gefördert werden kann.

Europäische Friedenspolitik sollte immer die Grundbedingungen friedlichen Zusammenlebens –

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – zum Maßstab ihres Handelns machen, um dem Bestreben entgegenzuwirken, Konflikte mit kriegerischen Mitteln lösen zu wollen.

Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) zu Beginn der 50er Jahre stellt eine logische Konsequenz dar, „an die Stelle der jahrhundertalten Rivalitäten einen Zusammenschluss ihrer wesentlichen Interessen zu setzen und durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft den ersten Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter Völkern zu legen, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren“, wie es in der Gründungsurkunde zum Ausdruck kommt.

Das Norwegische Nobelpreiskomitee führte in seiner Begründung zur Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union im Jahr 2012 aus, dass Deutschland und Frankreich innerhalb von 70 Jahren drei Kriege geführt haben, und stellte fest, dass heutzutage ein Krieg zwischen beiden Ländern undenkbar sei. Der Aufbau gegenseitigen Vertrauens bildet

die notwendige Voraussetzung für Frieden in Europa. Die europäische Geschichte ist auch ein Beispiel dafür, wie Krieg und (Erb-) Feindschaft durch Verständigung und Versöhnung überwunden werden können, ohne dass diese Erinnerungen aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt werden müssen.

Dazu haben auch die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung ihren Beitrag geleistet. Sie haben Werte wie Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in den Mittelpunkt ihrer Bildungsarbeit gestellt, auf nationaler und auf europäischer Ebene. Mit zahlreichen internationalen Jugendbegegnungen und Projekten, z. B. mit Frankreich, England und Polen sowie vielen weiteren europäischen Ländern, haben sie Gelegen-

heiten geschaffen, dass sich vor allem junge Menschen über die Grenzen hinweg begegnen und zentrale Anliegen des friedlichen Miteinanders bearbeiten. Die politische Bildung leistet auch einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen und kritischen Zivilgesellschaft, deren Vorhandensein geradezu Voraussetzung für die Realisierung eines umfassenden und nicht nur auf Europa bezogenen Friedensprojekts ist.

Für die politische Bildung ist die Auseinandersetzung mit den beiden Weltkriegen sowie mit deren politischen und gesellschaftlichen Ursachen und Folgen eine zentrale Herausforderung, um einen wirksamen Beitrag zur (globalen) Friedenssicherung, zur Friedenserziehung und zur Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen einer Gesellschaft

zu leisten, die in der Lage ist, Konflikte friedlich und unter Verzicht auf Gewalt zu lösen.

Der AdB regt die Träger politischer Bildung an, die Angebote historisch-politischer Bildung weiter auszubauen, zentrale Aspekte einer europäischen Erinnerungskultur – zu der wesentlich auch die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg gehört – verstärkt zu thematisieren und alle gesellschaftlich relevanten Gruppen anzusprechen. Die Vermittlung der Bedeutung von Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundlage für eine wirkungsvolle Demokratie und die Durchsetzung der Menschenrechte stellen ein zentrales Ziel der Bildungsarbeit dar.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung am 28.11.2013

Auf der Mitgliederversammlung wurden neben den jährlichen Regularien die Arbeitsplanung des AdB für das Jahr 2014 zur Umsetzung der bundeszentralen Fachaufgaben (Programm Politische Jugendbildung, Fachtagungen, Fortbildungen, bundesweite Modellprojekte), zur Durchführung der Fachkommissionen und Arbeitsgruppen sowie der europäischen und internationalen Bildung verabschiedet.

Die Mitglieder wählten einen neuen Vorstand. Der bisherige Vorsitzende, *Ulrich Ballhausen* (Weimar-Jena-Akademie, Weimar), und die bisherige stellvertretende Vorsitzende, *Ulrike Steimann* (Karl-

Arnold-Stiftung, Köln), wurden in ihren Ämtern bestätigt. Als weitere Kandidatinnen für den Vorstand standen *Bettina Heinrich* (Stiftung wannseeFORUM, Berlin), *Petra Tabakovic* (Internationaler Bund, Frankfurt a. M.) und *Birgit Weidemann* (Hoch-Drei, Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam) zur Wiederwahl sowie als Kandidaten *Udo Dittmann* (Akademie Biggensee, Attendorn) und *Martin Kaiser* (Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen, Bad Bevensen). Als neues Mitglied stand *Albert Fußmann* (Institut für Jugendarbeit, Gauting) zur Wahl. Alle Kandidatinnen und Kandidaten wurden gewählt.

An drei Thementischen wurde über die zentralen Arbeitsfelder im AdB, die *Politische Jugendbildung*, die *Europäische und Internationale Bildung* sowie die *Erwachsenenbildung* und ihre aktuelle Themen und Vorhaben berichtet. Die AdB-Mitglieder hatten die Möglichkeit, miteinander in einen Austausch zu treten und Anregungen für die Weiterarbeit im jeweiligen Arbeitsfeld zu geben. Darüber hinaus berichteten die Mitglieder über jugend- und bildungspolitische Entwicklungen in den Bundesländern und über die Lage ihrer Einrichtungen. Sie wurden zudem über aktuelle bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen auf der Bundesebene unterrichtet.

## Eigenständige Jugendpolitik muss Interessenspolitik für Jugendliche sein Positionspapier des AdB vom Vorstand verabschiedet

*Positionen des AdB zu den Grundsätzen und Zielen einer Eigenständigen Jugendpolitik der Bundesregierung*

Die Bundesregierung entwickelte im Rahmen der Umsetzung des Koalitionsvertrags das Konzept einer eigenständigen Jugendpolitik, die ressortübergreifend wirken soll und isolierte Betrachtungen einzelner Teilaspekte jugendlicher Lebenszusammenhänge vermeiden will. Die Eigenständige Jugendpolitik soll „die typischen Herausforderungen und Ambivalenzen des Jugendalters und ihre institutionellen Entsprechungen thematisieren“, so das Grundsatzpapier zur Eigenständigen Jugendpolitik.

*1. Der AdB begrüßt und unterstützt den Prozess der Eigenständigen Jugendpolitik*, um die Interessen junger Menschen an gesellschaftlicher Teilhabe und Generationengerechtigkeit, für bessere Bildungschancen für alle und gute Bedingungen zum Einstieg in das Erwerbsleben besser in politisches Handeln zu transformieren. Die Lebensphase Jugendlicher muss als Ganzes in den Blick des politischen Handelns genommen werden, um junge Menschen nicht zwischen die Mühlsteine unterschiedlicher Ressorts geraten zu lassen. Eigenständige Jugendpolitik muss daher mehr als nur Querschnittspolitik sein. Sie muss aus der Perspektive junger Menschen und in ihrem Interesse politische Ziele formulieren und umsetzen. Eine bloße „Unterstützung Jugendlicher bei ihrer Suche nach Orientierung“ (vgl. Grundsatzpapier) greift zu kurz. Die politischen Akteure zur Umsetzung der Eigenständigen Jugendpolitik müssen benannt und ihre Rolle definiert sein.

*2. Eigenständige Jugendpolitik braucht Gestaltungshoheit.* Eine „eigenständige“ Jugendpolitik muss den Anspruch erheben, nicht als Anhängsel anderer Politikfelder zu fungieren oder fremdbestimmt zu sein. Eine nicht-eigenständige Jugendpolitik als Gegenbild wäre z. B. eine Arbeitsmarkt- oder Schulpolitik, die sich aufgrund ihres normativen Charakters indirekt auf die Lebenslagen Jugendlicher auswirken würde. Die Eigenständigkeit eines Politikfelds ist gegeben, wenn die für dieses Politikfeld zuständigen Akteure eine Gestaltungs- und Steuerungshoheit besitzen und nicht von anderen Akteuren oder Politikfeldern abhängig sind.

Im Falle einer kohärenten eigenständigen Jugendpolitik müssen Akteure und Gestalter bestimmt sein, die „eigenständig“ auf der exekutiven Ebene operieren. Da Jugendpolitik vornehmlich im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelt ist, aber nicht das gesamte Feld von Jugendpolitik abdeckt, muss die Frage der Steuerung eindeutig beantwortet werden, um eine umfassende Gestaltungshoheit zu erzielen. Eine eigenständige Jugendpolitik zeichnet sich folglich durch eine ressortübergreifende Zielsetzungs- und Handlungsstrategie aus, die strukturell auf der exekutiven und legislativen Ebene organisiert werden muss.

*3. Die politische Jugendbildung benötigt eine engagierte Jugendpolitik*, die nicht an die Interessen Dritter geknüpft ist, sondern ausschließlich auf die Verbesserung der Chancen junger Menschen ausgerichtet ist. Der eigenständige Charakter jugendpolitischer Initiativen wird aus

Sicht der politischen Jugendbildung dann deutlich, wenn die Verbesserung der Beteiligungschancen Jugendlicher aus deren Perspektive heraus angestrebt wird und echte demokratische Partizipationsmöglichkeiten bietet. Der AdB unterstützt eine Jugendpolitik, die jungen Menschen insbesondere auf kommunaler Ebene ein tatsächliches Mitscheidungsrecht in allen Belangen und Entscheidungen, die Jugendliche betreffen, zusichert. Das betrifft vor allem Gremien, wie z. B. Jugendhilfeausschüsse und Jugendausschüsse in Gemeinden. Die Sitzungskultur dieser Ausschüsse muss sich darüber hinaus stärker an die Kultur junger Menschen anpassen.

Der AdB fordert dazu auf, mit der Eigenständigen Jugendpolitik der Verpflichtung aus Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention nachzukommen und Kinder in allen sie betreffenden Angelegenheiten umfassend einzubinden. Der AdB unterstützt darüber hinaus einen öffentlichen Diskurs über die Absenkung des Wahlalters bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen auf 16 Jahre, weil er in der Ausübung des aktiven Wahlrechts die stärkste und verfassungsgemäß am besten abgesicherte Form der Partizipation in der Demokratie sieht.

*4. Eigenständige Jugendpolitik betrifft alle Ebenen der Politik*

Der Ansatz, eine Jugendpolitik zu entwickeln, die nicht defizitorientiert ist, sondern die Interessen aller jungen Menschen vertritt, wird ausdrücklich unterstützt. Darüber hinaus muss eine eigenständige Jugendpolitik auch die Wahrnehmung und Durchsetzung von Interessen zum Ziel haben, um glaubwürdig zu sein. Das „aktive Einbringen der Interessen Ju-

gendlicher in den Dialog der Generationen“ reicht nicht aus.

Die drei aktuell ausgewählten Themenbereiche, die als wichtige jugendpolitische Anwendungsfelder zur Etablierung einer Eigenständigen Jugendpolitik bearbeitet werden sollen, sind:

- Schule und außerschulische Lern- und Bildungsorte,
- Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum,
- Übergangsgestaltung von der Schule in die Arbeitswelt.

Sie korrespondieren mit der Themensetzung der im Jahr 2011 beschlossenen EU-Jugendstrategie und greifen zentrale Bereiche des Aufwachsens junger Menschen auf, die bisher nicht alle als originäre Felder der Jugendpolitik betrachtet wurden. Aus dem Blickwinkel der politischen Bildung sollten zukünftig weitere Themenschwerpunkte bearbeitet werden, um der Vielfalt des jugendpolitischen Handlungsrahmens gerecht zu werden. Die Eigenständige Jugendpolitik darf aber nicht als nationale Umsetzungsstrategie der EU-Jugendstrategie instrumentalisiert werden, da diese eine „Verwertbarkeit“ von Jugendarbeit für die Arbeitswelt darstellt und folglich auch nicht eigenständig sein kann.

Die Einbeziehung von Schulpolitik durch die Betrachtung des

Lernortes Schule macht Kooperationen mit allen Bundesländern als Hoheitsträger der Kultuspolitik erforderlich. Die Verbesserung der Beteiligungschancen, die primär im direkten Lebensumfeld Jugendlicher auszumachen sind, bedarf der Einbeziehung der Kommunen bzw. der kommunalen Spitzenverbände. Wenn es um bessere Bedingungen für die Gestaltung des Übergangs junger Menschen in die Arbeitswelt geht, müssen arbeitsmarktpolitische Bedingungen verändert werden, die nur mit den arbeitsmarktpolitischen Akteuren erreicht werden können.

*5. Projektinnovationen müssen in die Eigenständige Jugendpolitik einfließen.* Die Vielzahl der im Rahmen des Innovationsfonds geförderten Projekte mit maximal zweijähriger Laufzeit entwickeln u. a. Konzepte der politischen Jugendbildung jenseits der Vorgaben des Kinder- und Jugendplans weiter und sorgen so für innovative Ideen in diesem Arbeitsfeld, deren Ergebnisse und Erkenntnisse in den jugendpolitischen Prozess eingespeist werden müssen. Die Gewinnung neuer Kooperationspartner außerhalb der Jugendarbeit als zentrale Bedingung des Innovationsfonds kann einen wichtigen Beitrag zur Verzahnung der Jugendarbeit mit anderen gesellschaftlich relevanten Themenfeldern schaffen, die für die Ausrichtung einer eigenständigen Jugendpolitik von Bedeutung sein können.

Die Regelförderprogramme zur außerschulischen Bildung müssen diesen Innovationscharakter für die Träger ebenfalls stärker ermöglichen und entsprechend flexibilisiert und weiterentwickelt werden.

*6. Eine eigenständige Jugendpolitik bezieht die Bildungspolitik mit ein und schafft Bedingungen für eine sinnvolle Zusammenarbeit von formaler und non-formaler Bildung, mit dem Ziel, kohärente Bildungskonzepte für politisches Lernen, Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement zu entwickeln. Sie entwickelt eine politische Strategie, die eine langfristige finanzielle Förderung außerschulischer Bildungseinrichtungen absichert, um gleiche Bedingungen für schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen zu schaffen. Die kontinuierliche Zusammenarbeit beider Institutionen kann nur auf der Basis kontinuierlicher Förderperspektiven erreicht werden.*

*Der AdB sieht in der außerschulischen Jugendbildung mit ihrem zentralen Ziel der Befähigung junger Menschen zur politischen Teilhabe in der Gesellschaft, ohne Zweckbindung an berufliche Verwertbarkeit und Lernleistung, eine unterstützende Funktion bei der Formierung einer eigenständigen Jugendpolitik, wenn diese ausschließlich den Interessen jugendlicher Lebenslagen und Zukunftsperspektiven verpflichtet ist.*

**Betriebs- und Organisationsformen von Bildungseinrichtungen  
Kommission Verwaltung und Finanzen**

Die Mitglieder der Kommission Verwaltung und Finanzen traf sich zu ihrer Herbstsitzung am 17. und 18. September 2013 im Haus Rissen in Hamburg. Nach

offenen und aufschlussreichen Berichten aus den Einrichtungen sowie den Informationen aus den Bundesländern und dem AdB wurde dem Erfahrungsaus-

tausch über den Umgang mit den neuen Richtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) Raum gegeben. Im Hinblick auf die anstehende Sitzung des





Runden Tisches der bpb wurden Rückmeldungen gesammelt.

Als zusätzlicher Tagesordnungspunkt wurde die Unterstützungsanfrage des AdB-Vorstands zu Fragen des Kompetenzerwerbs in der politischen Bildung einge-

bracht. Die Teilnehmenden diskutierten Fragen der Zertifizierung und sammelten erste Aspekte zur Entwicklung einer verbandlichen Positionierung.

Den inhaltlichen Schwerpunkt der Sitzung bildete das Thema

„Grundsätzliche Organisationsmerkmale von Einrichtungen“ aus dem Themenbereich „Betriebs- und Organisationsformen“. Drei Mitglieder der Kommission stellten die institutionellen, strukturellen und personellen Merkmale ihrer Bildungseinrichtungen vor und wiesen auf Besonderheiten hin. So betonten alle drei Vertreter die Bedeutung der Vernetzung ihrer Einrichtungen in der Region und darüber hinaus. Als ein Instrument für die Bindung von „Brückenpersonen“ wurde die Bildung von Beiräten genannt.

Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass in einigen Häusern ein Generationenwechsel ansteht, der gestaltet werden muss. Wie solche personellen Wechsel zu managen sind und wie dem Verlust von Erfahrungswissen begegnet werden kann, soll ein Thema der nächsten Sitzung sein.

### Organisationsformen und Steuerpflichten für Bildungseinrichtungen Erfolgreiche AdB-Fachtagung in Hamburg

Vom 18. bis 19. September 2013 fand im Anschluss an die Sitzung der Kommission Verwaltung und Finanzen die Fachtagung „e.V.? gGmbH? Stiftung? oder was? – Organisationsformen und Steuerpflichten für

Bildungseinrichtungen“ statt. Insgesamt 30 Teilnehmende aus verschiedenen Bildungseinrichtungen waren der Einladung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten ins Haus Rissen nach Hamburg gefolgt.

Die Referentin *Anja Knoop* und die Referenten *Dr. Torsten Glockemann* und *Dr. Jörg Verstl* von der Hamburger Sozietät *ASG/Asche Stein Glockemann Verstl Wiezoreck* führten kompetent durch die Fachtagung. Nach einer kurzen Darstellung der möglichen Rechtsformen von Bildungseinrichtungen und deren Besteuerung folgten Informationen zur Gemeinnützigkeit. „Jede Körperschaft kann als gemeinnützig anerkannt werden, wenn die Voraussetzungen der Abgabenordnung erfüllt sind.“ So lautet der Grundsatz des Gemeinnützigkeitsrechts. Diese Aussage wurde anhand abgabenrechtlicher Voraussetzungen für die Gemeinnützigkeit – die Förderung gemeinnütziger, mildtätiger oder



kirchlicher Zwecke, die Selbstlosigkeit, die Ausschließlichkeit und die Unmittelbarkeit – erläutert und mit Beispielen zur zeitnahen Mittelverwendung und Rücklagenbildung unterlegt. Die vier Sphären einer gemeinnützigen Körperschaft – ideeller Bereich, Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb, wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb – wurden anhand von praxisnahen Beispielen erklärt. Zum Abschluss des ersten Tages zeigten die Referentinnen

und Referenten Möglichkeiten und Grenzen von Umstrukturierungen zur Kostenverlagerungen und Kosteneinsparung auf, erörterten die Möglichkeit der Kostenreduzierung durch Kooperationen und wiesen auf die wichtigsten Änderungen im Ehrenamtsstärkungsgesetz hin.

Der zweite Tag war der Umsatzbesteuerung von Bildungseinrichtungen gewidmet. Nach Erläuterung der Grundsätze im Um-

satzsteuergesetz konnten die Teilnehmenden anhand von Fallbeispielen Kenntnisse zur umsatzsteuerlichen Behandlung von Teilnahmegebühren, Unterkunft und Verpflegung erarbeiten und lernten Gestaltungsmöglichkeiten durch Vorsteuerabzug kennen. Mit Ausführungen zum Zusammenspiel von EU-Normen und nationalem Recht und einem Ausblick auf aktuelle Trends in der Gesetzgebung und Rechtsprechung endete die informative Tagung.

**Geschlechtergerechte Partizipation in der Jugendarbeit  
Kommission Mädchen- und Frauenbildung diskutiert Ergebnisse des Modellprojektes „fair\_play“**



Die Kommission Mädchen- und Frauenbildung traf sich zu ihrer eintägigen Herbstsitzung am 24. September 2013 in Hannover. Im Mittelpunkt der Sitzung stand das Projekt „fair\_play“. Es handelt sich dabei um ein Kooperationsprojekt der BAG Jungenarbeit und der BAG Mädchenpolitik zur Weiterentwicklung eines gendergerechten Partizipationsansatzes in der Jugendarbeit. Die beiden Projektleiter *Dr. Claudia Wallner* und *Michael Drogand-Strud* erläuterten den Kommissionsmitgliedern Arbeitsweise und Ergebnisse des Modellvorhabens. Sie stellen die insgesamt sechs Pra-

xisprojekte ausführlich vor, die modellhaft auf unterschiedliche Art und Weise Partizipation unter Gender-Gesichtspunkten erproben. Als zentrale Erkenntnisse aus diesen Praxisprojekten konnte u. a. festgehalten werden, dass

- das Erreichen von Jungen schwieriger ist als von Mädchen bei freier Ausschreibung des Partizipationsprojekts;
- der Zugang zu Jugendlichen über für sie wichtige Themen der Jugendphase geht: Liebe, Gerechtigkeit, Dazugehören, Anerkennung von Verschiedenheit, Respekt, Gewalt;

- die Möglichkeit der Partizipation gerade von ausgegrenzten Jugendlichen nicht ernst genommen/nicht geglaubt wird – das Vertrauen in Partizipation muss erarbeitet werden als Teil des Prozesses;
- Fachkräfte sehr unterschiedliche Verständnisse von Partizipation haben: als Beteiligung von Jugendlichen bei der Planung und Durchführung eines Projekts oder als Thema im Projekt selbst.

Die Projektergebnisse sind unter <http://www.bag-jungenarbeit.de> nachzulesen.

Die Kommissionsmitglieder diskutierten den Partizipationsbegriff des Projekts vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen und Konzepte. Die Vielschichtigkeit des Begriffs wurde auch hier sichtbar. Wichtig war der Kommission dabei, insbesondere die politische Partizipation von Jugendlichen zu stärken.

**Migration Macht Geschichte**

**Kommission Jugendbildung verabschiedet Diskussionspapier zur historisch-politischen Bildung**

Die Kommission Jugendbildung hat bei ihrer Herbstsitzung vom 1. bis 2. Oktober 2013 im *Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter* das von einer Arbeitsgruppe erstellte Diskussionspapier „Migration Macht Geschichte“ beschlossen. Damit wird ein wichtiger Impuls für die historisch-politische Bildungsarbeit gegeben. Die Kommission regt an, Ansätze multiperspektivischer Geschichtsbearbeitung stärker in Seminaren und bei Exkursionen zu historischen Lernorten zu berücksichtigen und die Diskussion darüber zu befördern. Sie macht deutlich, dass es in einer Migrationsgesellschaft keine homogenen Lerngruppen gibt, sondern

die Konstruktion von Geschichte vielmehr einer partizipativen Dimension bedarf. Persönliche Biografien müssen Eingang in die gesellschaftliche Geschichtsschreibung erhalten, um eine gegenseitige Bereitschaft der Integration bzw. Inklusion zu ermöglichen.

Des Weiteren befasste sich die Kommission mit dem Auftrag des Vorstands, ein Meinungsbild über die Notwendigkeit der Dokumentation individueller Lernergebnisse zu erstellen. Sie griff damit die aktuelle Diskussion in der außerschulischen Jugendbildung auf, die sich mit der Verwertbarkeit non-formaler und informell erworbener Kompeten-

zen befasst. Die Mitglieder äußerten eher kritische Aspekte, die u. a. eine Trennung von Lernangebot und Ort der Kompetenzermittlung für geboten halten. Die Verwertbarkeit und Ausrichtung von Zertifikaten erscheint der Kommission zu unklar. Die Kernkompetenz politischer Bildungsarbeit wird überwiegend in der Vermittlung gesellschaftspolitischer Handlungs- und Partizipationskompetenz gesehen, die weder als prüfbar noch zertifizierungsfähig erscheint. Es wird darauf hingewiesen, dass (politische) Bildung auch zukünftig zweckfrei sein sollte.

**Stipendiatinnen und Stipendiaten informieren sich beim AdB über die Landschaft politischer Bildung in Deutschland**

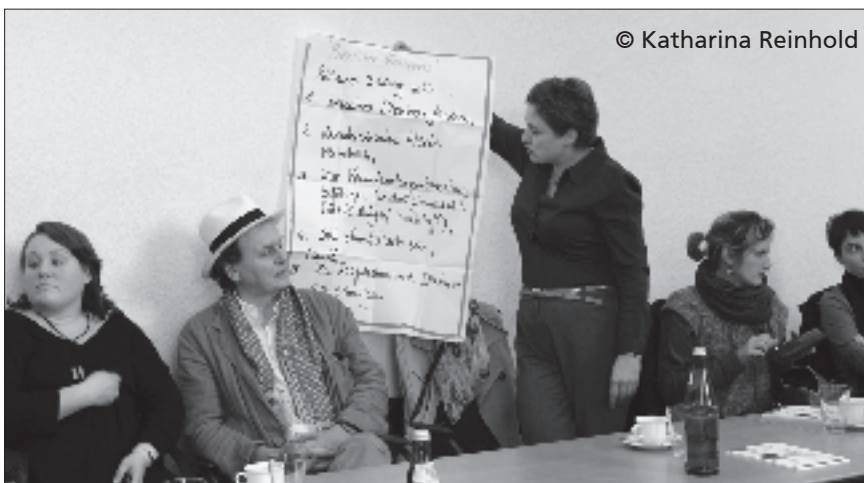
**Stipendienprogramm „Europa gestalten – Politische Bildung in Aktion“**

Zum ersten Mal konnte der AdB eine Gruppe von Stipendiatinnen und Stipendiaten im Rahmen ihres Einführungsseminars in das Programm „Europa gestalten – Politische Bildung in Aktion“ am 7. Oktober 2013 im Haus der

Jugendarbeit und Jugendhilfe e. V. am Mühlendamm in Berlin begrüßen.

In den Jahren 2013/2014 werden von der *Bundeszentrale für politische Bildung* (bpb) und der *Robert*

*Bosch Stiftung* bereits zum sechsten Mal Stipendien an junge Fachkräfte der politischen Bildung aus Südost- und Mittel-/Osteuropa vergeben. Die Teilnehmer/-innen kommen u. a. aus Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten haben die Gelegenheit, zwei bis drei Monate an einer deutschen Bildungseinrichtung zu hospitieren, mit ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen zusammenzuarbeiten, Projekte zu entwickeln und Kontakte für künftige grenzüberschreitende Kooperationen zu knüpfen. Das Programm ist ein wichtiger Baustein für die Vernetzung der politischen Bildung in Europa.



© Katharina Reinhold

Stipendiatinnen und Stipendiaten erarbeiteten den „Berliner Konsens“

Auch Mitgliedseinrichtungen des AdB sind an diesem Programm

beteiligt: *HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg, Akademie Frankenwarte, die Bildungsstätte „Der Heiligenhof“, die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, die Historisch-ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V., das Max Mannheimer Studienzentrum Dachau und das Studienhaus Wiesneck.*

*Boris Brokmeier, stellvertretender Geschäftsführer und Referent für Jugend- und Fortbildung in der Geschäftsstelle des AdB, berichtete über die Landschaft der freien Träger politischer Bildung in Deutschland und gab einen Einblick in die historischen Entwicklungen und die Finanzierung von Seminaren, Tagungen und Projekten außerschulischer politischer*

Bildung. Die politische Bildung zeichnet sich durch eine große Vielfalt aus, durch die Pluralität der Träger, Themen, Methoden und Orte. *Boris Brokmeier* zeichnete das Bild einer lebendigen Szene politischer Bildung, die einen zentralen Stellenwert neben der staatlichen politischen Bildung hat.

**Aus dem Maschinenraum der EU-Förderung – Informationsveranstaltung: „Es rumpelt in der Kiste ... Politische Bildung in der neuen Generation der EU-Programme 2014-2020“**

Wie können wir rechtzeitig fit werden für die zukünftige Generation der EU-Programme, die zum ersten Januar 2014 startet und uns bis Ende 2020 begleitet? Das war die Fragestellung, unter der sich 25 Interessierte aus den AdB-Mitgliedseinrichtungen und darüber hinaus am 2. Dezember 2013 in der Alten Feuerwache Berlin zusammenfanden. EU-geförderte Angebote gehören für viele Bildungsstätten zu einem Kernbestandteil ihrer Bildungsarbeit. Mit der neuen Generation der EU-Programme wird sich dies nicht wesentlich ändern, wohl aber ist absehbar, dass sich Veränderungen in den grundsätzlichen Fragestellungen zur Förderung anbahnen. Auf die sollte man rechtzeitig vorbereitet sein.

Die Referierenden *Dr. Helle Becker, Expertise & Kommunikation*, und *Georg Pirker, AdB*, wagten mit den Teilnehmenden einen Blick hinter die Kulissen und ins zum Teil noch Spekulative, Ungewisse der zukünftigen Programme. Die neue Generation der Jugend- und Bildungsprogramme – zusammengefasst unter dem Namen Erasmus+ – ist für die Anliegen politischer Bildung systemrelevant und verdient besonderes Augenmerk.



Dr. Helle Becker und Georg Pirker informieren über die neue Programmgeneration

Seminarförderung durch EU-Mittel als Substitution wird absehbar nicht mehr lange funktionieren. Daher geht es darum, sich rechtzeitig strategisch auf die Logik der neuen Programme vorzubereiten. Einige Eckpunkte bieten dabei europäische Entwicklungspläne und die für alle Bereiche gleiche Programmlogik und Ausdifferenzierung (siehe dazu auch den Beitrag von Georg Pirker in diesem Heft).

Auch um die große Nachfrage zu bedienen, ist eine zweite

Veranstaltung für Anfang 2014 geplant. Vom 2. bis 6. Februar 2014 kann man sich im Rahmen der internationalen Beratungswoche im AdB zudem zu Einzelberatungsgesprächen bei *Georg Pirker*, Referent für internationale Bildungsarbeit im AdB, mit Projektideen, Konzepten und Fragen zur EU-Förderung anmelden. Zudem wird der AdB die Einführung der neuen EU-Förderprogrammgeneration mit einem erweiterten Beratungs- und Informationsangebot begleiten.

## Welchen Platz wird europäische Demokratiebildung künftig in Europa haben?

Im Rahmen der Woche für Lebenslanges Lernen vom 2. bis 6. Dezember 2013, die von der Europäischen Plattform zivilgesellschaftlicher Organisationen im Bereich des Lebenslangen Lernens (EUCIS-LLL) im Europaparlament veranstaltet wurde, war *Georg Pirker*, Sekretär des DARE-Netzwerks, als europäischer Experte für non-formale politische und Menschenrechtsbildung am 2. Dezember 2013 zu einem Roundtable mit Vertreterinnen und Vertretern europäischer Forschung, Bildungspraxis und europäischer Politik im Europäischen Parlament in Brüssel eingeladen.

Bei dem Expertengespräch ging es um die Frage, welchen Platz europäische Demokratiebildung künftig in der EU haben wird. *Renate Weber*, Mitglied im Europäischen Parlament, leitete das Gespräch mit einem Eingangsstatement zur Lage der Demokratie und Zivilgesellschaft ein. Es wurde offenkundig, dass die Vertreter/-innen des Europäischen Parlaments mit Blick auf die Europawahlen befürchten, dass es den rechtspopulistischen Bewegungen europaweit gelingen wird, auf breiter Front ins Europäische Parlament einzumarschieren.

*Renato Girelli*, Vertreter der Europäischen Kommission, pflichtete ihrer Analyse bei. Eine Reduzie-

rung der Europäischen Union auf wirtschaftliche Angelegenheiten gehe am Bedarf Europas völlig vorbei. Angesichts der Desintegrationsprozesse muss die Kommission dringend auf demokratische Defizite und Fehlentwicklungen eingehen. Inwieweit dies mit der Fokussierung der neuen europäischen Förderprogramm-Generation gelingen kann, ist allerdings fraglich.

Die von Seiten des Europäischen Parlaments aufgebraachte Fragestellung nach Erhöhung der Wahlbeteiligung durch Bildungsarbeit ist eine typische politische Forderung. *Georg Pirker* kommentierte sie mit den Ergebnissen aus der Evaluation des EU-Programms „Jugend in Aktion“, bei der eine signifikant höhere Bereitschaft junger Menschen, sich zu beteiligen, sichtbar wurde. Er verwies jedoch auch auf die Frage, die sich aus den SINUS-Milieustudien und Shell-Studien ergibt, ob das andere Verständnis von politischer Beteiligung bei den Jugendlichen nicht dazu führen müsse, politische Partizipation neu zu denken.

Im Rahmen der Diskussion wurden von Aktivistinnen und Aktivisten und Lehrenden unterschiedliche europapolitische Bildungssettings aus dem non-formalen und formalen Bereich vorgestellt. Deutlich wurde, dass

die Standards europapolitischer Bildungsarbeit im formalen Bildungssektor erschreckend weit hinter die der außerschulischen Bildung zurückfallen. Freilich verhindern die Projektförderung außerschulischer Bildung wie auch die Eigenlogik formaler Bildungscurricula ein konzeptionell kohärenteres Zusammenwirken, das allerdings sehr wünschenswert wäre. Innovation in dieser Hinsicht ist auf allen Seiten erwünscht.

*Georg Pirker* verwies in seinem Statement und in Diskussionsbeiträgen auf die Möglichkeiten und Grenzen von Kooperationen außerschulischer und schulischer Bildung und bezog sich dabei insbesondere auf die Erfahrungen im Rahmen des AdB-Jugendbildungsprogramms. Zudem ging er ausführlich auf die Fragestellung nach Messbarkeit von Bildungsleistung im Bereich Europäischer Citizenship Education ein und verwies auf den Widerspruch zwischen Langzeitwirkung und kurzfristiger Projektförderung. Er plädierte für einen kohärenten Ansatz in der EU-Grundrechtspolitik, die Diskriminierung im Sinne *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* betrachtet anstatt jeweils anlassbezogen einzelne gegeneinander auszuspielende Bereiche von Diskriminierung aufgreift.

## „Bildungsraum Austausch“ erfolgreich gestartet

Kurz vor Jahresende starteten der AdB und die *Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW)* am 5. und 6. Dezember 2013 ihr deutsch-russisches Qualifizierungsprojekt „Bildungsraum Aus-

tausch“ mit dem ersten der drei geplanten Module.

Das unter Federführung von *Eric Wrasse*, pädagogischer Leiter der EJBW, durchgeführte Projekt befähigt deutsche und russische

Partner zu deutsch-russischen Kooperationen. Im Mittelpunkt stehen demokratiepädagogische Fragestellungen in der internationalen Zusammenarbeit. Ausgehend von gruppenspezifischen und interkulturellen Methoden

erarbeiten sich die Teilnehmenden ein fundiertes Wissen für Zugänge zu politischer Jugendbildungsarbeit, um gemeinsame Kooperationen zu vertiefen. Dabei spielen drei Aspekte eine wichtige Rolle: Erstens der Umgang mit dem politischen Wandel als Herausforderung und Chance für gemeinsame Bildungsprojekte, zweitens die vertiefte Kooperation außerschulischer und schulischer Bildungsarbeit, drittens der Umgang mit Validie-



rungs- und Zertifizierungsinstrumenten zur Darstellung von Lernprozessen und die dementsprechende Einbettung von demokratiepädagogischen Settings.

Zum ersten Seminarmodul haben sich 40 Vertreter/-innen deutscher und russischer NGO's und Schulen in der *EJBW* angemeldet. Drei Teilnehmende kamen aus AdB-Mitgliedseinrichtungen. Das 2. und das 3. Modul werden für 2014 frühzeitig ausgeschrieben. Das Projekt „Bildungsraum Austausch“ baut auf den Erfahrungen des gleichnamigen Pilotprojekts der *Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch (DRJA)* auf.

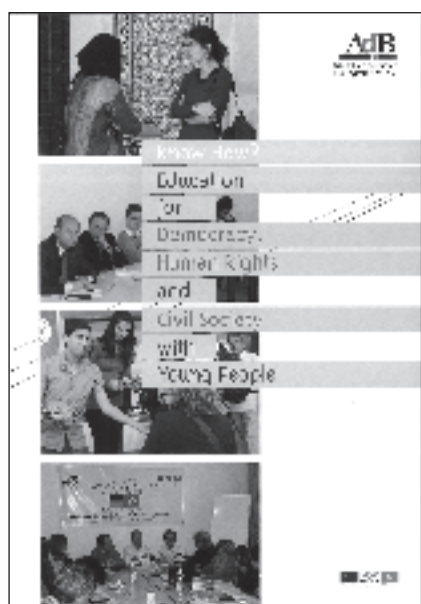
**Die Außerschulische Bildung gratuliert! Drei Einrichtungen im Netzwerk des AdB feierten ihr Jubiläum**

Ihr 20jähriges Bestehen feierte die *Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern e. V.* am 26. September 2013. Sie lud ein zu einer „Festlichen Sitzung“ u. a. mit einem Festvortrag von *Ministerpräsident a. D. Lothar de Maizière* zum Thema: „Vom Fall der Mauer bis zur Wiedervereinigung – deutsch-deutsche Erfah-

rungen“. Das *IKAB-Bildungswerk e. V., Institut für angewandte Kommunikationsforschung in der Außerschulischen Bildung* hat sein 35jähriges Gründungsjubiläum mit einem internationalen Colloquium am 9. November 2013 gefeiert. Mit dieser Veranstaltung sollte eine Bilanz der interkulturellen Bildungsarbeit und Forschung im europäischen Kontext

gezogen und neue Denkanstöße für die Zukunft gegeben werden. Das *Internationale Forum Burg Liebenzell* feierte am 22. November 2013 sein 60jähriges Jubiläum mit einer Veranstaltung, in der u. a. *Professor Dr. Henri Ménudier* von der *Universität Paris* einen Vortrag zum Thema „Kleines Modell für ein großes Europa“ hielt.

**Neue Publikationen aus dem AdB und seinen Mitgliedseinrichtungen**



Im November ist die vom *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* herausgegebene Broschüre „Know How? Education for Democracy, Human Rights and Civil Society with Young People“ erschienen. Sie präsentiert Ergebnisse und Erfahrungen der deutsch-tunesischen Kooperation zwischen dem AdB und der *Unite Euromed IV Jeunesse, Tunis*. Der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen nahmen 2012 den Kontakt zu

tunesischen NGOs auf, führten zwei deutsch-tunesische Fachforen sowie sechs Projekte durch. Die Vorhaben wurden durch das *Auswärtige Amt* finanziert, das im Rahmen der Transformationspartnerschaften Mittel für Jugendaustausche zur demokratischen Jugendbildung zur Verfügung stellte.

Download der Broschüre: <http://www.adb.de/projektdokumentationen>



Zum Abschluss des AdB-Projekts „Blended Learning Democracy“ ist eine Handlungshilfe für Fortbildner/-innen, Dozentinnen und Dozenten und pädagogische Mitarbeiter/-innen erschienen. Unter dem Titel „Stadt – Land – Web. Jugendliche gestalten Parti-

zipation vor Ort im Netz“ werden Projektideen sowie Methoden und Tools zum Einsatz sozialer Medien in der politischen Bildung vorgestellt.

Download:

[www.adb.de/projektdokumentationen](http://www.adb.de/projektdokumentationen)

Die *Konrad-Adenauer-Stiftung* und die *Andrássy Universität* führten im Frühjahr an der *Andrássy Universität Budapest* eine gemeinsame Fachtagung zum Thema „Perspektiven der Erinnerungskultur in Europa“ durch. Nun ist der Konferenzband, herausgegeben von *Frank*

*Spengler, Hendrik Hansen und Manfred Wilke*, erschienen. Die Autoren der Publikation befassen sich mit der deutschen, ungarischen und europäischen Perspektive der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und des Kommunismus und setzen sich mit der Prägung der

Menschen, die weder Täter noch Opfer im engeren Sinne waren, durch die Diktaturerfahrung auseinander.

Download der Broschüre:

<http://www.kas.de/ungarn/de/publications/35660/?src=nl13-09>  
(Kurz-URL: <http://bit.ly/1ei6UHe>)

Am 2. Dezember 2013 wurde die von der *Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.* herausgegebene Studie mit dem Titel „Europa – Nein Danke?“ vorgestellt. Sie widmet sich dem Zulauf der rechtspopulistischen Parteien in vielen Ländern Europas. Deutlich wird, dass neben den einwanderungs- und fremdenfeindlichen Parolen zunehmend auch euroskeptische und antieuropäische Positionen artikuliert werden. In der von *Karsten Grabow* und

*Florian Hartleb* verfassten Studie werden wesentliche Merkmale rechtspopulistischer Parteien, ihre zentralen Themen und Mobilisierungsstrategien sowie die Entstehungsbedingungen rechter Gruppen herausgearbeitet. Als Konsequenz aus den Ergebnissen der Studie, werden Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung rechts- und nationalpopulistischer Tendenzen an Volksparteien in Europa gegeben. Hier plädieren die Autoren

u. a. für mehr Verständlichkeit, Glaubwürdigkeit, Transparenz der Volksparteien und für eine konkrete thematische Auseinandersetzung mit rechts- und nationalpopulistischem Gedankengut. Sie fordern die Bekämpfung der sozialen Exklusion. Die Vorteile und auch die Erfolge der Europäischen Integration sollen nachvollziehbarer kommuniziert werden.

Quelle und Download der Studie:

<http://www.kas.de/wf/de/33.36200/>

## Personalien

Während der diesjährigen Mitgliederversammlung des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten*, die vom 27. bis 28. November 2013 in der *JugendAkademie Se-*



Ulrich Ballhausen wurde als Vorsitzender des AdB bestätigt

geberg stattfand, wurde ein neuer Vorstand gewählt.

Der bisherige Vorsitzende, **Ulrich Ballhausen**, Weimar-Jena-Akademie, Weimar, und die bisherige stellvertretende Vorsitzende, **Ulrike Steimann**, Karl-Arnold-Stiftung, Köln, wurden in ihren Ämtern bestätigt. Als weitere Mitglieder im Vorstand wurden **Bettina Heinrich**, Stiftung wannseeFORUM Berlin, **Petra Tabakovic**, Internationaler Bund Frankfurt a. M. und **Birgit Weidemann**, HochDrei, Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam, sowie **Udo Dittmann**, Akademie Biggensee, Attendorn, und **Martin Kaiser**, Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen, Bad Bevensen bestätigt. Neu in den Vorstand gewählt wurde **Albert Fußmann**, Institut für Jugendarbeit, Gauting.

Auf der AdB-Mitgliederversammlung wurde **Ingeborg Pistohl** am 27. November 2013 offiziell verabschiedet. Sie war bis Ende August 2013 Referentin für Öffentlichkeitsarbeit in der Geschäftsstelle des AdB und Redakteurin der Fachzeitschrift *Außerschulische Bildung*.

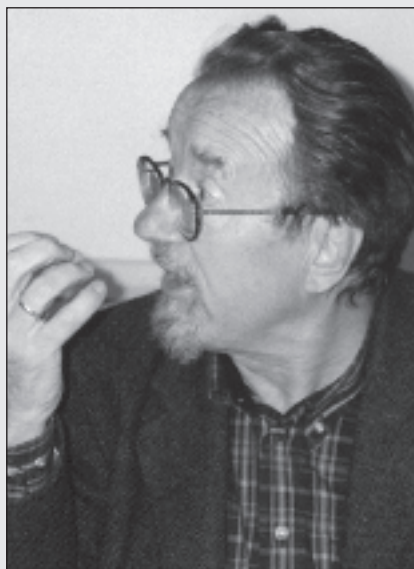


Ingeborg Pistohl und der Herausgeber der *Außerschulischen Bildung* Paul Ciupke

### Professor Dr. Heinz-Hermann Schepp verstorben

Seine 1963 erschienene empirische Studie „Offene Jugendarbeit. Jugendhöfe und Jugendgruppenleiterschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin“ thematisierte als erste die Arbeit der in den 1940er und 1950er Jahren gegründeten Jugendbildungsstätten und kann zugleich auch als ein frühes Dokument des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten bewertet werden, denn diese Arbeit ging unter anderem aus einer internen Umfrage des Arbeitskreises Jugendbildungsstätten hervor.

Wie viele seiner Zeitgenossen war auch Schepp bündisch geprägt, in der Nachkriegszeit gehörte er der Deutschen Jungenschaft an. Später dann wurde er der erste Leiter des Jugendhofs Steinkimmen, den es heute nicht mehr gibt, der aber als eine der wichtigsten Experimentierstätten po-



Heinz-Hermann Schepp Mitte der 90er Jahre bei einem Studienseminar zur Geschichte der Jugend- und Erwachsenenbildung der 1950er Jahre

litischer Jugendbildung in der Geschichte der Bundesrepublik gelten darf. Einer seiner Nach-

folger in Steinkimmen war dann Hermann Giesecke.

Schepp war Gründungsmitglied des AdB, von 1959 bis 1963 gehörte er außerdem dem AdB-Vorstand an und von 1963 bis zu seiner Auflösung 1977 dem Pädagogischen Beirat.

Als Pädagoge wirkte Heinz-Hermann Schepp viele Jahre an der Pädagogischen Hochschule und der Universität Göttingen. Ein für ihn wichtiger akademischer Lehrer war der deutsch-jüdische Soziologe und Politologe Siegfried Landshut. Zu den Themen, die er kontinuierlich bearbeitete und über die er schrieb, gehörte immer wieder auch die Jugend- und Erwachsenenbildung und ihre Geschichte. Bereits im August ist er im Alter von 88 Jahren gestorben.

Paul Ciupke



Der Rat der Weiterbildung – KAW e. V. hat am 1. Oktober 2013 eine neue Vorsitzende gewählt. Prof. Dr. **Aiga von Hippel** von der Humboldt-Universität zu Berlin löst Prof. Dr. **Rudolf Tippelt** von der Universität München ab. Ebenfalls neu in den Vorstand gewählt wurde **Bernd Passens** vom Deutschen Volkshochschulverband, der damit **Anja Eckert** vom Verband Deutscher Privatschulverbände nachfolgt. Wiedergewählt wurde **Andrea Hoffmeier** von der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland.

Am 1. Oktober 2013 hat **Emily O'Reilly** das Amt der Europäischen Bürgerbeauftragten übernommen. Zum ersten Mal ist nach über 20 Jahren eine Frau in dieses Amt gewählt worden. Das Amt soll helfen, die Verbindung zwischen den Bürgern der Europäischen Union und den EU-Institutionen zu erleichtern.

**Rüdiger Noll** ist seit dem 1. Oktober 2013 Bereichsleiter für Europa und Ökumene / Executive Secretary for Europe and Ecumenical Affairs beim Dachverband der Evangelischen Akademien in Deutschland e. V.

Bei seiner konstituierenden Sitzung am 6. und 7. November 2013 wählte der AGJ-Fachausschuss „Jugend, Jugendbeteiligung, Jugendpolitik“ **Boris Brokmeier**, stellvertretender Geschäftsführer und Referent für politische Jugendbildung im AdB, zum Vorsitzenden.

Am 25. und 26. Oktober 2013 fand in Magdeburg die 86. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) statt. Es wurde ein neuer Vorstand gewählt: Vorsitzende bleibt **Lisi**

**Maier**, hauptamtliche Vorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). Als neuer Vorsitzender wurde **Stephan Groschwitz**, Referent für Kinder- und Jugendpolitik der Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland (aej) gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind **Julia Böhnke** und **Hetav Tek**, **Immanuel Benz**, **Tobias Köck** und **Dominik Naab**. Die Amtszeit des Vorstandes beträgt zwei Jahre.

**Florian Hartleb** hat zum 1. November 2013 seine Tätigkeit als Koordinator für Politikanalysen und Parteienforschung bei der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Berlin aufgenommen.

Am 12. November 2013 hat die Mitgliederversammlung des Bundesausschusses für politische Bildung (bap) einen neuen Vorstand gewählt. Vorsitzender ist **Klaus Waldmann**. Er ist der Bundestutor der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, stellvertretender Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland e. V. sowie derzeitiger Sprecher der GEMINI (Gemeinsame Initiative der bundesweiten Träger politischer Jugendbildung). Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde **Ina Bielenberg**, Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V., gewählt. Dem Vorstand gehören darüber hinaus drei Beisitzer/-innen an: **Barbara Menke**, Bundesgeschäftsführerin des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN e. V., **Hanns Christhard Eichhorst**, Vorsitzender der Gesellschaft der Europäischen Akademien e. V. sowie **Lothar Harles**, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke e. V.

Zum 15. November 2013 verlässt **Wilfried Klein** das Willi-Eichler-Bildungswerk, Köln, und wechselt in das Grundsatzreferat der Landeszentrale für politische Bildung NRW.

Das DARE-Netzwerk „Democracy and Human Rights Education in Europe“ hat am 22. November 2013 ein neues Board für die Jahre 2013-2015 gewählt. Folgende Menschen gehören dem neuen Board an: **Elena Begant** (vice-chair, CDV/Slovenia), **Frank Elbers** (chair, HREA/Niederlands), **Lillian Hjorth** (secretary, Menneskerettighetsakademie/NOR), **Sulev Valdma** (treasurer, Jan Tonissoni Institute/Estonia).

Die AKSB-Mitgliederversammlung wählte bei ihrem Treffen am 25. November 2013 in Ludwigsghafen einen neuen Vorstand. Vorsitzender des AKSB ist **Dr. Michael Reitemeyer**, Leiter des Ludwig-Windthorst-Hauses in Lingen. Zweiter Vorsitzender ist **Benedikt Widmaier**, Direktor der Akademie Haus am Maiberg. Er hatte den Vorstand nach dem Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden **Bernward Bickmann**, Leiter des Franziskanischen Bildungswerkes, kommissarisch geleitet. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden **Marco Düsterwald**, Akademie Klausenhof, **Gunter Geiger**, Bonifatiushaus Fulda, **Johannes Stefan Müller**, St. Hedwigshaus Oerlinghausen, und **Georg Wichmann**, Katholische Akademie in Berlin.

Ende November 2013 ist **Rainer Gries**, Leiter der Kurt-Schumacher-Akademie, einer Bildungsstätte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Münstereifel, in den Ruhestand getreten. Seine Nachfolge hat **Axel Schmidt** übernommen, der in den vergangenen Jahren vor allem im Ausland für

die Friedrich-Ebert-Stiftung tätig war.

Zum 31. Dezember 2013 wird das Seminar-Forum in Berlin geschlossen. Die langjährige Leiterin **Blindine Lutz** tritt in den Ruhestand.

Ende 2013 geht **Niels Meggers**, Leiter des Geschäftsbereichs „Internationale jugendpolitische Zusammenarbeit“ in der Fachstelle für Internationale Jugendarbeit in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (IJAB) in den Ruhestand.

**Hildegard Bockhorst** gibt zum Ende des Jahres 2013 die Geschäftsführung der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. (bkj) an den neuen Geschäftsführer **Tom Braun** ab.

## **Bücher**

**Monika Oberle: Politisches Wissen über die Europäische Union: subjektive und objektive Politikkenntnisse von Jugendlichen – Wiesbaden 2012, Verlag für Sozialwissenschaften, 237 Seiten**

Das Buch von Monika Oberle ist gerade auch mit Blick auf das AdB-Jahresthema 2013 „Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa“ wichtig und interessant. Die Autorin versteht politisches Wissen als Basis für die politische Meinungsbildung – ein im Grunde selbstverständlicher, aber hinsichtlich des politischen Wissens über die Europäische Union auch ein zu wenig thematisierter und untersuchter Zusammenhang.

Die Autorin möchte einen Beitrag zur Weiterentwicklung der politischen Wissensforschung leisten. In einer quantitativ angelegten empirischen Studie soll das politische Wissen über die Europäische Union (EU) bei Schülerinnen und Schülern zweier Jahrgangsstufen untersucht werden, zu den Bereichen: grundlegende Informationen, Organe und Gesetzgebungsprozesse, Kompetenzen der EU sowie Möglichkeiten und Grenzen der Partizipation der EU-Bürger/-innen.

Der Nutzen des Buches für die Leser/-innen geht über die Ergebnisse der empirischen Erhebung hinaus. Die Autorin bietet mit zwei umfangreich recherchierten Kapiteln zum Stand der Wissensforschung wie zur Europäischen Union als Inhaltsbereich der Untersuchung eine ausgezeichnete Informationsquelle – auch für Mitarbeiter/-innen in der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung.

Ausgehend von der Beobachtung, dass im Gegensatz zur Erforschung der Einstellung zur Europäischen Union das Wissen der EU-Bürger/-innen kaum erforscht sei und die Forschung zum politischen Wissen generell noch an ihren Anfängen stehe, soll die Studie einen Beitrag zur Weiterentwicklung der diskutierten Forschungsdesiderata leisten. Zurzeit existiere weder eine einheitliche Konzeption dessen, was unter „politischem Wissen“ verstanden werden sollte, noch seien

bisher einheitliche Fragenbatterien für Untersuchungen entwickelt, validiert oder von Studien übernommen worden. Für das politische Wissen der hiesigen Bevölkerung zur EU lasse sich feststellen, dass es als „common knowledge“ gelte: Sie, insbesondere die Jugend, wisse „nichts“ über die EU.

Ein unter einem Demokratiedefizit leidendes politisches „System Sui Generis“ der Europäischen Union, das eine strukturelle Reform hin zu mehr demokratischer Legitimation ihrer politischen Entscheidungen den Druck einer Bürgerschaft bedürfe, benötige eine Bürgerschaft, die Bescheid wisse über die aktuelle Struktur und Prozesse der EU-Politik. Deshalb wird auch hier zu Recht auf das Ziel partizipatorischer Demokratietheorien verwiesen, wonach jeder Bürger/jede Bürgerin in politischen Fragen eine seinen Werten und eigenen Interessen entsprechende Position einneh-

men und damit auf möglichst viele ihn betreffende politische Entscheidungen Einfluss nehmen kann. Eine zentrale Voraussetzung sei dafür aber, dass man über grundlegende politische Kenntnisse sowie auch über aktuelle Informationen verfüge. Informierte Bürger/-innen seien für eine funktionierende Demokratie wichtig. Und: Das politische Wissen, über das man als Jugendlicher verfüge, sei ein entscheidender Prädiktor für die politische Informiertheit, die man im Erwachsenenleben erreiche, wie auch politische Einstellungen und Verhaltensmuster des Jugendalters überwiegend im Erwachsenenalter erhalten blieben.

Die Beobachtung, dass die Medien das politische Informationsangebot für die breite Bevölkerung intensiviert habe, ohne jedoch deren politischen Kenntnisstand bemerkenswert zu erhöhen, führe zu der herkömmlichen „Wissensluft-Hypothese“. Diese besage, dass der massenmediale Nachrichtenkonsum die Unterschiede im politischen Wissensstand noch verstärke, da die neuen Informationen an divergierende kognitive Fähigkeiten und Vorkenntnisse anknüpfen. Politische Kenntnisse als objektives Wissen beeinflussen die Art

und Weise, wie neue politische Informationen verarbeitet werden. Was gelernt werde, hänge entscheidend davon ab, was bereits zuvor gewusst wurde. Wenn Anknüpfungspunkte fehlten, würden neue (z. B. über die Medien transportierte) Kenntnisse weniger schnell, weniger umfangreich und weniger dauerhaft erworben. Über bereits in der Schule durch politische Bildung vermittelte Kenntnisse böten hier einen der wenigen in freiheitlichen Gesellschaften institutionell beeinflussbaren Startpunkte, derartige Teufelskreise zu Tugendkreisen zu wenden.

Die Autorin stellt umfangreiche, in den USA und Deutschland gewonnene Erkenntnisse zu subjektivem und objektivem politischem Wissen dar, u. a. unterschieden nach Alter und Geschlecht.

Im Rahmen des Kapitels EU als Inhaltsbereich der Untersuchung werden auch „Konturen eines normativ anzustrebenden politischen EU-Grundwissens von Jugendlichen und Schülern“ skizziert (S. 105). In ihrer Arbeit wird die Vermittlung der EU als eigenständiger, fachspezifischer Gegenstand des Politikunterrichts als zentral für eine europabezogene Schulbildung angesehen.

Die Zugänge zur EU in Form von Querschnittsthema und Themenblock seien nicht als Alternativen, sondern als Ergänzungen zu verstehen.

Wenn man Politik als den „Kern“ der politischen Bildung begreife, so bedeute dies für die Behandlung des Themas Europa im Politikunterricht, dass nicht allgemeine mitmenschliche Tugenden, interkulturelle Verständigung oder bestimmte europabezogene Einstellungsdispositionen, sondern dass die politische Dimension Europas im Mittelpunkt stehen sollte.

Auch wer der von der Autorin gewählten strikten Vorrangstellung des politischen Wissens nicht im vollen Umfang zustimmen mag, wird sicher ihrem Zitat von *Peter Massing* (2004) zustimmen können: „Sie [die Bürger/-innen, M. O.] müssen europäische Politik nachvollziehen können und Europa als politisches System verstehen. Erst dann werden sie Partizipationsmöglichkeiten nachhaltig einfordern und treibende Kraft für die Demokratisierung einer zunehmend transnationalen Europäischen Union sein.“ (S. 148)

*Rainer Gries*

**Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.): Die EU in der Krise: zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling – Münster 2012, Westfälisches Dampfboot, 165 Seiten**

Der Sammelband der *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AKG)* dokumentiert die Themen und Diskussionen einer Tagung im Herbst 2011 in Frankfurt am Main zur Krise der Europäischen Union. Die Beiträge bieten eine gesellschaftskritische Auseinandersetzung mit dem Projekt Europa. „Viele Jahre galt Europa linksliberalen und sozial-

demokratischen Proeuropäern\_innen als Erfolgsgeschichte: Sie sahen die EU als Wegbereiterin des Friedens. (...) Im Jahr 2011 wurden diese Träume auf bittere Weise widerlegt. (...) Die Dominanz des Neoliberalismus ist in den Institutionen der EU tief verankert. (...) Der geplante autoritär-neoliberale Umbau der EU droht die Überreste libera-

ler und sozialer Demokratie in Europa abzuschaffen. (...) Die aktuelle Entwicklung rückt ein handlungsfähiges, demokratisch legitimes Europa, wie es Habermas vorschwebt, in weite Ferne.“ (S. 7 f.) – So beschreiben die Herausgeber die von ihnen erkannte Ausgangslage, die in sieben Beiträgen untersucht wird.

Der Band liefert – im Kontrast oder als Ergänzung – den in der politischen Bildung Tätigen gute Anreize und Anregungen zu einer gesellschaftskritischen Auseinandersetzung mit Entwicklungen in der EU. Die Praktiker/-innen der politischen Bildung kennen den schwierigen Zugang, den Teilnehmende zum Themenbereich Europäische Union (EU) haben: Die EU ist für die europäische Öffentlichkeit ein sehr fernes, sehr undurchsichtiges „Europäisches Haus“. Verstärkt durch die mediale Vermittlung und Zuspitzung auf Krisen gewinnt die EU eher etwas Beängstigendes und Bedrohliches.

Die Aufnahme des Hinweises auf den „europäischen Frühling“ im Titel, wohl in Anlehnung an den „arabischen Frühling“ formuliert, weckt vorschnell Erwartungen oder Hoffnungen auf Lösungen. Dennoch sind angesichts der Krise auch des politischen Integrationsprozesses, des wahrgenommenen Legitimationsverlustes der europäischen Institutionen und des Fehlens neuer populärer europäischer Projekte die dargestellten Politik- und Strategievorschläge und ihre Verbindung mit Unterstützerguppen interessant.

Im Mittelpunkt stehen für die Autorin und Autoren des ersten Grundsatzbeitrags – Sonja Buckel, Fabian Georgi, John Kannankulam und Jens Wissel – jedoch die europäischen Krisen, deren tiefere Ursachen ausgehend von einem neogramscianischen Ansatz analysiert werden. In ihrem Beitrag mit dem Titel: „... wenn das Alte nicht stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann. Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise“ schreiben sie: „Mit Gramsci geht es uns dar-

um, die handelnden Kräfte einer bestimmten historischen Epoche zu analysieren und ihr Verhältnis untereinander zu bestimmen. Dabei lässt sich zeigen, dass die Krise des Neoliberalismus maßgeblich in dem Auseinanderfallen der neoliberalen Akteurskonstellation zum Ausdruck kommt.“ (S. 13) Sie identifizieren fünf Hegemonieprojekte in der Krise: das neoliberale, das national-soziale, das national-konservative, das proeuropäisch-soziale und das linksliberal-alternative Hegemonieprojekt.

Die Autoren nehmen die Kritik auf, das aktuelle Europa werde auf die Ökonomie reduziert, mit einer schwachen verfassungsrechtlichen und demokratischen Basis ohne politisches Bewusstsein. Das Fehlen einer europäischen Zivilgesellschaft mache die Europäische Union zudem besonders anfällig für wirtschaftliche Krisen, weil sie kaum eine andere Legitimitätsquelle besitze. „In der demokratischen Frage laufen tatsächlich die unterschiedlichen Stränge alternativer Projekte zusammen. Sie muss gewissermaßen der Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit der Krise (...) sein. Voraussetzung hierfür wäre eine grundlegende Demokratisierung der Struktur der EU.“ (S. 44)

Im zweiten zentralen Beitrag von Lukas Oberndorfer „Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus?“ wird eine weitere Verschärfung der Krise in der EU konstatiert: Durch die Krise nimmt die Zustimmung der Bevölkerung stark ab, das neoliberale Projekt könne weniger auf Konsens bauen, staatliche Zwangsmittel kämen stärker zum

Einsatz. Strenge Sparpolitiken würden von oben verordnet, die Rechte der nationalen Parlamente werden faktisch eingeschränkt, wichtige Entscheidungskompetenzen werden auf demokratisch kaum legitimierte Institutionen wie Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds und EU-Kommission verschoben. „All diese Verschiebungen gehen schließlich mit einer Entwertung jener politischen Terrains einher, in denen die Forderungen der Subalternen noch einen vergleichsweise günstigen Resonanzraum finden. Parlamente und die ‚Parteien an der Macht‘ sind kaum noch mehr als Orte, in denen (...) die Programmierungen des Europäischen Staatsapparate-Ensembles, deren Teil die Exekutiven der nationalstaatlichen Maßstabebene sind, mit dem Schein repräsentativ-demokratischer Legitimität versehen werden.“ (S. 68)

Zusammen mit den weiteren Beiträgen, wie z. B. „This is not Europe! Reconstructing Schengen“ von Bernd Kasperek und Vassilis S. Tsianos oder „Fortbestand der Kritik: Krise und Protestbewegung in Spanien“ von Jose Manuel Romero Cuevas, bietet der Sammelband auch für die politische Bildung sowohl Einblicke in die politischen Einfluss- und Machtverhältnisse in Europa (Pia Eberhardt: „Lobbyismus und europäische Postdemokratie – Einblick in den EU-Staats-Zivilgesellschafts-Komplex im Kontext der Krise“) als auch in die tiefe Verankerung neoliberaler Politik in den EU-Institutionen. Die Beiträge bieten eine sehr interessante Ergänzung zu anderen europapolitischen Erklärungsansätzen.

Rainer Gries

**Hedwig Richter/Ralf Richter: Die Gastarbeiter-Welt. Leben zwischen Palermo und Wolfsburg – Paderborn 2012, Verlag Ferdinand Schöningh, 284 Seiten**

Die beiden Historiker betonen in ihrer Darstellung zunächst die Einzigartigkeit der Beziehungen zwischen dem VW-Konzern und den von ihm beschäftigten Italienern, wobei sie auf historische Implikationen (Italienische VW-Zwangsarbeiter während des 2. Weltkriegs) sowie die recht frühe Initiative der VW-Führung für den Einsatz von italienischen Arbeitsmigranten abheben. Immerhin handelte es sich seit dem Jahr 1962 um geschätzte 60.000 Italiener/-innen, die im Laufe der Jahrzehnte ihrer Arbeit bei VW Wolfsburg nachgingen. Das Gros dieser Menschen ist im Laufe der Jahre in ihre Heimat zurückgekehrt, heute leben etwa 5.300 Italiener/-innen (mit Nachkommen) unter insgesamt 120.000 Wolfsburgern.

Bereits in der Einleitung wird hervorgehoben, dass das Phänomen der Re-Emigration in der bisherigen Migrationsforschung vernachlässigt wurde und dass im Laufe der Jahre der sogenannte Opfer-Plot zur Meistererzählung wurde, also die Darstellung des Protests der Migranten und ihr Kampf um eine (bessere) Integration in die deutsche Gesellschaft. Diese auf Viktimisierung aufbauende Erzählung, bei der Volkswagen zum Prototyp gerät, wird in der vorliegenden Arbeit hinterfragt. Dabei konzentrieren sich die Autoren auf die Unternehmensgeschichte von VW, stellen die ihrer Auffassung nach normativ geprägte Debatte um die Arbeitsmigration (Kapitalismuskritik, mangelnde Integrationsbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft) zugunsten einer Historisierung der Problematik in Frage. Sie bemühen sich, die Lebenswelt der italienischen Arbeitsmigranten, ihren Lebens-

entwurf, in den Mittelpunkt ihrer Analyse zu stellen. Die These lautet: Die Mehrheit der Italiener/-innen organisierte sich in Parallelstrukturen, pflegte die Kontakte zur alten Heimat, lernte selten Deutsch und nahm muttersprachliche kirchliche Angebote wahr, während sie deutsche Weiterbildungsangebote weitgehend mied. Dadurch verpassten die Migrantinnen und Migranten den sich von den 1960er auf die 1970er Jahre in der westdeutschen Gesellschaft vollziehenden Umbruch von „materiellen“ zu „immateriellen“ Werten: Die isolierten Arbeitsmigranten träumten den agrarisch-kollektiven Traum von einem Familienleben ohne Armut. Sie blieben dem zweiten Sektor und dem Band treu und sorgten sich wenig um die Bildung ihrer Kinder. Es wird also die weiter reichende, durchaus kontroverse Hypothese aufgestellt, dass sich die Arbeitsmigration als Wandlungsblockade erwiesen habe, nicht zuletzt wegen der Selbst-Separierung der Migranten von der Aufnahmegesellschaft. Insofern habe sich nur für eine kleine Elite, die die deutsche Sprache erlernte und sich sowohl betrieblich als auch zivilgesellschaftlich engagierte, der Weg in die deutsche Aufnahmegesellschaft eröffnet. In einer weiteren Hypothese gehen Richter und Richter davon aus, dass es der Einfluss von katholischer Kirche und Religion war, der dafür sorgte, dass sich die Masse der italienischen Arbeitsmigranten nicht an der Säkularisierung und Demokratisierung, am neuen Konsum- und Freizeitverhalten und der Individualisierung der Aufnahmegesellschaft beteiligte. Schließlich wird in ihrer letzten Hypothese die von der kritischen Migrationsforschung häufig auf-

geworfene Frage problematisiert, warum sich Deutschland nicht schon früher zum Einwanderungsland erklärte und warum sich Integration nicht schneller vollzog. Die These von der Integrationsfeindlichkeit deutscher Politik wird von den Autoren relativiert und in Frage gestellt, indem sie versuchen nachzuweisen, dass die Migranten selbst kein Interesse an Integration gezeigt hätten.

Die Arbeit fußt auf einer reichen Quellenbasis (Unternehmensarchiv der Volkswagen AG, Stadtarchiv Wolfsburg, Akten des Hauptstaatsarchivs Hannover, besonders im Hinblick auf die wilden Streiks der Italiener 1962) sowie auf Interviews mit in Wolfsburg verbliebenen Italienern sowie mit Italien-Rückkehrern, deren Aussagen sich stark von denen ihrer in Deutschland verbliebenen Kollegen unterscheiden, vor allem im Hinblick auf den sogenannten Opfer-Diskurs. Insgesamt handelt es sich um 20 Interviews, darunter acht, die mit Rückkehrern durchgeführt wurden. In ihrer Argumentation, die den Opfer-Diskurs in Frage stellt, berufen sich die Autoren fast ausschließlich auf deren Aussagen, was als Verfahren etwas fraglich erscheint, zumal die Aussagen der Rückkehrer nicht hinterfragt werden, sondern als Faktenbelege für die eigenen These benutzt werden (vgl. auch die Rezension von Jenny Pleinen: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2013-1-121>). Dabei handelt es sich bei den Interviews mit einstigen Arbeitsmigranten um eine komplexe Quellenart, denn, ob sich ein Emigrant oder Rückkehrer als Opfer betrachtet und dieser Selbstviktimisierung Ausdruck verleiht, ist Bestandteil einer subjektiv empfundenen und

kommentierten Lebensleistung und Selbstvergewisserung, die einer auf Objektivität zielenden Analyse von Lebensentwürfen und deren Umsetzung durchaus nicht entsprechen muss. Aus diesen Einzelaussagen weitreichende Verallgemeinerungen abzuleiten, erweist sich demnach als nicht ganz unproblematisch.

Unabhängig davon weisen die Autoren allerdings überzeugend nach, dass sich die Lebenswelten und -ziele der italienischen Arbeitsmigranten bei VW Wolfsburg stark von denen ihrer deutschen Kollegen unterschieden. Alleine die Tatsache, dass die meisten in ihre Heimat zurückkehren und bei VW möglichst viel Geld verdienen wollten, also gerne Überstunden und Sonderschichten wahrnahmen, belegt, dass sie ihren Aufenthalt in der Autostadt in der Regel als (zuweilen langjähriges) Provisorium verstanden. Insofern blieb ihre Integrationsbereitschaft im Großen und Ganzen auf ihre betrieblichen und sozialen Interessen beschränkt. Die geschlossene Wohnweise in Italiener-Siedlungen sorgte zudem dafür, dass es nur zu einem eingeschränkten Austausch mit der Mehrheitsgesellschaft kommen konnte. Deren Bereitschaft, die Arbeitsmigranten und ihre „provisorische“ Lebensweise zu akzeptieren, hielt sich ebenfalls in Grenzen. Insofern war es sicherlich nicht nur das Gros der Arbeitsmigranten, das an keiner dauerhaften Integration in Deutschland interessiert war, sondern ebenfalls ihre deutsche Umgebung, die wiederum ihre ei-

genen Interessen vertrat: das VW-Werk, das in einer bestimmten Periode händeringend nach ausländischen Arbeitskräften suchte, um deren Stellen dann wieder bevorzugt abzubauen, wenn die Konjunktur schwächelte (die These von der Funktion ausländischer Arbeitskräfte als „Konjunkturpuffer“ wird von den Autoren nicht eindeutig widerlegt); die deutschen Kollegen, die die Italiener nicht selten als eine von der VW-Führung bevorzugte Konkurrenz von billigen und willigen Malochern mit niedrigem Organisationsgrad betrachtete (die Angst um „deutsche“ Arbeitsplätze ging damals schon um) und schließlich die deutsche Politik auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene, die immer wieder davor mahnte, den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte unter Kontrolle zu halten und – wenn nötig – zu drosseln. Daran hat sich bis heute im Wesentlichen nicht so viel geändert, sieht man einmal davon ab, dass sich die Bundesrepublik inzwischen *nolens volens* zum Einwanderungsland erklärt hat.

Berücksichtigt man die oben kurz skizzierten Interessenlagen beider Seiten, so kann nicht die Rede davon sein, dass man auf deutscher Seite – in Wolfsburg oder anderswo in der Bundesrepublik – an einer längerfristigen Integration ausländischer Arbeitsmigranten interessiert war. Daran ändert auch die in „Die Gastarbeiter-Welt“ gut belegte Tatsache nichts, dass der VW-Konzern im Unterschied zu anderen (mittleren) Industriebetrie-

ben und großen Autobauern in der Bundesrepublik (Ford-Werke Köln!) für seine italienischen Mitarbeiter und die später geschaffene italienische Stammbelegschaft (nachdem man aus dem betriebswirtschaftlichen Fiasco des Rotationsmodells die Konsequenzen gezogen hatte) vergleichsweise gute Arbeits- und Wohnbedingungen schuf und auch in Krisenjahren bemüht blieb, das Ausmaß an betriebsbedingten Kündigungen auch für die Italiener/-innen in einem sozial vertretbaren Rahmen zu halten. Insofern scheint das Fazit der Autoren etwas zu kurz zu greifen, dass es lediglich die italienischen Arbeitsmigranten waren, die durch ihre Lebensplanung für eine Entwicklungsblockade sorgten. Denn auch diejenigen von ihnen, die sich dauerhaft in Deutschland ansiedelten und hier ihre Familien gründeten, wurden von den meisten Vertretern der Mehrheitsgesellschaft – inklusive der politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie des deutschen Behördenapparats – bis spät in die 1980er Jahre in erster Linie als „Gastarbeiter“ und erst viel später jovial wohlwollend als „Mitbürger/-in“ wahrgenommen. Dass sich etliche von ihnen in späteren Jahren und unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen dem in der deutschen Migrationsforschung vielleicht etwas zu stark herausgearbeiteten und pointierten Opfer-Diskurs angeschlossen, braucht deshalb nicht zu verwundern.

*Zbigniew Wilkiewicz*

**Marcus Llanque: Geschichte der politischen Ideen. Von der Antike bis zur Gegenwart – München 2012, Verlag C.H. Beck, 128 Seiten**

An Einführungen in die Geschichte der politischen Ideen besteht mit Sicherheit kein Mangel in der Fachliteratur. Dementsprechend muss sich jede neue Publikation in diesem Bereich die Frage nach ihrem Mehrwert für die Leser/-innen stellen lassen.

Die von Marcus Llanque, der an der Universität Augsburg politische Theorie lehrt, verfasste Schrift fällt allein schon durch ihren Umfang auf. Auf Grund einer reihenbedingten Begrenzung (C.H. Beck Wissen) ist sie mit ihren insgesamt 128 Seiten im direkten Vergleich zu manchen teilweise mehrbändigen Klassikern der Disziplin recht überschaubar ausgefallen. Und doch gelingt es Llanque trotz dieser Verlagsvorgabe eine überzeugende Einführung in das Thema vorzulegen. Insbesondere das von ihm gewählte Verfahren das ideengeschichtliche Material von der Antike bis zur Gegenwart nach Autorenpaaren zu organisieren, zeichnet sich als gelungener Kunstgriff aus. Als Auswahlkriterium für die jeweiligen Paare gilt, dass diese „entweder unmittelbar aufeinander Bezug nehmen, einander kritisieren und voneinander abweichende The-

orien aufstellen oder aber die Bandbreite der Theoriearbeit einer Epoche repräsentieren.“ (S. 11) So fällt nach einleitenden Überlegungen zur Funktion der politischen Ideengeschichte die Wahl zum Beispiel auf große politische Denkerpaare wie Platon und Aristoteles, Thomas Morus und Niccolò Machiavelli, Thomas Hobbes und John Locke, G.F.W. Hegel und Karl Marx oder Max Weber und John Dewey.

Die Aufarbeitung von Ideengeschichte als eine „fortwährende Konkurrenz von Theorien“ (S. 11) erweist sich bei Llanque durch die Textnähe seines Verfahrens als eine ertragreiche und spannende aber an keiner Stelle überladene Form der Darstellung. Sie fokussiert vertraute politische Begriffe im Lichte möglicher alternativer Interpretationen und schärft so die Urteilskraft. Allein das letzte Kapitel über die Gegenwart weicht aus nachvollziehbaren Gründen vom bewährten Verfahren ab und kontrastiert kein Autorenpaar, sondern stellt ausgehend von der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ im Jahr 1948 die Menschenrechtsidee in den Mittelpunkt der Diskussion.

Auf der Ebene der Stilistik ist erwähnenswert, dass sich der Gang durch die verschiedenen Epochen des politischen Denkens durch einen gut lesbaren Schreibstil auszeichnet, der Informationen leicht und prägnant vermittelt. Gerade durch seine anschauliche Sprache ermöglicht das Buch fachfremden Leserinnen und Lesern einen ersten kompetenten Einstieg in diese Teildisziplin der Politikwissenschaft. Dabei werden – und auch das ist eine Leistung des Autors – politische Ideen nicht ausschließlich als historische Relikte erörtert, sondern sie dienen dazu, „dem Menschen inmitten der unüberschaubaren Fülle möglicher Auslegungen des Selbstverständnisses und der daran sinnvoll anschließenden Handlungsweisen eine gewisse Orientierung zu vermitteln.“ (S. 9) Durchaus ein Verständnis von politischer Ideengeschichte, das vielfältige Anknüpfungspunkte für eine politische Erwachsenenbildung bietet, die sich auf historisch-reflektierter Grundlage diskursiv mit den Zukunftsfragen der Politik befassen will.

*Jens Korfkamp*

**Archiv der deutschen Jugendbewegung (Hrsg.): Historische Jugendforschung. Jahrbuch NF Band 8/2011. Jugendbewegung und Erwachsenenbildung – Schwalbach/Ts. 2012, Wochenschau Verlag, 429 Seiten**

Es ist schon eine imponierende Reihe, die bisher im Rahmen der wissenschaftlichen Tagungen im Archiv der deutschen Jugendbewegung vorgelegt worden ist. Immer wieder ist die historische Jugendforschung um neue Erkenntnisse und spannende Anregungen zu unterschiedlichen

Themen bereichert worden; haben neue Quellenstudien gezeigt, welche Schätze es in den Archiven – insbesondere auch „auf dem Ludwigstein“ – gibt. Das gilt auch für den vorliegenden Band, der aus der Jahrestagung 2011 mit dem Themenschwerpunkt bzw. der Beziehungsge-

schichte „Jugendbewegung und Erwachsenenbildung“ entstanden und von Paul Ciupke, Franz-Josef Jelich, Alfons Kenkmann und Barbara Stambolis herausgegeben worden ist.

Im Mittelpunkt der sechzehn Beiträge stehen die Zeit der Weima-

rer Republik und die Nachkriegszeit der Bundesrepublik mit einer sich entwickelnden vielschichtigen und gerade auch „jugendbewegten“ Volks- und Erwachsenenbildung. Viele Gründungen, konzeptionelle Entwicklungen und Akteure der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung kommen in der Weimarer Republik und nach 1945 aus der Jugendbewegung. Im Vorwort der Herausgeber heißt es: „Ihre Wirkungen auf dem weiten Feld der Erwachsenenbildung dürften exemplarisch sein und sich auch in anderen Zusammenhängen bestätigen lassen.“ (S. 11) Angeboten wird denn auch ein buntes Panorama für diesen Bildungssektor, das von reflektierten Überblicksbeiträgen bis zu kleinen informativen Fallstudien reicht. Letztere dominieren den Band.

Paul Ciupke zeigt zunächst den Bogen der „Beziehungsgeschichte“ und verweist auf die Bedeutung und Begründung des Bildungssektors durch Akteure – Kinder des Bürgertums – aus der Jugendbewegung in der Volksbildung der Weimarer Republik. Diese war zunächst ebenfalls eine Bewegung. Dann werden unter dem Stichwort „Zugänge“ mit fünf Beiträgen konkrete Praxisbereiche und Diskurse skizziert. Jens Wietschke zeigt am Beispiel der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost“ (SAG) die Aktivitäten der „bildungsbürgerlichen Volkshochschule“ (S. 38) zwischen 1910 und 1930 mit all ihren Ambivalenzen. Diese auf Friedrich Siegmund-Schultze zurückgehenden Aktivitäten waren u. a. mit einem Konzept „von Menschenführung durch persönliche Autorität“ (S. 40) verbunden. Bernhard Schoßig gibt Einblick in die studentischen Arbeiter-Unterrichtskurse und weitere Aktivitäten vor dem Ersten Weltkrieg, die von der freistudentischen Bewegung an-

geboten wurden und die sich – als Teil und Beitrag der Volksbildungsbewegung – in der Arbeiterbildung engagierten. Deren orientierende Leitwerte waren „Soziales Prinzip und Neutralitätsprinzip“ (S. 50). Norbert Reichling zeigt die jugendbewegte Bildungsarbeit am Beispiel des „Bundes“ im Ruhrgebiet und Friederike Hövelmans am Beispiel der Sächsischen Jungenschaft die Grenzland- und Studienfahrten, bei denen die beiden Dimensionen „Selbsterfahrung“ und „Bildungsformate“ mit Elementen wie Fremdheit, Abenteuer, Spurensuche, Lagerfeuer und Fahrtenberichte plastisch beschrieben werden. Der letzte Text in diesem Teil ist von Christian Niemeyer und befasst sich mit dem Bildungsverständnis in der Jugendbewegung. Er geht der Frage „Bildung als Passion?“ nach, und er kommt mit Blick auf Nietzsche und die Meißner-Formel zu dem Fazit, „Bildung als Passion als uneingelöstes Projekt der Vergangenheit und als Aufgabe für die Zukunft“ zu verstehen. (S. 104)

Mit der Überschrift „Personen, Institutionen, Bildungsansätze“ wird in acht Beiträgen exemplarisch deutlich, wie spannend und vielfältig in der Weimarer Republik der Zusammenhang von Jugendbewegung und Erwachsenenbildung gewesen ist. Ullrich Amlung zeigt die Netzwerke am Beispiel von Adolf Reichwein und Heinz Schernikau skizziert dessen Volksbildungsarbeit in der Denktradition von Paul Natorp. Die Sozialgymnastik in Schwarz-erden (Gersfeld) ist für Henriette Schmitz ein lebensreformerisches Projekt, bei dem „eine spezifische Gymnastikform entwickelt wurde, die vornehmlich für den gesunden Körper Bedeutung hatte.“ (S. 151) Die weiteren Texte befassen sich mit Martin Buber (Jan Woppowa), Hermann Schafft

(Lukas Möller), Carola Rosenberg Blum (Monika Kil) und Walter Dirks (Franz-Josef Jelich). Deren Herkunft aus der Jugendbewegung, Wirken für die und in der Erwachsenenbildung sowie als dialogisch orientierte Pädagoginnen und Pädagogen zeigen anschaulich, welche Prägestärke und Inspiration von ihnen ausgegangen ist. Das gilt auch für das Boberhaus – eine von der Schlesischen Jungmannschaft 1926 gegründete Bildungsstätte – in Löwenberg (Gerhard Schöll) mit seinen vielfältigen Arbeitsfeldern, experimentellen Arbeitslagern und seiner Auslandsarbeit, seinen Akteuren wie Eugen Rosenstock-Huessy, Helmut von Moltke, Adolf Reichwein, Hans Demel oder Hans Raupach und Martin Greiff.

Der inhaltliche Schwerpunkt wird mit Beiträgen zu „Stätten jugendbewegter Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik“ (Paul Ciupke) und „Wiederanknüpfungsversuchen nach 1945“ abgeschlossen. Der erste Beitrag zeigt die Bedeutung der Abend- und Heimvolkshochschulen, aber auch der Jugendburgen, der Landschaft oder des „Klassenzimmers am Strand“ als „jugendbewegte“ geistige, gestaltende und körperliche Lernorte. Das längere Zeitzeugengespräch (S. 248-297) mit Gertrud Hardtmann, Adolf Brock, Hermann Giesecke, Urs Müller-Plantenberg und Johannes Weinberg (Barbara Stambolis, Paul Ciupke) ist mit der Überschrift „Politisch engagierte ‚Skeptiker‘“ versehen. In ihm werden unterschiedliche lebensgeschichtliche Erfahrungen und Lebenswege, mentale Prägungen und berufsbioграфische Wege von Personen deutlich, die aus der Jugendbewegung kommen und erwachsenbildnerische Ambitionen hatten. Es sind subjektive Selbstzeugnisse und Reflexionen von Vertretern einer Generation, die einladen



zum Mitdenken und die man mit Gewinn liest; die zugleich erneut belegen, welche erinnerungspolitische und pädagogische Bedeutung solche Zeitzeugengespräche haben.

Es folgen noch ein weiterer Beitrag zu „jugendbewegten Lebensläufen“ am Beispiel der sozialdemokratisch-reformpädagogisch orientierten „Kinderfreunde in Hannover“ (Kay Schweigmann-Geve) und zwei Werkstattberichte zu Bernhard Uffrechts reformpädagogischem Schulmodell, sei-

ner Idee der freien Schule (Hendrik Baumbach, Catharina Schmitt, David Zindel); dann ein Beitrag zur Ästhetik und Rezeption von Hugo Höppeners „Fidus als Erzieher“ (Malte Lorenzen). Das Jahrbuch schließt wie immer ab mit zahlreichen Rezensionen und einem Bericht aus der Arbeit des Archivs.

Die Beiträge sind durchweg informativ, und mit der Auswertung von neuen historischen Quellen ermöglichen sie erweiterte Blicke in eine spannende Entwicklungszeit der Erwachsenenbildung und

deren Verwobenheit mit der Jugendbewegung. Sie reflektieren zugleich kritisch den Zeitgeist und die in dem jeweiligen Denken, den Projekten und Aktivitäten angelegten Potentiale, Ambivalenzen und Grenzen. Es ist ein lesenswertes Buch zur historischen Vergewisserung der Erwachsenenbildung, das einlädt in die „bunte Welt“ von zeitbezogenen Denktraditionen und konzeptionellen Überlegungen, von Praxisbeispielen und Akteuren.

*Benno Hafeneeger*

**Ann-Kathrin Thomm: Alte Jugendbewegung, neue Demokratie. Der Freideutsche Kreis Hamburg in der frühen Bundesrepublik Deutschland (Edition Archiv der deutschen Jugendbewegung, Band. 16) – Schwalbach/Ts. 2010, Wochenschau Verlag, 414 Seiten**

Die Frage, inwieweit nach 1945 (ehemalige) Nationalsozialisten und nationalsozialistisches Gedankengut fortgewirkt haben, ist (erst?) in den letzten 20 Jahren verstärkt zu einem Inhalt der Forschung geworden. Zwar wurden alle nationalsozialistischen Organisationen 1945 von den Alliierten aufgelöst und belastete Personen aus führenden Positionen entfernt. Im Rahmen der Entnazifizierung sollte überprüft werden, wer noch in welchen Funktionen verbleiben konnte. Freilich: Mancher wurde wegen seiner fachlichen Kompetenz weiter benötigt und viele der alten Seilschaften trugen dazu bei, dass schon bald wieder an vielen Stellen belastete Personen saßen. Eine Untersuchung über das Bundesministerium der Justiz hat beispielsweise vor kurzem ergeben, dass dort bis in die 60er Jahre hinein alle Abteilungsleiterposten von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern besetzt waren.

Auch inhaltlich-ideologisch fand 1945 nicht die totale Wende statt: Zwar war die Verbreitung natio-

nalsozialistischer Ideen und Texte verboten, aber viele dahinter stehende oder nahestehende Ideologien beherrschten weiterhin die Diskussionen, begünstigt nicht zuletzt durch den Kalten Krieg. Der erste deutliche politische Machtwechsel 1969 bedeutet zwar keine Zäsur, aber doch sicher einen Markierungspunkt in dieser Entwicklung. Viele Deutsche der älteren Generation kamen, wenn überhaupt, erst im Lauf der 50er oder sogar der 60er Jahre ganz in der Demokratie an.

Einen interessanten Teilaspekt dieser Entwicklung greift die Dissertation von Ann-Kathrin Thomm über den Freideutschen Kreis in Hamburg in den Jahren ab 1947 auf, ein Zusammenschluss von Mitgliedern der ehemaligen Bündischen Jugend, die aus der (Wandervogel-)Jugendbewegung nach dem Ersten Weltkrieg entstanden war und deren Organisationen („Bünde“) 1933 durch die Nazis verboten oder aufgelöst wurden. Von vielen Autoren wurde aber auch dieser Bündischen Jugend vorgeworfen,

dass sie durch ihre Aktivitäten und Ideologien zum Aufstieg des Nationalsozialismus beigetragen hätte oder sogar Vorläufer gewesen sei.

Letzterer Sichtweise schließt sich die Autorin so nicht an. Sie sieht eher Affinitäten zwischen der Bündischen Jugend und dem Nationalsozialismus, beispielsweise in einem sehr stark betonten Gemeinschaftsdenken (das sie in Verbindung mit der Idee der Volksgemeinschaft der Nazis setzt), Skepsis gegenüber der (Weimarer) Demokratie und den politischen Parteien und – jedenfalls bei Teilen – auch in einer Sehnsucht nach der Wiederherstellung nationaler Größe. Andere Autoren stellen als gemeinsame oder verbindende Idee noch das „Führerprinzip“ heraus. Thomm differenziert hier insofern, als das Führer-Gefolgschaftsprinzip zwar für den Nationalsozialismus wie für die Bündische Jugend wichtig gewesen sei. Bei den Nazis seien Führer jedoch von oben eingesetzt worden, in den Gruppen der Bündischen Jugend hätten sich

aber die Mitglieder für eine bestimmte Person ausgesprochen bzw. auf sie geeinigt.

Viele Autoren, die selbst der Bündischen Jugend angehörten, haben demgegenüber betont, dass gerade die Sozialisation in diesen Gruppen sie vielfach in ihrer Ablehnung des Nationalsozialismus unterstützt und gefestigt habe. Dies sieht die Autorin nicht so. In einer peniblen Recherche hat sie Lebensläufe und vor allem Biografien zahlreicher Mitglieder des Freideutschen Kreises in Hamburg während des „Dritten Reiches“ untersucht und dabei festgestellt, dass kaum jemand erkennbar in Abstand zum Nationalsozialismus gegangen ist, in den Widerstand oder verfolgt wurde. Die Mehrheit konnte ihre berufliche und/oder soziale Karriere fortsetzen, viele waren Mitglied in der NSDAP oder anderen Naziorganisationen, zum Teil sogar mit herausgehobenen Funktionen. Bei den meisten gab es ihren Recherchen zufolge 1933 keine klare Zäsur, aber auch nicht 1945 – es geht irgendwie weiter, aber ändert sich doch.

Im Gegensatz zur Weimarer Zeit habe man den neu entstandenen Staat Bundesrepublik durchaus unterstützt, aber nach wie vor hätten viele ein eher distanzierendes Verhältnis zur Demokratie,

wie sie sich in der Bundesrepublik etablierte, und zum Parteienstaat gehabt. Erst im Laufe der 60er Jahre sei diese Distanz einer doch immer stärkeren Bejahung und Integration gewichen. Dies wird insbesondere an den inhaltlichen Schwerpunkten deutlich, die sie ausführlich dokumentiert.

Auch das umfangreiche Material, das sie über typische Biografien zusammengetragen hat, ist interessant zu lesen und ihre Gesamtschlüsse sind durchaus nachvollziehbar, wenn auch sicher in einen oder anderen Fall eine differenziertere Sichtweise angebracht wäre – die nackten Angaben aus den Entnazifizierungsakten, dem Berlin Document Center oder anderen Unterlagen sind vielfach nur begrenzt aussagekräftig. Für die Arbeit wäre es sicher hilfreich gewesen, wenn sie durch einige Interviews vertieft worden wäre – dazu war aber zum Zeitpunkt, als sie erstellt wurde, kaum noch Gelegenheit.

Deutlich wird aber eine Problematik, die von der Autorin angesprochen wird: die Tendenz fast aller Mitglieder des Freideutschen Kreises und der Institution als Ganzes, die Vergangenheit zu beschönigen und wenig bis keine selbstkritischen Bemerkungen zuzulassen oder zu tun. Sie schildert sogar die Auseinandersetzungen,

die es gab, als in den Anfangsjahren der damalige Vorsitzende in diese Richtung vorzustößen versuchte und scheiterte.

Insgesamt ist es ein lesenswertes Buch zu diesen gesellschaftlichen Prozessen der Nachkriegsjahre insgesamt, wenn auch manchmal eine etwas differenziertere Sichtweise wünschenswert wäre. Vermutlich sind die spezifischen Erfahrungen – auch mit Blick auf die Zusammensetzung des Kreises in Hamburg – nur bedingt auf die Bundesebene übertragbar.

Interessant ist das Buch auch im Hinblick auf das Thema „Entnazifizierung“, die ja in der Regel eher ein Verwaltungsakt, keine inhaltliche Auseinandersetzung mit der (eigenen) Vergangenheit war, zumal es oft um bloße Exculpierung ging.

In ADB-Zusammenhängen wären noch die Verbindungen der Freideutschen zu den früh gegründeten Bildungsstätten der Nachkriegszeit interessant – es gehört nicht zum Gegenstand dieser Untersuchung, aber an anderen Stellen gibt es viele einzelne Hinweise dazu. Dem einmal umfassender nachzugehen, könnte ein spannendes Thema sein.

*Gerhard Schöll*

**Eike Rösch/Kathrin Demmler/Elisabeth Jäcklein-Kreis/Tobias Albers-Heinemann (Hrsg.): Medienpädagogik Praxis Handbuch. Grundlagen, Anregungen und Konzepte für aktive Medienarbeit – München 2012, kopaed, 415 Seiten**

**Anja Hartung/Achim Lauber/Wolfgang Reißmann (Hrsg.): Das handelnde Subjekt und die Medienpädagogik. Festschrift für Bernd Schorb – München 2013, kopaed, 388 Seiten**

Medienpädagogik und politische Bildung bearbeiten heute – trotz ihrer eigenständigen Aufgaben und Traditionen – ein gemeinsames Feld, nämlich die Mediengesellschaft oder die „Mediokratie“

(Thomas Meyer), also die moderne Realität eines medial vermittelten und auf weite Strecken von der Medienlogik geprägten politischen Geschehens. Die Aneignung von Medienkompetenz

ist angesichts dieser gesellschaftlichen Entwicklung zu einem vorrangigen Anliegen politischer Bildung geworden. Dabei kommt besonders die außerschulische Szene mit ihren aktivierenden,

produkt- und praxisorientierten Möglichkeiten zum Zuge. Von Seiten der Politikdidaktik haben vor einigen Jahren Anja Besand und Wolfgang Sander mit ihrem Handbuch „Medien in der politischen Bildung“ (Schwalbach/Ts. 2010) die Chancen und Perspektiven dieser Aufgabe diskutiert, wobei sie einen weiten Medienbegriff zu Grunde legten. Von Seiten der Medienpädagogik ist besonders die publizistische und wissenschaftliche Tätigkeit des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (JFF) zu nennen, das seine Arbeitsergebnisse regelmäßig im Münchener Kopaed-Verlag veröffentlicht. Dazu gehören auch die beiden neuen Sammelbände, die hier vorgestellt werden.

Erstens handelt es sich um das Praxishandbuch der Medienpädagogen Eike Rösch (Institut für Medienpädagogik, JFF, Rheinland-Pfalz), Kathrin Demmler (seit 2010 im Direktorium des JFF), Elisabeth Jäcklein-Kreis (JFF) und Tobias Albers-Heinemann (Evangelische Medienarbeit). Das Buch ist aber nur Teil eines größeren Vorhabens, das darauf zielt, gelungene Projekte der Medienpädagogik aus dem deutschsprachigen Raum zu bündeln und einer möglichst breiten Öffentlichkeit – elektronisch und im Printmedium – zugänglich zu machen. Im Buch finden sich rund 100 erprobte und übertragbare Konzepte zu den Abteilungen Foto, Audio, Video, Web, Mobile (Handys etc.), Games und Quer (Experimentelles und Multimediales). Weitere Beispiele werden kontinuierlich auf der Website [www.medienpaedagogik-praxis.de/handbuch](http://www.medienpaedagogik-praxis.de/handbuch) veröffentlicht, die allen Interessierten offen steht. Die Website, die auch einen Praxis-Blog enthält, bietet zudem freie Software und freie Materialien aus den Bereichen Musik und Foto an. Die Praxisbeispiele – im Buch wie

in der Online-Version – werden ausführlich beschrieben und sind durch Checklisten, Arbeitsmaterialien, Abbildungen etc. für den Einsatz in der Bildungsarbeit aufbereitet. In die Buchausgabe wurde außerdem eine umfangreiche Einführung aufgenommen. Sie skizziert den Hintergrund (Medienverhalten Heranwachsender, terminologische Fragen etc.), beschäftigt sich mit Grundlagen der Medienarbeit (Projektmethode, thematisches Arbeiten etc.) und gibt allgemeine Tipps für die Bildungspraxis.

Der Band von Anja Hartung (Professur für Medienpädagogik, Universität Leipzig), Achim Lauber (medienpädagogischer Theoretiker und Praktiker) und Wolfgang Reißmann (Medienwissenschaftliches Seminar, Universität Siegen) ist Bernd Schorb zum 65. Geburtstag gewidmet. Professor Schorb, der zuletzt als Hochschullehrer für Medienpädagogik und Weiterbildung am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig wirkte, war lange Jahre (1974-1994) Direktor des JFF und ist seit 1994 dessen Vorsitzender. Schorb knüpfte seinerzeit an die Arbeiten von Dieter Baacke an, der mit seinem handlungsorientierten Paradigma und mehrdimensionalen Konzept der Medienkompetenz die medienpädagogische Entwicklung in Deutschland maßgeblich bestimmt hatte. Im Anschluss an Baacke setzte sich Schorb sowohl von einer bewahrpädagogischen Linie, die lange Zeit die Vorstellung von Medienarbeit geprägt hatte, als auch von einem Zeitgeist-kompatiblen bildungstechnologischen Ansatz ab. Für das Projekt einer erneuerten, handlungsorientierten Medienpädagogik sah Schorb einen eigenständigen wissenschaftlichen Klärungsbedarf. Demnach „richtet“, wie die Herausgeber/-innen schreiben, „medien-

pädagogische Forschung ihr Interesse auf die Aufklärung der Strukturen des objektiven Medienalltags und Medienhandelns, sowie auf den Aufweis von Bedingungen, die die Subjekte zu einer möglichst weitgehenden Mitgestaltung von medialen Kommunikationsprozessen befähigen.“ (Hartung u. a. S. 11)

Dies impliziert ein Verständnis von Medienpädagogik, das auch für die politische Bildung Relevanz besitzt. Überschneidungen der beiden Praxisfelder werden in den 30 Beiträgen, die in der Hauptsache von Medienwissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen verfasst sind, immer wieder deutlich. Der erste Teil des Sammelbandes befasst sich mit dem wissenschaftlichen Status der Medienpädagogik. Diese versteht sich, Schorb zufolge, als Querschnittswissenschaft, daher werden etwa die Bezüge zu Pädagogik, Soziologie und Kommunikationswissenschaft thematisiert. Der zweite Teil ist der Medienaneignungsforschung gewidmet. Hier geht es unter anderem um die Ansätze und Verfahren der empirischen Forschung, die bei der Analyse von Medienkonsum und -rezeption eine zentrale Rolle spielen. Im Blick sind dabei auch spezielle Zielgruppen, zum Beispiel Kinder, Jugendliche und Familien. Der dritte Teil beschäftigt sich mit Ansätzen, Zugängen und exemplarischen Projekten der medienpädagogischen Praxis, bewegt sich aber mehr auf der theoretischen Ebene der Reflexion und Begründung praktischer Arbeit und will keine Handreichung für Praktikerinnen und Praktiker liefern. Neben der aktiven Medienarbeit geht es hier auch um Medienerziehung und Jugendmedienschutz, die eher aus der bewahrenden, prohibitiven Tradition stammen. Im Mittelpunkt des vierten Teils steht die medienpädagogische Lehre,

wobei der Schwerpunkt auf Erfahrungen liegt, die am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig gesammelt wurden.

Beide Bände zusammen liefern einen guten Überblick über Möglichkeiten und Probleme heutiger Medienarbeit: der erste Band mit seinen unmittelbar auf den Praxis-einsatz bezogenen Angeboten und Anregungen, der zweite mit der Diskussion konzeptioneller Fragen. Im Grundsätzlichen gibt es bei beiden Publikationen eine große inhaltliche Übereinstimmung; auch der Band von Rösch

u. a. orientiert sich an einem Begriff von Medienkompetenz, in dem es nach Schorbs Formulierung darum geht, „sich Medien anzueignen, mit ihnen kritisch, genussvoll und reflexiv umzugehen und sie nach eigenen inhaltlichen und ästhetischen Vorstellungen (...) zu gestalten“ (Rösch u. a. S. 33). Direkte Fragen der politischen Bildung werden vor allem im Band von Hartung u. a. angesprochen, so etwa bei Ulrike Wagner und Maren Würfel, die den Chancen und Grenzen politischer Partizipation unter den Bedingungen entgrenzter Medienwelten nachgehen. Der Band

resümiert die Entwicklung, die mit Baackes Änderung des medienpädagogischen Paradigmas begann, und formuliert als aktuellen Stand eine Position, die auch die außerschulische politische Bildung unterschreiben kann: „Im Zentrum des neuen Paradigmas steht der mündige Mensch als handelndes Subjekt, der Medien nicht ohnmächtig gegenübersteht, sondern in der Lage ist, sie sich zu eigen zu machen.“ (Hartung u. a. S. 12)

*Johannes Schillo*

**Sabine Handschuck/Hubertus Schröer: Interkulturelle Orientierung und Öffnung. Theoretische Grundlagen und 50 Aktivitäten zur Umsetzung – Augsburg, 1. Auflage 2012, Ziel Verlag, 377 Seiten**

„Stellen Sie sich vor, (...) alle Menschen sind willkommen, werden mit Wertschätzung behandelt. (...) Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der sozialen Dienste sind empathisch, sensibel und aufmerksam im Umgang mit Vielfalt und Verschiedenheit. (...) So gelingt es in der Regel, in einem gleichberechtigten Austauschprozess die geeigneten Hilfen für die Rat suchenden Menschen auszuhandeln.“ (S. 9) Das ist – stark gekürzt – die Vision von Sabine Handschuck und Hubertus Schröer. In diesem Sinne haben sie schon diverse Publikationen veröffentlicht und mit öffentlichen Verwaltungsstrukturen und Organisationen zusammengearbeitet. Die aktuelle Veröffentlichung möchten sie gerne als eine Art Fazit ihrer langjährigen Arbeit verstanden wissen.

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert. Teil 1 widmet sich dem Thema „Interkulturelle Orientierung und Öffnung als sozialpolitischer Ansatz und als Organisationsent-

wicklungsstrategie“ und Teil 2 den „Aktivitäten zur Umsetzung interkultureller Orientierung und Öffnung“.

Der erste Teil befasst sich ausführlich mit konzeptionellen Hintergründen. Begonnen wird mit der historischen Entwicklung der Konzepte, von Migrationspolitik hin zur Interkulturellen Öffnung. Weiter geht es mit zehn Artikeln zu Schlüsselbegriffen der interkulturellen Arbeit. Behandelt werden hier Interkulturalität, Kultur, Multikulturalität – Interkulturalität – Transkulturalität, Kulturalisierung und Ethnisierung, Diskriminierung, Alltagsrassismus, Reflexive Interkulturalität, Interkulturelle Orientierung, Interkulturelle Öffnung und Interkulturelle Kompetenz. Dieser Abschnitt bietet einen gut lesbaren und leicht verständlichen Einblick, hilft bei der Verortung eigener Prozesse und Entwicklungen für Neueinsteiger/-innen und dient auch als Nachschlagewerk für erfahrene Fachkräfte. Im folgenden Abschnitt werden die Begriffe

und Konzepte von Cultural Mainstreaming hin zu Diversity Management behandelt. Die Autorin/der Autor kritisieren hierbei, dass vielfach nur ein neuer Name eingesetzt wird für dasselbe Ziel, in der Hoffnung, so mehr zu erreichen: Cultural Diversity, Diversity Management und Managing Diversity. Eine ausführliche Gegenüberstellung findet sich für Interkulturelle Öffnung und Diversity Management.

Neben einer Darstellung der Ziele Interkultureller Öffnung werden dann wesentliche Elemente interkultureller Öffnungsprozesse zur Organisationsveränderung vorgestellt. Hierzu gehören grundlegende Prinzipien ebenso wie Elemente strategischer Steuerung.

Die letzten Abschnitte des ersten Teils sind dem aktuellen Stand der Entwicklung auf verschiedenen Ebenen (Bund, Länder, Wohlfahrtsverbände etc.) gewidmet. Acht Beispiele guter Praxis, die das Potential interkultureller Veränderungsprozesse hervorheben,

zeigen, dass „es geht“ und wollen Mut machen.

Der zweite und wesentlich ausführlichere Teil beschreibt konkrete Aktivitäten, die im Rahmen von interkulturellen Orientierungs- und Öffnungsprozessen durchgeführt werden können. Diese dienen denen als praktische Anleitung, die sich auf den Weg eines Veränderungsprozesses machen oder ihn begleiten. Hier finden weniger Erfahrene konkrete Ideen, ausführlich dargestellt, so dass sie einfach umgesetzt werden können. Aber auch Fachkräfte bekommen neue Inspirationen und methodisch-didaktische Unterstützung. Die Aktivitäten sind in zehn Stufen eingeteilt: Zuerst kommen Auftaktveranstaltungen. Hier werden fünf Methoden und Tagesabläufe dargestellt (Konferenz, Tafelrunde, Bistro Talk, Parcours und Fachtagung interkulturelle Öffnung). Die Aktivitäten können einzeln oder kombiniert eingesetzt werden, es gibt sehr ge-

naue Einschätzungen zu Zielen, idealer Teilnehmendenzahl, Dauer, Vorbereitung, Material, Ablauf und Auswertung. Dann folgen Aktivitäten zur Meinungsbildung, wie Abwägen, Standpunkt und Bewegung, Rollenbilder und persönliche Ziele, soziometrische Aufstellung und moderierte Informationsrunde. Im nächsten Abschnitt werden fünf Aktivitäten rund um Beteiligung vorgestellt. Ziel hier ist zu zeigen, wie alle Beteiligten und Betroffenen möglichst gut in den Veränderungsprozess mit einbezogen werden können.

Im Weiteren geht es um die Definition von Arbeitsbegriffen: Wovon reden wir überhaupt? Was ist Kultur? Worum geht es? Es folgen Ideen, wie Leitbild und Vision als Basis und Richtungsweiser für den weiteren Prozess entwickelt werden können. Nachdem dann Bestandsaufnahme und erste Schritte im Prozess behandelt wurden, geht es weiter mit konkreten Anleitungen, z. B. wie Zie-

le, Standards und Indikatoren definiert und entwickelt werden können. Die Beschreibungen können als Vorlage und Leitlinien dienen und vereinfachen und strukturieren den Prozess. Innerhalb der Aktivitäten gibt es immer wieder Querverweise, welche Aktion gut auf welche aufbaut. Somit kann man aus einer breiten Auswahl ein passgenaues Angebot für die Organisation und die eigenen Fähigkeiten als Begleiter/-in entwickeln.

Weitere Themen sind Kommunikation nach innen und außen, interkulturelle Qualifizierung, Netzwerkarbeit und Monitoring und Evaluation. Alles in allem also ein wirklich umfassendes Werk, ein „Muss“ für alle, die sich in interkulturellen Öffnungsprozessen befinden, oder sich auf den Weg machen. Das Buch kann als Kompass und Landkarte dienen und ist dazu noch leicht verständlich und praxisbezogen geschrieben.

*Iris Bawidamann*

## Markt

### Termine

Die Agentur für Europa, die Bundeszentrale für politische Bildung, die Stiftung Mercator und die Europäische Bewegung Deutschland e. V. veranstaltet vom 24. bis 25. Februar 2014 in Berlin (Tagungsort: Deutscher Sparkassen- und Giroverband Berlin) das **Fachforum Europa** unter dem Motto „Europe, do it yourself!“

Die Veranstaltung richtet sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der europäischen Jugendarbeit und gibt Gelegenheit zum Austausch und politischem Diskurs.

#### Weitere Informationen:

<http://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten-projekte/fachforum-europa/>

#### Anmeldung:

<https://www.jugendfuereuropa.de/veranstaltungen/fachforum2014/>

Vom 17. bis 18. März 2014 findet im Maternushaus Köln eine internationale Veranstaltung zum Thema **„Europa auf der Kippe? Rechtspopulismus und Rechts-**

**extremismus im Vorfeld der Europawahlen“** statt. Wissenschaftler/-innen sowie Journalistinnen und Journalisten aus Europa und den USA werden die Entwicklung dieser Kräfte skizzieren und analysieren. Im Rahmen von Workshops werden Aspekte wie Antisemitismus, Antimuslimismus, Antiziganismus und die zunehmende Ablehnung der Europäischen Union und der europäischen Ideen aus der Perspektive verschiedener Länder diskutiert. Veranstalterin ist die Europäische Kommission, Regionalvertretung in Bonn.

Weitere Informationen und Anmeldung: [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

Die **Bildungsmesse didacta** wird vom 25. bis 29. März 2014 in der Messe Stuttgart stattfinden. Sie bietet als eine der größten internationalen Bildungsmessen einen umfassenden Einblick in aktuelle Entwicklungen und mögliche Wege für die Bildung der Zukunft. Mehr als 900 Ausstellerinnen und Ausstellern werden sich

präsentieren, ein umfangreiches Fortbildungsprogramm, Diskussionen und Gesprächsangeboten mit Vertreter/-innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft werden realisiert.

Weitere Informationen: [www.didacta.de](http://www.didacta.de)

Die **Aktionstage Politische Bildung** finden wieder vom 5. bis 23. Mai 2014 in Deutschland, Österreich und der Schweiz statt. Ziel ist es, die vielfältigen Aktivitäten, Projekte und Ideen der politischen Bildung sichtbar zu machen. Sie werden in Deutschland vom Bundesausschuss für politische Bildung (bap), der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB), der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und den Landeszentralen gemeinsam veranstaltet. Die Träger politischer Bildung sind aufgerufen, ihre in dieser Zeit stattfindenden Veranstaltungen in die zentrale Datenbank einzugeben.

Weitere Informationen: <http://aktionstage-politische-bildung.net/>

Der **15. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag** wird vom 3. bis 5. Juni 2014 unter dem Motto **24/7 Kinder- und Jugendhilfe – viel wert. gerecht. wirkungsvoll** in Berlin organisiert. Neben der Fachmesse „Markt der Kinder- und Jugendhilfe“, auf der sich zahlreiche Ausstellerinnen und Aussteller der Kinder- und Jugendhilfe vorstellen, wird es einen Marktplatz Europa geben, der einen zusätzlichen internationalen Schwerpunkt setzen wird. Hier werden sich Organisationen der europäischen und internationalen Kinder- und Jugend(hilfe) politik vorstellen. Der Fachkongress des Kinder- und Jugendhilfetags wird mit vielen Vorträgen, Projektpräsentationen und Workshops einen Austausch von Politik, Theorie und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe ermöglichen.

Weitere Informationen und Anmeldung: [www.jugendhilfetag.de/](http://www.jugendhilfetag.de/)

## Ausschreibung

Bis zum 20. Februar 2014 können Interessenbekundungen für Vorhaben im Rahmen des **Innovationsfonds für Projekte zur Förderung einer Eigenständigen Jugendpolitik** eingereicht werden. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ruft alle Träger der Kinder- und Jugendhilfe auf, sich mit innovativen Konzepten und Projektideen an einem Interessenbekundungsverfahren zu beteiligen,

um damit die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik durch praxisnahe Beiträge in den Jahren 2014 und 2015 zu fördern. Die Förderhöhe pro Vorhaben liegt zwischen 15.000 und 80.000 Euro pro Jahr. Es sollen Impulse in verschiedenen Handlungsfeldern gesetzt werden und neue Herangehensweisen in der Jugendpolitik und Jugendarbeit mit Hilfe konkreter Projekte zu inhaltlichen Schwerpunktthemen weiter

verbreitet werden. Das Thema für die politische Bildung lautet „Demografischer Wandel“. Der internationalen Arbeit ist das Thema „Anerkennung der internationalen Jugendarbeit als nicht formales Bildungsangebot“ zugewiesen.

Ausführlichere Informationen und Formulare: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/ausschreibungen,did=203142.html>

## Zeitschriften zur politischen Bildung

Profession im Prozess ist das Thema der Ausgabe 4/2013 der Zeitschrift **Journal für politische Bildung**, herausgegeben vom Bundesausschuss für politische Bildung. Es werden u. a. folgende Aspekte aufgegriffen: Profession,

Professionalisierung und Professionalität politischer Erwachsenenbildung (Falk Scheidig); Wissen und Können (Klaus-Peter Huffer und Barbara Menke), Politische Jugendbildung wirkt (Achim Schröder und Team),

Professionsverständnis in der politischen Jugendbildung (Klaus Waldmann).

Bezug der Zeitschrift:  
WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damachke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.

## Publikationen zur Jugendarbeit/Jugendbildung

Die letzten Ausgaben der Zeitschrift **deutsche jugend** widmen sich folgenden Themen: Haupt- und Ehrenamtliche in der Jugendarbeit (10/2013); „Sex and drugs and ...“ (11/2013); Jugendliche Demokratiescouts in der Kommune (12/2013).

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG,  
Beltz Juventa, Werderstraße 10,  
69469 Weinheim.

Schwerpunkt der Ausgabe 4/2013 der Zeitschrift **Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und**

**Praxis**, die von der BAG Jugendschutz herausgegeben wird, ist das Thema „Sexuellem Kindesmissbrauch präventiv begegnen“.

Bezug: BAG Jugendschutz,  
Mühlendamm 3, 10178 Berlin;  
[www.kjug-zeitschrift.de](http://www.kjug-zeitschrift.de)

## Veröffentlichungen zur Erwachsenenbildung

Die von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung herausgegebene Zeitschrift **EB Erwachsenenbildung** plant für den Schwerpunkt Heft 3/2013 das Thema „Sterben, Tod, (Un)Endlichkeit“ und für das Heft 4/2013 das Thema „Friedenspädagogik – Krieg und Frieden“.

Die schweizerische Fachzeitschrift für Weiterbildung **EDUCATION PERMANENTE EP** stellt in der Ausgabe 4/2013 das Thema „Diplome, Zertifikate und Titel“ in das Zentrum ihrer Aufmerksamkeit. Nachweise, eher typische Merkmale des formalen Bildungssystems finden mehr und mehr Einzug im Bereich der Weiterbildung. Welche Folgen hat das?

biläumsausgabe, dem Heft 4/2013 richtet sie den Blick auf den Erwachsenen in der Erwachsenenbildung. Die Ausgabe 1/2014 nimmt das Thema „Internationale Impulse für die Erwachsenenbildung“ auf.

Bezug der Zeitschriften: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld oder über den Buchhandel

Zeitschrift **forum erwachsenenbildung**, der Deutschen evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e. V.) widmet sich in der Ausgabe 3/2013 dem Thema Familienbildung: Realitäten und Ansprüche.

Bezug: Schweizerischer Verband für Weiterbildung SVEB,  
Oerlikonstraße 38, CH-8057 Zürich

In der Ausgabe 4/2013 der Zeitschrift **für Weiterbildungsforschung REPORT** legt das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung den Schwerpunkt auf das Thema Erwachsenengerechte Didaktik. Die **DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung** feiert ihr 20-jähriges Jubiläum. In der Ju-

Das **Magazin Dis.kurs**, das vom Deutschen Volkshochschul-Verband herausgegeben wird thematisiert in der Ausgabe 3/2013 folgende Themen: Gemeinsam stärker: Volkshochschulen und Hochschulen; Gemeinsam lernen: ein MOOC für Volkshochschulen; Gemeinsam helfen: Weiterbildung für syrische Flüchtlinge.

Bezug: Deutscher Volkshochschul-Verband, Obere Wilhelmstraße 32, 53225 Bonn.

Bezug beider Zeitschriften:  
W. Bertelsmann Verlag,  
Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld,  
oder über den Buchhandel

**Neues im Netz**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat mit dem Forum für internationale Politik **ipg-journal** eine Plattform geschaffen, die internationale und europäische Politik kompetent beschreiben und kritisch interpretieren möchte. Neben den Rubriken „Außen- und Sicherheitspolitik“, „Soziale Demokratie“, „Europäische Integration“ und „Nachhaltigkeit, Energie und Klimapolitik“ wird ein monatlicher Schwerpunkt gesetzt, wie z. B. die außenpolitischen Herausforderungen der neuen Bundesregierung oder der *Arabische Frühling*. Dabei werden auch Stimmen aus den verschiedenen Regionen und Ländern eingefangen.

<http://www.ipg-journal.de/>

Das Bundesinstitut für Erwachsenenbildung Österreich und das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur hat eine neue Ausgabe des **Magazin erwachsenenbildung.at (Meb)** herausgegeben. Es hat den Titel: „Didaktik im Spiegel. Das Ringen um den Kern der Professionalität“ und ist kostenlos abrufbar. 16 Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Praxis setzen sich aus verschiedenen Perspektiven mit dem didaktischen Denken und Handeln, mit dem Kompetenzbe-

griff und den Anforderungen in Lehr-Lern-Situationen auseinander und zeigen an Modellen, wie Didaktik z. B. in der politischen Bildung genutzt werden kann.

Download: [www.erwachsenenbildung.at/magazin](http://www.erwachsenenbildung.at/magazin)

Als Zeitschrift im Open Access-Format erscheint seit Oktober 2013 monatlich die Publikation **„Medienwelten – Zeitschrift für Medienpädagogik“**. Sie will ein Forum für theoretische und empirische Diskurse in der Medienpädagogik und darüber hinaus bieten. Themen der ersten drei Ausgaben sind Gouvernementalität, Anerkennung und Filmbildung.

<http://medienwelten.mp.w.tu-dresden.de>

Die Seite **MyVote2014.eu** hat sich zum Ziel gesetzt, im Vorfeld der Europawahlen 2014 eine Wahlhilfe zu EU-Themen anzubieten und besonders junge Menschen zu ermutigen, zur Europawahl zu gehen. Die Besucher/-innen dieser Seiten können ihre Präferenzen als Wähler/-innen bei den Europawahlen 2014 angeben und diese mit den Ergebnissen von EU-Ab-

geordneten und den Fraktionen im EU-Parlament vergleichen.

<http://www.myvote2014.eu/de>

Die Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) hat im August 2013 einen Blog **Democracy & Democratization** eingerichtet. Hier wird über neue Forschungsergebnisse berichtet und es werden aktuelle Ereignisse (wie z. B. die Bundestagswahl) aus politikwissenschaftlicher Perspektive kommentiert. Beiträge werden in deutscher und englischer Sprache gepostet.

<http://democracy.blog.wzb.eu/>

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat eine Übersichtsseite eingerichtet, auf der sie ihr **Engagement gegen Rechtsextremismus** dokumentiert. Dort findet man eine Übersicht über die Publikationen und sonstigen Angebote, Hinweise auf weitere online-Angebote, Veranstaltungen und Projekte. Zudem wurden Videobeispiele eingestellt.

[www.bpb.de/aktiv-gegen-rechtsextremismus](http://www.bpb.de/aktiv-gegen-rechtsextremismus)

**Einige ausgewählte Internetseiten zum thematischen Schwerpunkt „100 Jahre 1. Weltkrieg“**

Das **Fachportal Clio-online** ist ein Kooperationsprojekt verschiedener historischer Institute, das der Vielschichtigkeit und Komplexität des Themas gerecht werden will. Spezialsammlungen und Literaturdatenbanken sowie Verzeichnisse zu Internetressourcen und

Institutionen bieten einen Zugriff auf Forschung, Publikationen und zahlreiche weitere Materialien.

[www.erster-weltkrieg.clio-online.de](http://www.erster-weltkrieg.clio-online.de)

Ein **„Lebendiges Museum online“** des Deutschen Historischen Museums (DHM) in Berlin bietet eine Informationsplattform zur Ereignis- und Strukturgeschichte des Ersten Weltkriegs.

<http://www.dhm.de/lemo/html/wk1/>



Als Filmportal und Datenbank „**european film gateway 1914**“ bietet diese Seite Filme und weiteres Material zum Ersten Weltkrieg aus europäischen Film- und Medienarchiven und -organisationen.

<http://project.efg1914.eu/>

An der Freien Universität entsteht eine **Online-Enzyklopädie zum Ersten Weltkrieg** mit internationalen Veröffentlichungen. Sie will den Geschehnissen auf der ganzen Welt gerecht werden. Die Seite gründet auf einem Netzwerk von mehr als 1.000 internationalen Fachleuten. Die Inhalte sind ab 2014 frei zugänglich.

<http://www.1914-1918-online.net>

„**Wir bleiben dabei: Frieden schaffen ohne Waffen! – 1914-2014 100 Jahre Erster Weltkrieg**“ ist Blog, Quellen- und Linksammlung und Veranstaltungsplattform des „Netzwerk 2014“, in dem sich verschiedene Organisationen der Friedensbewegung, Gewerkschaften etc. zusammengeschlossen haben.

[www.1914-2014.eu](http://www.1914-2014.eu)

## Außerschulische Bildung 4-2013

44. Jahrgang

Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung –  
Mitteilungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

### Herausgeber:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch  
Dr. Paul Ciupke und Ulrike Steimann

### Redaktion:

Dr. Friedrun Erben

### Redaktionsbeirat:

Ina Bielenberg, Gertrud Gandenberger, Wolfgang Pauls,  
Dr. Melanie Piepenschneider, Dr. Beate Rosenzweig

### Redaktions- und Bezugsanschrift:

AdB, Mühlendamm 3, 10178 Berlin,  
Tel. (0 30) 400 401-11 u. 12  
www.adb.de  
E-Mail: schreier@adb.de,  
erben@adb.de

### Herstellung:

Druckcenter Meckenheim/Brandenburgische  
Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft  
Potsdam mbH

ISSN 0176-8212

### Bildnachweis:

Copyrightinweise siehe Fotos.

### Bezugsbedingungen (gültig ab Ausgabe 1-2003)

<b>Einzelheft</b>	<b>€ 6,00</b>
<b>1-3 Abonnements</b>	(jährlich) <b>€ 16,00</b>
<b>ab 4 Abonnements</b>	(jährlich) <b>€ 12,00</b>
<b>Abonnements für Studenten, Prakti- kanten, Referendare, Arbeitslose</b>	(jährlich) <b>€ 12,00</b>
(bitte jährlich Bescheinigung übersenden)	(zuzüglich Porto)

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten er-  
halten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird maßgeblich durch Mittel des Bundesminis-  
teriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und  
von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-West-  
falen unterstützt.

Die *Außerschulische Bildung* ist eine  
Fachzeitschrift für politische Jugend-  
und Erwachsenenbildung. Sie wird vom  
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten  
(AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift *Außerschulische  
Bildung* ...

- trägt zur fachlichen und wissen-  
schaftlichen Reflexion der Praxis  
politischer Jugend- und Erwachse-  
nenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädago-  
gischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante The-  
men aus Politik und Gesellschaft in  
den Blick und bereitet sie für die  
politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit  
öffentlich und ist ein Schaufenster  
des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche  
Diskussionen in Beziehung und  
macht die Diskurse in der Professi-  
on und den wissenschaftlichen Be-  
zugsdisziplinen jeweils miteinander  
bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bil-  
dung vor.
- präsentiert neue fachbezogene  
Publikationen und Medienproduk-  
te und schätzt diese in ihrer Rele-  
vanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und ju-  
gendpolitische Entwicklungen in  
Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem  
AdB und anderen Fachverbänden.



